

Präsident: Ich stelle die Unterstufungsfrage. (Die Unterstufungsfrage wird gegeben.) Ich erteile Herrn Landesrat Dr. Hübler das Wort.

Dr. Hübler: Ich möchte als Referent nur ganz kurz bemerken, daß wir auch als Landesregierung uns gegenüber dem Lehrkörper der Landesoberrealschule in der gleichen Verpflichtung befinden, die gerechten Forderungen bezüglich der Entlohnung der Überstunden zu erfüllen. Ich glaube, Ihrer Zustimmung sicher zu sein, wenn ich meine, daß die Landesregierung vorbehaltlich der Genehmigung durch den Landtag schon jetzt eine derartige Erhöhung der Entlohnung der Überstunden eintreten lassen wird, und daß ich mir als Referent vorbehalte, in der Landesregierung, beziehungsweise durch direkte Umfrage bei den Mitgliedern derselben für den Lehrkörper der Landesoberrealschule diese Erhöhung eintreten zu lassen.

Präsident: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Es gelangt nunmehr die dringliche Anfrage der Abg. Oberzaucher, Resel, Rosenwirth, Neumann und Genossen an den Landeshauptmann wegen Beeinflussung von Bundesbeamten in dienstlichen Angelegenheiten zur Verhandlung. Zur Begründung dieser Anfrage hat sich zum Worte gemeldet, nachdem die geschäftsordnungsmäßige Unterstufung bereits vorhanden ist, Herr Landesrat Oberzaucher. Ich erteile ihm das Wort.

Oberzaucher: Hohes Haus! Der Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ahner hat in seiner Rede darauf verwiesen, daß unsere Opposition sich darin gefalle, vorbeizureden. Er hat zum Schlusse gewissermaßen ange-regt, wir mögen nicht Opposition machen, sondern zusammenarbeiten. Er hat davon gesprochen, daß unsere Opposition eine auf allgemeinen Angaben, auf nicht begründeten Vorwürfen begründet sei. Wir haben immer wieder in den verschiedensten Reden unserer Partei durch Dokumente belegt nachgewiesen, in welchen bestimmten Fällen wir Beschwerde zu führen haben gegen Dinge, die sich in der Verwaltung ereignet haben. Landesrat Hübler hat meines Erinnerns in seiner Rede besonders darauf verwiesen, es sei gelegentlich des Strebens nach Zusammenlegung der beiden Landesregierungen darauf zu achten, daß die Objektivität der Beamenschaft gewahrt werde, daß man bei aller Notwendigkeit der einfachen Verwaltung doch nicht übersehen soll, daß die Beamenschaft, die in der Burg sitzt, die Beamenschaft im allgemeinen nicht beeinflusst werden dürfe, daß ihr die Gelegenheit und Möglichkeit gegeben werde, ihr Amt, die Anwendung der Gesetze, die Verwaltungstätigkeit objektiv zu führen. Er hat das mit dem ihm eigenen Brustton der Überzeugung hier im Hause als Meinung seiner Partei mitgeteilt. Nun, wir können Ihnen heute schon wieder mehrere Fälle mitteilen, die beweisen, daß es mit der gerühmten Objektivität, das heißt mit der Unbeeinflussbarkeit nicht weit her ist, sondern daß immer wieder von gänzlich unberechtigter Seite Einfluß auf die Beamenschaft genommen wird, der sich immer wieder gegen Angehörige anderer Parteien, vor allem unserer Partei wendet. So habe ich vor längerer Zeit erfahren,

und das dient als Beleg für eine zweite Sache, daß ein Gendarmeriebeamter zum Abschied gezwungen wurde, weil er durch eine Versetzung ganz außer Stand war, mit seiner Familie weiterleben zu können, weil er von seinem Dienstort in einen anderen Ort versetzt wurde. Er konnte die vermehrten Mittel zur Weiterführung eines getrennten Haushaltes nicht aufbringen. Er hat angesucht um Rückversetzung zu seiner Familie, sie wurde ihm nicht bewilligt, so daß er schließlich und endlich in Pension gehen und sich einem anderen Berufe zuwenden mußte, nachdem er selbstverständlich vorher einen ungeheuren finanziellen Schaden erlitten hat. Es betrifft dieser Fall den Patrouillenleiter Kajetan Klug, gegen den nichts anderes vorgelegen ist, als daß ein nichtunterschiedenes Schreiben beim Landesgendarmeriekommando in Graz einlangte, worin es heißt: „In erster Linie ist dieser Klug ein Lügner, ein Aufschneider, daß es nicht höher geht, usw. Zweitens ist er ein organisierter Sozialdemokrat (Leichin: „Das ist gut! Das geht doch niemanden etwas an! Gefinnungsschnufferei!“), verleitet auch andere dazu und schimpft furchtbar über die Christlichsozialen.“ Nun eine Gemeinheit, die sich dieser Anonymus weiter leistet: „Seine Ehegattin, welche allgemein das Zigeunermensch genannt wird, geht bei der Ankunft fremder sozialdemokratischer Ausflügler als Führerin mit der Fahne mit, macht Kränze und Abzeichen, sie ist beim Vereine „Kinderfreunde“ freiwillige Mitarbeiterin und hat Ausflügler in die Berge begleitet.“ So ähnlich gehen diese Vorwürfe in dem anonymen Schreiben weiter. Dieses anonyme Schreiben war natürlich Anlaß, daß der Patrouillenleiter Kajetan Klug gegen den Verfasser, beziehungsweise gegen die unbekannten Beleidiger die Klage eingereicht hat, erstens aus eigenem Antrieb und zweitens über Anordnung des Kommandos. Er hat Schriftproben verschiedener verdächtiger Leute der Klage beigelegt und nach Wien geschickt. Er hat alles getan, um die Sache aufzuklären, es ist also gegen ihn nichts vorgelegen, als daß ein Anonymus gegen ihn den Vorwurf erhoben hat, er sei ein Sozialdemokrat und seine Frau betätige sich ebenfalls als solche bei Ausflügen der Kinderfreunde. Trotzdem wurde der Patrouillenleiter Kajetan Klug vom Dienstorte Aufsee versetzt, und zwar nicht vielleicht in einen nahegelegenen Ort, sondern nach dem Posten St. Peter am Kammerberg im Bezirke Murau. Sie können sich vorstellen, stundenweit von der Bahn weg, oben am Berg; um seine Familie zu sehen, muß er erst herunter zur Bahn, von Murau bis St. Michael fahren und von dort nach Aufsee. Eine unglaubliche Rücksichtslosigkeit, einen Familienvater von der Familie zu trennen, nur auf Grund eines anonymen Schreibens. Ich möchte, um zu beweisen, daß der Mann nichts verbrochen hat, das Entschten seines Bezirkskommandanten vorlesen (liest): „An das Landesgendarmeriekommando in Graz, Beiliegende Ehrenbeleidigungsklage des Patrouillenleiters Kajetan Klug wird mit der Meldung vorgelegt, daß die im angeführten Briefe angegebenen beleidigenden Anschuldigungen gegen Kajetan Klug und seine Gattin Maria Klug nur aus Gehässigkeit seitens solcher Personen erfolgt

sein werden, welche gegen die sozialdemokratische Partei überhaupt und besonders gegen Kajetan K l u g, weil er als Angehöriger dieser Partei sich zeigt, feindlich gesinnt sind. Er hat sich im Dienste bisher keinerlei Parteilichkeit zuschulden kommen lassen und es erscheinen auch die sonstigen Anschuldigungen als grundlose. Im Gegenstande wurden Erhebungen gepflogen und wird hierüber Meldung erstattet werden." Sie sehen, daß das Bezirkskommando angibt, daß dieser Mann in tadelloser Weise seine Pflicht im Dienste erfüllt hat. Er wurde trotzdem versetzt und von seiner Familie getrennt, auf eine Entfernung, die es ihm unmöglich macht, seine Familie zu unterstützen. Er hat darauf an das Gendarmieriekommando eine Eingabe gerichtet und hat diese Eingabe eingehendst begründet. Er hat angeführt, daß er verheiratet ist, daß er Frau und Kind hat, daß er bereit ist, die strengste Untersuchung über alle die Dinge, die in der Anzeige stehen, über sich ergehen zu lassen, er hat Beweise angeboten, daß alles unwahr ist, trotzdem blieb die Versetzung aufrecht; er schrieb weiter, daß er in St. Peter am Kammersberg keine verfügbare Wohnung bekomme, daß in der Wohnung, die ihm in St. Peter am Kammersberg zugewiesen werden sollte, bereits die Mutter des früher eingeteilten Gendarmen wohne, daß die Wohnung, auch wenn sie frei wird, vom Hauseigentümer selbst beansprucht werde und er keine Gelegenheit habe, in Sankt Peter eine Wohnung zu erhalten; er müsse also seine Frau und sein Kind in Aussee lassen, während er seinen Dienst in St. Peter am Kammersberg versehen müsse; er weist darauf hin, daß er durch die Führung eines doppelten Haushaltes finanziell zugrunde gerichtet werde, weil die Frau samt Kind in dem teuren Aussee nicht leben könne und er mit den Bezügen der zweiten Ortsklasse selbst nicht in der Lage sei, sich etwas abzusparen, um das Leben von Frau und Kind in Aussee alimentieren zu können. (Leichin: „So wird der Mann in das Elend gestoßen!") K l u g hat erklärt, daß es ihm unmöglich sei, das Geld aufzubringen für die Übersiedlung, er hat darauf hingewiesen, daß er in Aussee sich einen kleinen Garten gepachtet hat, den er bebaut, dessen Ertragnis ihm eine gewisse Erleichterung im Leben möglich macht, daß er Brennholz geschlägert hat für den kommenden Winter, daß alles das verloren ist, man möge die Versetzung rückgängig machen. Er hat darauf hingewiesen, daß er Kriegsinvalid ist; es diene jenen Herren, die immer wieder darauf hinweisen, daß die Invaliden, die in diesem Weltkriege nicht nur finanziell, sondern auch gesundheitlich geschädigt worden sind, besonders unterstützt werden müssen, daß es Pflicht des Vaterlandes sei, diese Leute zu unterstützen, zur Kenntnis, daß dieser Gendarm, dem infolge der Kriegsstrapazen in Galizien die Füße erfroren sind, trotzdem ihn die Invalidenkommission mit 50 Prozent erwerbsunfähig bezeichnet hat, trotz seiner Eingabe auf seinem neuen Posten in St. Peter am Kammersberg bleiben mußte. Er hat darauf hingewiesen, daß es ihm möglich wäre, in Aussee Soolbäder zu nehmen, um dadurch den Zustand seiner erkrankten Füße zu bessern, wodurch es ihm möglich wäre, den Gendarmieriedienst am Lande zu versehen. All dies ist

ausdrücklich belegt und nachgewiesen. Seine Rückversetzung ist nicht erfolgt. Er hat weiters gesagt, beziehungsweise erklärt, daß er gegen den mutmaßlichen Schreiber des Briefes, der auf Grund eingeholter Schriftproben angeblich ein anderer Gendarm war, der ihn von seinem Dienstposten wegbringen wollte und der gegnerisch organisiert war, die Klage erhoben hat; er hat, daß er, bis diese Klage erledigt sei und sich seine Schuldlosigkeit herausgestellt hat, wenigstens auf seinen alten Dienstposten rückversetzt, seiner Familie wiedergegeben werde; man hat dieses Ansuchen trotzdem abgelehnt. (Psuiruse.) Meine sehr Verehrten, Sie sehen, daß wir schon Grund haben, gegen ein derartiges Vorgehen Beschwerde zu erheben. Aber man hat uns immer wieder gesagt — wir konnten das nicht in jedem einzelnen Fall sofort widerlegen —, daß der Mann sich halt doch etwas habe zuschulden kommen lassen. Es ist ja leicht möglich, daß dessen politische Gesinnung Anstoß bei einer Reihe von Vorgesetzten erregt hat, diese ihn dann schikaniert und wegen kleiner Dienstvergehen in Disziplinaruntersuchung gesteckt haben. Man hat gesagt, etwas wird schon daran sein, der Mann ist bei der Bevölkerung unbeliebt und er muß versetzt werden. Wir haben schließlich doch annehmen müssen, daß die uns gegebenen Aufklärungen und Antworten schließlich und endlich die innerste Überzeugung der Aufklärung gebenden Personen sind. Aber das, was ich nun zufällig in die Hand bekommen habe, ist ein schlagender Beweis dafür, daß unsere bisherigen, auf Ihre stets versicherte Loyalität fußenden Anschauungen nicht die richtigen waren. Ich wollte mit diesem Falle K l u g nur beweisen, daß die Versetzung eines Gendarmen meist mit der Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz des Betreffenden verbunden ist. Mit diesem Akte wollte ich nur beweisen, daß eine Versetzung eine schwere Strafe bedeutet. Ich verweise außerdem noch darauf, daß in den Disziplinarvorschriften für verschiedene Kategorien der Bundesangehörigen die strafweise Versetzung als eine sehr schwere Strafe bezeichnet erscheint, die vorletzte Strafe vor der strafweisen Entlassung; denn man vernichtet damit die wirtschaftliche Existenz des disziplinierten Beamten, man weiß, daß eine solche Versetzung unter allen Umständen die Vernichtung des Betreffenden bedeutet. Nun hat ein Zufall mir den Beweis dafür, daß diese Disziplinierungen, diese Maßregelungen nicht ohne Beeinflussung erfolgen, auf den Tisch gelegt. Zufällig erhielt ich ein Dokument, womit bewiesen ist, daß, trotzdem immer wieder versichert wird, es werde kein Einfluß genommen, trotzdem uns hier von Landesrat Dr. H ü b l e r in einer Programmrede erklärt wird, vor allem müsse die Objektivität der Hoheitsbeamten, der politischen und Exekutivbeamten gewahrt werden, daß sie den objektiven Beamten über alles stellen und sich erhalten wollen, ihn nicht ausgeschaltet wissen wollen, daß trotzdem solche Beeinflussungen vorkommen.

Dieses Schreiben lautet (liest):

„Sehr geehrter Herr Oberinspektor! (Das Schreiben ist an einen höheren Gendarmieriebeamten gerichtet.) Ich wende mit in Angelegenheit von zwei Gendarmen

an Sie, deren Transferierung von der nationalen Bevölkerung gewünscht wird. (Wallisch: „Denunzianten!“ — Zwischenruf Hornik. — Wallisch: „Eine Gemeinheit ist das!“) Ich bitte, das Notwendige einzuleiten oder mir zu sagen, in welcher Weise ich Einfluß nehmen könnte.

1. Der Gendarmeriepostenkommandant Ossinger in Stainz ist bei der nationalen Bevölkerung außerordentlich unbeliebt und diese wünscht seine Versetzung. Nun ist gegen ihn wegen seiner Übergriffe eine Untersuchung im Zuge, die Gendarmerieoberinspektor Haderboleß leitet. Die nationale Bevölkerung wünscht an seiner Stelle den Revierinspektor Friedrich Falk, geboren 1883, derzeit Postenkommandant in Trabüthen. Wäre es zu erreichen, daß Ossinger von Stainz wekommt und Falk von Trabüthen nach Stainz versetzt wird? (Wallisch: „Korruption!“)

Es wird hier verlangt, daß ein Inspektor von dem guten Plaz, der an der Bahn liegt, von Stainz weg und in ein Gebirgsneß kommt, während der andere herunterkommt, eine Versetzung, die mit schweren Schädigungen des betreffenden Beamten verbunden ist. Nun kommt aber in diesem Schreiben noch ein zweiter Punkt, der noch ärger ist. Im ersten Punkt wird nur davon gesprochen, einen Gendarmen zu versetzen, der angeblich bei der nationalen Bevölkerung unbeliebt ist, immerhin ein Grund. Ich werde das Schreiben ganz verlesen (liest):

„2. Bitte ich Sie um Mitteilung, ob es möglich ist, daß der sozialdemokratische Gendarm Alois Scherf in Mureck, der im Hause des Bürgermeisters Ullz in Mureck wohnt, von dort weg versetzt wird.“ (Wallisch: „Pfui Teufel! Das ist eine Gemeinheit!“)

Nun kommt der schöne Schlußsatz, der bei solchen Schreiben immer dabei ist, weil der Schreiber damit eine Denkungsart beweist, die man nur bei einer Partei in diesem hohen Hause findet (liest):

„Ich bitte Sie um eine freundliche Antwort und zeichne mit deutschem Gruß ... (Großer Lärm. — Leichin: „Was ist das für ein Spitzbube?“) Ihr ergebener Hübler.“ (Leichin: „Eine schöne Sippenschaft! Denunzianten seid Ihr!“ — Hornik: „Es kommt eine zweite Abrechnung!“ — Dr. Hübler erscheint im Saale. — Großer Lärm. — Leichin: „Sie Denunziant!“ — Pichler: „Schuff! Das ist echt deutsche Schufferei!“)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte das Haus um Ruhe!

Oberzaucher (fortfahrend): Meine Herren! Ich glaube, daß mit diesem Dokument doch einwandfrei nachgewiesen ist, daß sich der Herr Landesrat Dr. Hübler mit seinen in blechernem Pathos vorgebrachten Worten von der Objektivität der Beamten, die erreicht und erhalten werden muß, von der Unbeeinflussbarkeit der Beamten, in großem Widerspruche befindet gegenüber seinen Handlungen. Ich kann diese Tätigkeit, diesen Akt hier wohl nicht anders als, gelinde gesagt, eine Unanständigkeit bezeichnen (Leichin: „Das ist sehr gelinde!“), und ich muß daher an den Herrn Landeshauptmann die dringliche Anfrage

richten, ob der Herr Landeshauptmann bereit ist, diese unerhörte Beeinflussung von höheren Exekutivbeamten des Bundes seitens außenstehender Personen, und seien es auch Mitglieder dieses Hauses, entschiedenst zurückzuweisen und dafür Sorge zu fragen, daß die ihm unterstellte Beamtschaft bei Ausübung ihres Dienstes die strengste Objektivität bewahrt? (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Rintelen: Es ist ein Prinzip der politischen Verwaltung in Steiermark, soweit sie mir untersteht, daß die politische Gesinnung des einzelnen Beamten oder Bundesangestellten für die Frage seiner Zuteilung keinerlei Rolle spielt. Es ist kein einziger Fall vorgekommen, daß jemand aus politischen Gründen irgendwo versetzt worden ist. Die Versetzungen innerhalb der Gendarmerie sind dem Gendarmeriekommando überlassen, damit will ich nicht sagen, daß der Interpellant nicht das Recht hat, hier Anfragen zu stellen, weil das Gendarmeriekommando an sich dem Landeshauptmann untersteht. Der vorliegende Fall ist mir nicht bekannt. Ich kann daher heute zur Frage, ob der betreffende Gendarm über eine Intervention von irgend einer Seite versetzt worden ist oder aus dienstlichen Gründen, gegenwärtig keine Antwort geben. Ich nehme die Daten und die Anfrage zur Kenntnis und werde das Gendarmeriekommando auffordern, mir über die Gründe dieser Versetzung Bericht zu erstatten. Ich behalte mir vor, diesen Bericht, den ich bekomme, hier dem Hause zur entsprechenden Kenntnis zu bringen. (Beifall.)

Oberzaucher: Ich stelle den Antrag, über diese Interpellationsbeantwortung die Wechselrede zu eröffnen.

Präsident: Ich stelle die Unterstützungfrage. (Der Antrag wird genügend unterstützt.)

Ich erteile dem Herrn Abg. Rosenwirth das Wort.

Rosenwirth: Hohes Haus! Gelegentlich meiner letzten Rede habe ich dem hohen Hause mit fast ebensolchem Material gedient und habe, vollkommen belegt, in gleicher Weise verschiedene Unregelmäßigkeiten seitens der Verwaltung des Landes hier vorgebracht. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ahner hat darauf geantwortet, und diese Antwort war eine derartige Verdrehung der Tatsachen, daß ich die jetzige Gelegenheit dazu benützen will, um zu diesem Kapitel zu sprechen. Ich glaube, daß die heute hier vorgebrachten Fälle wohl in einem ganz anderen Lichte beurteilt wurden, als zum Beispiel die von mir angeführten Fälle Wurzing und Partl. Ich wiederhole, daß hier im Lande mit verschiedenem Maße gemessen wird, und daß Wurzing und Partl, die sich tatsächlich eine Verletzung des Gesetzes zuschulden kommen ließen, daß diese beiden Herren mit der geringsten Strafe, die es gibt, mit einer Rüge bestraft wurden. Und daß natürlich diese Untersuchung in die geeigneten Hände gegeben wurde, ist bewiesen, da der Oberinspektor Sieber, der Vorsitzende der Disziplinarkommission, derjenige Mann, der die technische Nothilfe leitet, der mit dem Herrn Landeshauptmann so enge verbündet ist, die ganze Untersuchung geführt hat. Daraus kann man schon sehen, wie diese Untersuchung ausgelaufen ist. Aber diese Unkorrektheiten

gehen noch weiter. Wenn wir uns die Evidenzblätter ansehen, welche von amtlichen Organen der Gendarmerie ausgefüllt werden, welche vom Oberinspektor Lichem verfaßt wurden, so sehen wir, daß sie den Passus enthalten: „Anhänger welcher politischen Partei?“ Daraus ersehen Sie, daß die Beamten der Gendarmerie im Dienste dazu gezwungen werden, nach der politischen Zugehörigkeit des einzelnen zu fahnden; daß sie natürlich bei diesen Gelegenheiten, um ihrem Dienste nachkommen und diese Fahndungsblätter ausfüllen zu können, zu allen möglichen Mitteln greifen, ist selbstverständlich. Nun hat Herr Dr. Uhrer auf meine Beschwerde bezüglich der Dienstesbefreiung seitens der Mitglieder der Personalkommission sehr wenig geantwortet und hat sich hauptsächlich auf das Gewerkschaftliche hinübergewälzt, um von diesem unangenehmen Kapitel, der im Gesetze begründeten Enthebung der Personalvertreter, abzukommen. Ich möchte nur feststellen, daß meine Interpellation in keiner Weise von den Vertretern der Gewerkschaften gesprochen hat, sondern einzig und allein von der im Gesetze begründeten dienstlichen Befreiung der Personalvertreter, des Vorsitzenden und des Schriftführers. Im § 4 der Vorschrift für die Interessenvvertretung der Gendarmeriebeamten ist ausdrücklich festgelegt, daß diese beiden Vertreter vom Dienste zu befreien sind, und ich glaube, daß dies wohl nicht zu viel verlangt ist, wenn diese zwei Kameraden für 1300 Gendarmen im Land Steiermark die Interessen zu vertreten haben. Der Herr Dr. Uhrer hat daraufhin gesagt, ja was haben denn die viel zu tun, wo sie nicht einmal 100 Exhibitnummern im Laufe eines Jahres haben. Demgegenüber stelle ich fest, daß die Personalkommission im Jahre 1921 665 Exhibitnummern hatte, daß es im Jahre 1922 562 waren und daß sie jetzt im Jahre 1923 trotz der Vergewaltigung, nach der sie Dienst versehen mußte, 366 Exhibitnummern hatte. Ich glaube, daß er doch nicht so weiter gehen kann, daß man diese Personalvertretung dadurch kassiert, daß man sie bei Tage in der Personalvertretung arbeiten läßt und daß sie die ganze Nacht, von 8 Uhr abends bis 8 Uhr früh, schweren Exekutivdienst ausführen muß. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Nun hat Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer auch erwähnt, daß so viele von der freien Gewerkschaft der Gendarmerie austreten. Ich möchte demgegenüber feststellen, daß diese Behauptung des Herrn Landeshauptmannes wohl aus einem Schreiben des Herrn Ragosnig hervorgeht, welches besagt, daß der größere Teil der Bahngendarmerie aus der freien Gewerkschaft ausgetreten ist. Als aber die Personalkommission, die von diesem Austreten nichts erfahren hatte, nachgefragt hat, wer ausgetreten ist, und als sie diese Antwort mehrmals urgiert hatte, das letztmal am 2. Dezember 1923, hat der Herr Ragosnig bis heute darauf nicht geantwortet, weil er gewußt hat, daß er hier nur mit Demagogie gearbeitet hat. Sehen Sie, darum können Sie aus diesen vielen Fällen, die von mir vorgebracht wurden und die mein Parteigenosse Oberzaucher vorgebracht hat, ersehen, daß bei den Exekutivorganen mit zweierlei Maß gemessen wird, daß keine Objektivität einsetzt, die wir

von der Verwaltung des Landes unbedingt verlangen müssen. Und solange Sie diese Objektivität nicht an den Tag legen, solange werden wir diese Fälle fortwährend aufzeigen, damit es endlich dazu kommt, daß alle Exekutivorgane des Landes mit gleicher Strenge, aber auch mit gleicher Milde im Sinne des Gesetzes behandelt werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. — Wallisch: „Wo ist der Landesrat Hübler? Warum antwortet er nicht?“ — Dr. Oberegger: „Beruhigen Sie sich nur, er wird schon antworten!“ — Zwischenruf: „Er ist doch ausgekniffen!“)

Präsident: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, daher ist die Debatte geschlossen und dieser Punkt erledigt.

Wir gehen in der Tagesordnung weiter. Zum Worte gelangt Herr Abg. Hornik. Ich erteile ihm das Wort. Hierauf folgt in der Rednerreihe der Herr Abg. Pichler.

Hornik: Hohes Haus! Unsere Stellungnahme zum Voranschlage für das Jahr 1924 des Landes Steiermark hat mein Parteigenosse Herr Landesrat Dr. Hübler in großen Zügen (Riesel: „In den letzten Zügen!“) ja bereits skizziert. Ich möchte nur das eine erwähnen, daß ich meiner Befriedigung darüber Ausdruck geben kann, daß heuer in das Landesbudget für das gewerbliche Fortbildungswesen ein größerer Betrag aufgenommen werden konnte, als dies in den letzten Jahren der Fall war. Andererseits aber muß ich es doch bedauern, daß für das Gewerbe die sozialen Lasten, beziehungsweise die Lasten aus der Lohn- und Gehaltsabgabe eine weitere Ausdehnung finden mußten, bemerke jedoch, daß sich diese Ausdehnung in jenen Grenzen bewegen konnte, welche vielleicht noch erträglich sein werden. Es wurde wenigstens dadurch das eine verhindert, daß eine Erhöhung des Prozentsatzes eintreten mußte. Ich gebe der Überzeugung und Hoffnung Ausdruck, daß in den nächsten Jahren es doch möglich sein wird, dem Gewerbebestande Erleichterungen zu gewähren, denn dieser kämpft sehr hart um seine Existenz. Die Gründe, warum es jetzt noch nicht möglich ist, Erleichterungen zu schaffen, liegen ja hauptsächlich im verlorenen Kriege und im Schmachtfrieden von St. Germain, den wir nicht ändern können.

Im Verlaufe der Debatte ist gegen uns Großdeutsche eine ganze Anzahl von Beschwerden und Angriffen gerichtet worden, besonders von den Herren Sozialdemokraten. Ich wundere mich, daß die von Ihnen behauptete Bedeutungslosigkeit der Großdeutschen solcher Angriffe von Ihnen würdig ist. (Große Unruhe. — Leichn: „Das war doch charakterlos von Ihnen!“) Ich muß sagen, daß ich nur einen Gegner, der mir gefährlich ist, angreife, aber wenn mir ein Gegner nicht gefährlich ist, dann greife ich ihn auch nicht an. Ich glaube, es ist kein einziger von Ihnen, der es nicht getan hat, denn mit wenigen Ausnahmen hat sich jeder Redner ganz lebhaft und intensiv mit uns Großdeutschen beschäftigt. Ich will auf alle diese Angriffe nicht eingehen, zum Teile sind sie schon erledigt, zum Teil werden sie noch erledigt werden, ich will nur einige Vorwürfe, einige Ihrer Angriffe herausuchen. Es wurde uns der Vorwurf gemacht, daß wir nicht mit-

helfen, wenn ein Fehler gerügt wird. Ich habe auch nicht das Gefühl, daß Sie mithelfen, wenn wir Fehler rügen und deshalb will ich einige Fehler herausuchen, die aus dem System der sozialistischen Gemeindepolitik fließen. Ich erkläre sofort, daß ich, wenn hier Personen genannt werden, keine persönlichen Angriffe damit verbinde. Ich muß diese Personen nennen als Exponenten des Prinzips sozialistischer Gemeindegewirtschaft, als Exponenten, die von der Zentralstelle für sozialistische Kommunalpolitik, dem Sekretariate geleitet werden und dessen Aufträge in diesem Sinne ausführen müssen. Es wurde — ich glaube, es war der Abg. Wallisch — sehr heftig Klage geführt, daß ein Bürgermeister in einer Landgemeinde bis heute noch kein Provisorium für 1924 verlangt und natürlich auch keinen Voranschlag eingebracht hat. Im „Arbeiterwille“ war dieser Fall auch behandelt und da steht folgender Satz: „Dieser Bürgermeister hat keine Ahnung davon, daß er ohne Beschluß des Gemeindegemeinschaftsausschusses nicht einen Heller einnehmen oder ausgeben darf.“ Ich lege auf das Wort „ausgeben“ — so steht es hier — sehr viel Gewicht. „Dieser Gesetzesunkennnis versuchen nun die Sozialdemokraten an den Leib zu rücken, aber sie ist von einem ganzen Volkwerk von Borniertheit umgeben, so daß alle sachlichen Gründe taube Ohren finden.“ Meine Herren, ich frage, in welchem Paragraphen der Gemeindeordnung — und ich bitte, bei den Herren Sozialdemokraten sitzt eine ganze Menge sehr tüchtiger Bürgermeister (Rufe: „Sehr richtig!“), in Ihrem Sinne tüchtig — in welchem Paragraphen der Gemeindeordnung findet man eine Bestimmung, welche besagt, daß der Bürgermeister ein Provisorium verlangen muß? Sie finden in der ganzen Gemeindeordnung keine solche Bestimmung, wohl aber eine, daß der Bürgermeister, wenn er den Voranschlag überschreitet, unverzüglich einen Gemeinderatsbeschluß zur nachträglichen Genehmigung einholen muß (Wallisch: „Dann braucht er auch keinen Voranschlag!“). Das ist nicht nur in einem speziellen Falle, sondern das ist allgemein gehalten und auf das werde ich noch zurückkommen. Wir finden auch eine gesetzliche Bestimmung, daß der Bürgermeister nur in gewissen Fällen, und zwar, wenn Gefahr im Verzuge ist und ein Aufschub mit großem Schaden verbunden sein könnte, den Voranschlag oder die für eine bestimmte Arbeit oder Leistung festgesetzte Summe überschreiten darf. So ein Bürgermeister in einer kleinen Gemeinde am flachen Lande wird nun ein Provisorium nicht einbringen und das ist begreiflich, weil er ja nur die Gemeindeordnung kennt und dort keine Bestimmung enthalten ist, daß ein Provisorium zu erstellen sei, wenn der Voranschlag nicht rechtzeitig eingebracht werden konnte. Nun will ich Ihnen als Gegenstück einen speziellen Fall bringen, und will beweisen, daß die Klagen, die Sozialdemokraten werden dort vergewaltigt, wo sie in der Minderheit sind, nicht zutreffen, daß aber in all jenen Gemeinden, in denen die Sozialdemokraten die Mehrheit haben, eine solche Vergewaltigung der Minderheit stattfindet. Das Bild, wie Sie es darstellen, ist in Wirklichkeit nicht so; das hat auch ein Redner der Herren Sozialdemokraten allerdings etwas verblümt zugegeben; er hat gefordert, daß die Landes-

regierung den sozialdemokratischen Mehrheiten eine größere Freizügigkeit gewähren soll, für welche die Landesregierung nicht zu haben sei. Nun, wir wissen, was unter größerer Freizügigkeit in Ihrem Sinne zu verstehen ist. Gemeint hat der betreffende Redner „großzügig“. (Wallisch: „Also Sie wissen, was wir meinen!“) Ich will an der Hand eines typischen Beispiels einiges anführen von meiner Heimatstadt Bruck, ein kurz gedrängtes Bild geben, wie dieses System sozialdemokratischer Gemeindepolitik zur Auswirkung kommt. (Wallisch: „Du sollst Dein Nest nicht beschmutzen, heißt es!“) Wir hatten im Jahre 1922 neue Gemeinderatswahlen, weil durch Angliederung der Gemeinde Berndorf eine Erhöhung der Mandatszahl ermöglicht wurde. Aus dieser Wahl gingen die Parteien im Verhältnisse von 17:13 hervor, und zwar 17 Sozialdemokraten und 13 Vertreter der Wirtschaftspartei. (Wallisch: „Kuddelmuddel!“) Schon in der konstituierenden Sitzung haben wir gesehen, auf welcher Basis gearbeitet werden und wie der Hase laufen soll. Die Gemeindeordnung bestimmt, daß höchstens ein Viertel der Gemeinderäte als Vorstandsmitglieder gewählt werden dürfen; es hätten also in Bruck sieben Vorstandsmitglieder gewählt werden können, zu welchen auch der Bürgermeister zählt, weil der Gemeinderat aus 30 Mitgliedern besteht. Wenn man dann nachrechnet, wäre das Verhältnis von vier Sozialdemokraten einschließlich des Bürgermeisters zu drei Mitgliedern der Wirtschaftspartei gegeben. Das durfte aber nicht sein, daher wurde durch die Mehrheit diktiert, daß sechs Vorstandsmitglieder, und zwar vier Sozialdemokraten und zwei Mitglieder der Wirtschaftspartei sein sollen. Das nennen Sie demokratisch. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Aber es kommt noch schöner. Für die Ausschüsse wurde wieder durch Mehrheitsbeschluß diktiert (Wallisch: „Durch einen Beschluß diktiert! Das ist ein Unsinn! Das ist deutsche Begriffsverwirrung!“), daß acht Ausschußmitglieder sein müssen, fünf sozialdemokratische und drei von der Wirtschaftspartei. Es ist daher in den Ausschüssen und im Gemeindevorstand von Anfang an einem nur im Sinne der Sozialdemokraten gelegenen Verhältnis Rechnung getragen worden. Wir haben dann eine Zeitlang gearbeitet und auf einmal haben wir die Wahrnehmung gemacht, daß den Beamten des Stadtamtes verboten ist, an Mitglieder des Gemeinderates Auskünfte zu erteilen oder sie Akten einsehen zu lassen usw. Ich habe daraufhin in einer Finanzausschußsitzung, in welcher die Beratung des Voranschlages eingesetzt hat, an den Obmann des Finanzausschusses, Herrn Vizebürgermeister Krawagna, eine Interpellation gerichtet, was das zu bedeuten habe, und darauf erklärte Herr Vizebürgermeister Krawagna, daß dieses Verbot sich nur darauf beschränke, daß nicht Auszüge aus den Büchern oder Abschriften von Rechnungen und Herstellung von Plänen verlangt werden könnten, was ja möglicherweise mehrere Stunden in Anspruch nehmen könnte, daß aber selbstverständlich persönliche Informationen frei sind. Ich habe das zur Kenntnis genommen und mich damit zufrieden gegeben. Im

Herbst 1923 habe ich aber die Wahrnehmung machen müssen, daß dieses Verbot sich auf jede Auskunftserteilung und auf jede Akteneinsicht erstreckt. (Zwischenerufe: „Hört!“ — Wagner: „Geheimdiplomatie!“ — Wallisch: „Nur schön still sein da drüben!“ — Pichler: „Die Antwort kommt schon!“) Nun frage ich, wie soll ein Gemeinderat die in den §§ 26 und 36 der Gemeindeordnung festgelegte Pflicht der Überwachung der Geschäftsführung des Bürgermeisters und Gemeindevorstandes ausüben können, wenn er sich nicht ein objektives Urteil bilden kann. Dies wird ihm einfach unmöglich gemacht. Wir finden nun da im stenographischen Protokoll der Sitzung des hohen Hauses am 20. Dezember aus der Rede des Herrn Bürgermeisters Pichler folgendes (liest): „Ich möchte feststellen, daß der Gemeinderat in Bruck aus 17 Sozialdemokraten und 13 Bürgerlichen besteht. Wenn diese Leute nicht imstande wären, sich Einblick zu verschaffen, dann sind sie nicht wert, Gemeinderäte zu sein.“ Herr Bürgermeister, ich frage Sie nun, nennen Sie mir eine Gesetzesstelle, nach welcher der Gemeinderat auf einem anderen Wege als wir es versucht haben, die Möglichkeit hat, sich die Einsicht in die Akten zu verschaffen und Auskünfte zu erlangen. Eine solche Gesetzesstelle werden Sie mir nicht namhaft machen können. Wir haben nur den einzigen Weg der Beschwerde an die Landesregierung und diesen Weg sind wir gegangen. Ich empfinde es als eine Verhöhnung, wenn man mitgearbeitet und dann den gesetzlichen Weg eingeschlagen hat, dies damit beantwortet zu sehen, daß man sagt, man sei nicht wert, Gemeinderat zu sein. Bürgermeister Pichler hat in der erwähnten Sitzung weiter noch folgendes gesagt (liest): „Was könnte es uns auch nützen äußersten Falles, wo die ganzen Beamten von ältester mit zwei bis drei Ausnahmen, der Oberbuchhalter und die Kassiere in den bürgerlichen Kreisen stehen, und jederzeit im innigen Kontakte mit der Wirtschaftspartei sind.“ Wir haben niemals versucht, daß wir auf einem anderen Wege Auskünfte erhalten oder die Einsichtnahme in die Akten oder Bücher uns verschaffen. Wir wollen die Beamten des Stadtkamtes nicht mißbrauchen, nicht zu einer Handlung verleiten, die eventuell als ein Mißbrauch der Amtsgewalt ausgelegt werden könnte. (Pichler: „Das ist aber geschehen!“) Von der Gemeindegewaltspartei aber nicht! (Pichler: „O ja!“) Davon weiß ich nichts, bringen Sie mir Beweise. (Pichler: „Ich werde sie schon erbringen!“) Sie haben das ganze organisiert und nun machen Sie wieder Vorwürfe. Wir wollen nicht diesen Weg gehen und verurteilen ihn, wir wollen in gesetzlicher Weise vorgehen. Daß aber dieses Verbot nur für die bürgerlichen Vertreter der Gemeinde gilt, das kann man aus einem Rundschreiben des Bezirkssekretärs Herrn Koloman Wallisch feststellen, in welchem es in der Einleitung für die Abhaltung von Kursen für Gemeindefunktionäre heißt: „Hiebei wird es sehr gut sein, sich von sozialdemokratischen Gemeindefunktionären Abschriften von einschlägigen Akten zu verschaffen.“ Damit haben Sie selbst gesagt, daß den Gemeinderäten das Recht zusteht, sich sogar

Abschriften von Akten zu machen. Wenn dies aber für uns nicht gilt, dann gilt es auch für Sie nicht. (Riegler: „Sehr gut!“ — Wallisch: „Der Riegler ist zufrieden mit Ihnen!“) Es wird dieses Verbot der Auskunftserteilung auch mit dem § 44 der Geschäftsordnung begründet. Dieser Paragraph sagt, daß Ausschüsse das Recht haben, Akten holen zu lassen. Sachverständige einzuvernehmen usw. Er sagt zwar nicht, daß den Gemeinderäten das Recht der Information und Akteneinsichtnahme zusteht und das braucht er auch nicht zu sagen, denn dieses Recht ist in den §§ 26 und 36 der Gemeindeordnung und außerdem in einem Verwaltungsgerichtshofurteil vom 23. Mai 1889 festgelegt worden. Diese Frage wird ja wahrscheinlich recht bald entschieden werden und ich bin fest überzeugt, daß sie zu unseren Gunsten entschieden wird. (Pichler: „Daß Sie verlieren werden!“) Nun haben wir aber noch folgendes: Der Voranschlag für das Jahr 1923 wurde im März fertiggestellt. In diesem Voranschlag ist für die Straßenerhaltung, für Vornahme gewisser Erhaltungsarbeiten an den städtischen Gebäuden, für Beschotterung der Bahnhofallee ein gewisser Betrag eingelegt, im Voranschlag zwar weniger, aber mit den nachträglich bewilligten Beträgen eine Gesamtsumme von beiläufig 280.000.000 K. Ende Mai, beziehungsweise anfangs Juni bemerkten wir, daß diese Arbeiten in einem Umfange vorgenommen werden, der mit den im Voranschlag vorgesehenen oder nachträglich bewilligten Beträgen nicht im Einklange stehen kann. Es hatte allerdings der Bürgermeister in einer Gemeinderatsitzung Mitteilung gemacht, daß Arbeiten notwendig werden; das haben wir gewußt, das stand im Voranschlag und dafür waren die Gelder vorgesehen, daß die Straßen beschottert werden müssen. Das haben wir alle bei der Bewilligung des Voranschlages beschlossen. Er hat auch in einer Ausschusssitzung am 8. Mai Mitteilung davon gemacht, hat aber nicht mehr das Bedürfnis gefühlt, diese Überschreitungen vom Gemeinderat nachträglich bewilligen zu lassen. Wir haben deswegen am 23. Juni sogar eine Anfrage an ihn gerichtet und diese Anfrage wurde am 10. November beantwortet. (Riegler: „Das ist sehr rasch gewesen!“) In diesem Zwischenraum haben drei außerordentliche Gemeinderatsitzungen stattgefunden und auf keiner Tagesordnung dieser Gemeinderatsitzungen war ein Punkt, der eine nachträgliche Genehmigung für diese Arbeiten beinhaltet hätte. Es wird gesagt, in einer außerordentlichen Gemeinderatsitzung kann man eine Anfrage nicht beantworten. Um das handelt es sich nicht, sondern um die vorherige Einholung der Genehmigung zu den Arbeiten. Die Arbeiten waren nicht so dringend notwendig, daß der Gemeinderat nicht hätte vorher die Beträge beschließen können. Es wird gesagt, die Notwendigkeit wurde von den städtischen Beamten festgestellt. Ich stelle fest, daß wir zu dieser Zeit keinen Fachmann im Baufache hatten, und Feststellungen, durch die „nach und nach“ Arbeiten für notwendig erklärt wurden, haben keinen Wert. Und ist es überhaupt möglich, daß eine Mitteilung im Finanzausschusse, in dem der Bürgermeister nicht stimm-

und antragsberechtigt ist (Wallisch: „Der Gemeinderat hatte den Voranschlag ja schon längst genehmigt!“) — ich komme auch darauf noch zu sprechen —, daß eine solche Mitteilung als Erlass für einen formalen Gemeinderatsbeschuß angesehen wird? Und das ist so weitergegangen; die wahren Gründe kann ich nicht aufzeigen, aber die Vermutung in der nichtsozialdemokratischen Bevölkerung geht dahin, daß damit ein sozialdemokratisches Institut, die sozialdemokratische Baufirma Grundstein, gefördert werden sollte. (Wallisch: „Sozialdemokratische Baufirma? Das ahnen Sie wieder!“) Möchten Sie mir die Gesellschafter dieser Firma sagen, Sie werden nicht einen einzigen finden, der nicht Sozialdemokrat ist. Damit diese Firma den nötigen Blutzufluß hatte, war immer, wenn eine Arbeit fertig war, auf einmal eine zweite notwendig. Es wurde mit Ziel- und Planlosigkeit vorgegangen. Es wurde am Feuerlöschdepot am Minoritenplatz vier Wochen gearbeitet, und nach vier Wochen langer Arbeit wurde das ganze weggerissen; dann sollte ein neues Depot hingebaut werden. Diese Arbeiten wurden vergeben, ohne daß eine Ausschreibung erfolgt wäre. Diese Überschreitungen machen einen Betrag von 720 Millionen Kronen aus, und das ist die Summe, welche durch die 600prozentige Gemeindeumlage auf die Landesgrund- und -gebäudesteuer hereingebracht werden mußte. Ich glaube nicht, daß es unbedingt notwendig war, alle diese Arbeiten in dem Umfange auszuführen. (Wallisch: „Wir glauben es!“) Was Sie glauben, geht mich nichts an. Ich werde mir ein eigenes Urteil erlauben dürfen. Sie wissen auch nichts, weil kein Sachverständiger es festgestellt hat. (Wallisch: „Sie können wir nicht belehren!“) Das glaube ich eher von Ihnen, ich nehme Belehrungen an. Es wurde uns zum Vorwurfe gemacht, daß wir im Gemeinderate wiederholt einstimmige Beschlüsse gefaßt, uns aber dann nachher beschwert haben. Ich möchte fragen, wann haben wir uns gegen einstimmig gefaßte Beschlüsse beschwert? (Pichler: „Ich werde schon antworten!“) Wenn Sie die 600prozentige Umlage meinen, so stelle ich fest, um Ihnen das zu ersparen, daß es im Protokoll dieser Gemeinderatsitzung heißt: Der Antrag des Berichterstatters wird mit 17 Stimmen bei 4 Stimmenenthaltungen angenommen. Es haben drei Mitglieder der Gemeindewirtschaftspartei mit den Sozialdemokraten gestimmt, aber einstimmig ist das nicht. Warum drei mit Ihnen gestimmt haben, kann ich auch angeben. (Pichler: „Was war bei Berndorf?“) Da wurde keine Beschwerde von der Gemeindewirtschaftspartei eingebracht, sondern von der Bevölkerung. (Pichler: „Ja, wen vertritt die Wirtschaftspartei in Bruck? Die Kälber am Mond?“) Ich muß sagen, wenn jemand mit unseren Beschlüssen nicht einverstanden ist, so kann ihm das Recht nicht genommen werden, sich dort Recht zu holen, wo er es zu finden glaubt. So demokratisch sind wir; wir scheuen niemanden, Sie werden mich die Demokratie nicht lehren. Das Recht der Meinungsäußerung verbieten wir niemanden, auch in unserer Partei nicht. Wir tun das nicht. Warum diese drei Mitglieder zu der 600prozentigen Gemeindeumlage ihre Zustimmung gegeben haben, ist auf eine

unrichtige Information, die vorher gegeben wurde, zurückzuführen. Ich nehme an, daß dieser Irrtum nicht absichtlich vom Bürgermeister Pichler hervorgerufen wurde, sondern daß er in den Verhältnissen begründet lag, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die Information unrichtig war. Als dann die richtige Ziffer zutage trat, da haben wir es eben versucht, eine Reparatur dieser 600prozentigen Gemeindeumlage herbeizuführen. Ich komme jetzt zu der nachträglichen Genehmigung aller dieser Überschreitungen. Das zeigt wieder, wie man gegen uns vorgegangen ist. Am 18. Dezember, also dreiviertel Jahre später, hat sich endlich der Finanzausschuß damit befaßt, alle diese Arbeiten dem Gemeinderate zur Genehmigung zu unterbreiten, und da haben wir verlangt, daß wir dem Gemeinderate erst dann den Antrag unterbreiten, wenn die Arbeiten und Rechnungen von Sachverständigen geprüft sein werden. Dazu haben auch die sozialdemokratischen Vertreter ihre Zustimmung gegeben, und es wurde mit Zustimmung des Bürgermeisters das Landesbauamt ersucht, die Überprüfung vorzunehmen. Dieses hat den Akt, aus welchen Gründen weiß ich nicht, an die Industrielle Bezirkskommission geschickt und diese hat ihn wieder nach Bruck an das Stadtkanzlei zur Entscheidung geschickt. Es ist ein *circulus vitiosus*. Ich kann mir denken, warum das Landesbauamt den Akt der Industriellen Bezirkskommission geschickt hat. Es wurde immer behauptet, diese Arbeiten sind zur Erlangung des staatlichen Zuschusses der produktiven Arbeitslosenfürsorge notwendig. Um den Bundeszuschuß zu bekommen, mußte man die Arbeiten ausführen, und hat auch ein solches Ansuchen an die Industrielle Bezirkskommission gerichtet. Und da ist etwas merkwürdig. Das Gesetz sagt, wenn man den Zuschuß für die produktive Arbeitslosenfürsorge haben will, muß man vorher einen Kostenvoranschlag und die Pläne der beabsichtigten Arbeiten dem Gesuche beilegen und an das Bundesministerium für soziale Verwaltung senden. Das ist nicht geschehen, sondern erst nachher, nachdem die Arbeiten schon fertig waren, hat man um den Bundeszuschuß angefragt. Und wahrscheinlich deshalb, weil bei Ausführung dieser Arbeiten immer auf diesen Zuschuß hingewiesen war, hat das Landesbauamt den Akt an die Industrielle Bezirkskommission weitergeleitet. Die mußte damit nichts anzufangen und schickte den Akt nach Bruck zurück.

Dieser Antrag auf Überprüfung war also angenommen, aber er wurde einige Zeit später zurückgezogen, weil wir unsere Beschwerde gegen die 600prozentige Gemeindeumlage eingebracht haben. In welchem Zusammenhange das ist, das weiß ich nicht. Nun hat plötzlich im Finanzausschuß am 26. Jänner 1924 die Mehrheit den Antrag gestellt, diese Überschreitungen in Baufch und Bogen zu genehmigen und damit die Sache abzuschließen. Wir haben dagegen protestiert. Das hat nichts genützt. In der Gemeinderatsitzung wurde der Beschuß mit den Stimmen der Mehrheit gefaßt, und so wurden alle diese Arbeiten, gegen die Beschwerden laufen, die von Sachverständigen nicht für notwendig erklärt, deren Rechnungen von Beamten des Stadtkanzlees zwar überprüft, aber nicht von Bau-

sachverständigen begutachtet und geprüft wurden, in Bausch und Bogen, ohne Aufhebens zu machen, genehmigt. Das ist, glaube ich, nicht die richtige Art, in der ein Gemeinderat das Aufsichtsrecht über die Geschäftsführung ausüben soll. Das mag sich mit dem sozialistischen System vertragen, aber mit unserer Ansicht von der Geschäftsführung in der Gemeindestube verträgt sich so etwas nicht. Ich möchte die Anfrage an die Herren von der Gegenseite richten, ob Sie uns vorwerfen können, daß wir bei sozialen Arbeiten nicht dabei waren.

Ich möchte da nur erinnern an die Arbeitslosenunterstützungen, an den Wohnhausbau, da haben wir sehr fleißig mitgetan. (Wallisch: „Sie haben uns den Vorwurf gemacht, daß wir das nicht haben. In Ihrer Presse ist das geschehen!“) Ich verweise auf unsere Mitarbeit beim Ausbau der städtischen Betriebe, auf unser Interesse und auf unsere Mitarbeit beim Ausbau der Wasserleitung und verweise schließlich und endlich auch auf unsere Mitarbeit bei den Subventionen, die vom Gemeindevorstande bewilligt wurden. Nun allerdings möchte ich hier gleich folgendes richtigstellen: Es ist mir vorgestern gesagt worden auf meine Bemerkung, daß kein einstimmiger Gemeinderatsbeschluß stattgefunden hat bei Vergebung der Subventionen, ja, es wäre ein einstimmiger Gemeinderatsbeschluß. (Pichler: „Vorstandsbeschluß!“) Dann ist es der Gemeindevorstand. Ich möchte feststellen, daß die frühere Wirtschaftspartei der Stadt Bruck damals, als die Frage zur Diskussion stand, was mit den Eingängen aus der Lohnabgabe zu geschehen habe, erklärt hat, diese Eingänge gehören in die Gemeindegasse und sind nicht einem bestimmten Zwecke zuzuführen. Da hat aber die sozialdemokratische Gemeinemehrheit ganz ruhig beschlossen, diese Gelder für Fürsorgezwecke zu verwenden und hat dem Gemeindevorstande das Recht zuerkannt, hierüber zu verfügen. Deshalb kommen diese Subventionsansuchen gar nicht vor den Gemeinderat, sondern werden im Gemeindevorstande erledigt. Ich bitte, dieser Zustand besteht heute zu Recht, da kann man nichts ändern und wir haben uns damit abgefunden. Wir arbeiten selbstverständlich dort auch mit. Nun aber ist es doch merkwürdig, daß diese Subventionen immer auf eine bestimmte Seite fallen. Es sind z. B. vom Bezirksverwaltungsausschusse der Arbeiterbücherei 20 Millionen Kronen und der Südmärkbücherei 2 Millionen Kronen gegeben worden. Das Verhältnis ist sehr schön. Die Begründung ist folgende: Die Arbeiterbücherei hat angeblich mehr Bände und ist jeden Tag offen, und die Südmärkbücherei hat weniger Bände und ist nicht so oft offen. Daher das Verhältnis. Beim Turnverein nun ist die Sache nicht so. Weil der Deutschvölkische Turnverein von Bruck und Kapfenberg mehr Mitglieder, mehr Turnstunden und Geräte hat als der Arbeiterturnverein, hat der Arbeiterturnverein 10 Millionen und der Deutschvölkische Turnverein von Bruck und Kapfenberg zusammen nur 2½ Millionen Kronen bekommen. Da ist die Begründung wieder anders, weil die mehr sind. bekommen sie weniger. Sehen Sie, das heißt die Logik auf den Kopf gestellt. (Pichler: „Das ist einstimmig angenommen worden im Vorstande!“) Das ist nicht

richtig, weil ich vom Bezirksverwaltungsausschusse gesprochen habe, das ist nicht einstimmig angenommen. In der Gemeinde sind die Subventionen angenommen worden auch mit den Stimmen der Vertreter unserer Partei. Nun ist etwas charakteristisch. Beim Bezirke bekommt der Republikanische Schutzbund 10 Millionen Kronen, für 1923 4 Millionen und 6 Millionen Kronen für 1924. Von der Gemeinde hat er nichts bekommen, da sind die Beträge gestrichen worden. (Zwischenruf: „Was ist's mit den Heimwehren?“) Die Heimwehren kriegen nichts. (Leichin: „Der Weidenhoffer gibt Euch ja genug. Die Steirerbank wird schon was auslassen!“) Aber sehen Sie, meine Herren, das Interessanteste ist folgendes:

Die Eingänge aus der Lohnabgabe sind nach folgendem Schlüssel vom Gemeinderate aufgeteilt:

30 Prozent Armenfonds, 40 Prozent Jugendamt — und da verweise ich ebenfalls auf unsere Mitarbeit bei der Schaffung des Jugendamtes (Leichin: „Sehr schön von Ihnen!“) — danke für das Kompliment, dann 10 Prozent für Bildungszwecke und Körperpflege, 10 Prozent für laufende Ausgaben und 10 Prozent für Unvorhergesehenes. (Leichin: „Eine schöne Spenderseele!“) Gewiß, das bin ich auch! Nun finde ich es begreiflich, daß der Arbeiterturnverein etwas bekommen hat, ich gönne jedem das, was er bekommen hat, ich neide ihm nichts. Nun sehen Sie aber, da haben wir in Bruck ein sogenanntes Schülerunterstützungskomitee und dieses besteht seit 40 Jahren. Der Zweck dieses Komitees ist, armen Schülern, welche mittags nicht nach Hause kommen können, wenigstens eine warme Suppe in der Winterszeit bei schlechtem Wetter zu verabreichen. Das Komitee nimmt keine Rücksicht darauf, ob das Kind dem oder jenem gehört. Dieses Komitee hat nun auch um eine Unterstützung aus der Fürsorgeabgabe angesucht, bekam aber das amtliche Schreiben als Antwort:

„In Erledigung Ihrer Eingabe vom 28. November — das Antwortschreiben ist datiert vom 3. Dezember — wird mitgeteilt, daß die Stadtgemeinde Armenbeteiligungen im eigenen Wirkungskreise durchführt. Auf eine Mitwirkung von Vereinigungen dieser Art, welche auf etwas einseitiger Basis geleitet werden, muß die Stadtgemeinde verzichten.“

Die Stadtgemeinde ist also nur da, Institutionen, welche auf einseitiger Basis — siehe Republikanischer Schutzbund — von den Sozialdemokraten geleitet werden, zu unterstützen, aber nicht dazu da, solche Institutionen mit Subventionen zu unterstützen, wo es sich um die Unterstützung von Kindern ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit handelt. (Wallisch: „Sie bekommen ja von der Gemeinde zu essen!“ — Pichler: „Wir werden uns vorschreiben lassen, wem wir etwas geben wollen, von Ihnen nicht! Wir erhalten ja die amerikanische Fürsorge mit gewaltigen Beträgen und da brauchen wir keine Gräfin, die die Geschichte leitet!“) Ich glaube, solchen Vereinigungen könnte man doch auch eine Subvention gewähren. Das ist ja doch soziale Fürsorge. (Großer Lärm. — Pichler: „Ob schön oder nicht, das kümmert uns nicht, das bleibt sich gleich!“) Es macht auch nichts, wenn an der Spitze

einer Organisation der andere steht. Es ist mir vom Herrn Abg. Wallisch, als die Frage der Nähmaschinen für die Klosterschule zur Sprache kam, der Vorwurf gemacht worden, daß ich als Koalitionsgenosse mich den Christlichsozialen erkenntlich zeigen muß. Ich will Ihnen die Geschichte dieser Nähmaschinen erzählen. In Bruck bestand eine Frauengewerbeschule, die in der Bürgerschule untergebracht war. Dort ging sie ein und wurde dann in der Fachschule für Schlosserei neu errichtet. In dem Schulausschusse war vertreten der Bund, das Land, die Kammer für Handel und Gewerbe und die Gemeinde. Warum? Der Bund stellte die Räume zur Verfügung, bezahlte eine Lehrkraft und gab eine Subvention, das Land gab eine Subvention, die Kammer für Handel und Gewerbe gab eine Subvention und die Gemeinde stellte Licht und Beheizung bei. Plötzlich erklärte der Bürgermeister, die Gemeinde könne Licht und Beheizung nicht mehr beistellen, weil ihre finanzielle Lage dies nicht gestatte. Daraufhin erklärte der Bund und das Land, sie können diese Lasten allein nicht übernehmen, die Schule sei aufzulassen. Nun trat der Schulausschuß zusammen und beriet, was mit dem Inventar zu geschehen habe. Die Vertreter von Bund, Land und Kammer für Handel und Gewerbe beschlossen — der Vertreter der Gemeinde kam zu spät, er kam erst am Schlusse der Sitzung —, jener Schule die Inventargegenstände zu übergeben, in der Mädchen in Handarbeiten herangebildet werden, und das ist im Pensionat der Kongregation der Kreuzschwestern in Bruck. Eine andere derartige Schule hatten wir nicht in Bruck. An der Bürgerschule, in der Realschule und in den Volksschulen wird dieser Unterricht nicht gepflogen, und so wurde die Einrichtung mit den Maschinen dem Pensionat der Kreuzschwestern übergeben mit der Bedingung, daß das Inventar zurückzugeben sei, wenn wieder eine Frauengewerbeschule in Bruck unter gleichen Bedingungen wie früher errichtet wird. Diese Schule der Kreuzschwestern ist mit Öffentlichkeitsrecht ausgestattet und untersteht einem öffentlichen Bezirksschulinspektor. Allerdings war vorher vom Bürgermeister Pichler, dem jetzigen Nationalrat Pichler, der als Vertreter des Landes in diesem Schulausschusse war, der Antrag gestellt worden, diese Nähmaschinen zu gleichen Teilen an die christlichsoziale und an die sozialdemokratische Partei zu übergeben. Diese Teilung hat Nationalrat Pichler als parteipolitisch abgelehnt und hat gesagt, diese Nähmaschinen müssen der Gemeinde für spätere Zeit erhalten bleiben. (Wallisch: „Und dem klerikalen Institute übergeben werden!“) Leihweise! So lautet der Vertrag, so ist die Sache, Sie kennen den Vertrag ja gar nicht. So ist die Sache und nicht, um jemandem etwas zuzuschanden. Mit diesen Ausführungen habe ich nun so ziemlich das System charakterisiert, ohne daß ich persönliche Vorwürfe machen mußte. Exponent dieses Systems ist die Person des Bürgermeisters, er wußte diesem System zum Durchbruche zu verhelfen. Daß er dabei hie und da auch Extratouren tanzt, die mit diesem System zusammenhängen, ist selbstverständlich und das nehmen wir ihm nicht übel. Eine Extratour ist auch sein Verhalten bezüglich der Turnerhilfe für die Feuerwehren,

und im Gegensatz dazu das Schreiben des Bürgermeisters für den Republikanischen Schutzbund an die Feuerwehren. Die Turnerhilfe hat der Herr Bürgermeister mit Hilfe der sozialdemokratischen Mehrheit im Gemeinderate abgelehnt, weil durch den Deutschvölkischen Turnverein, der keiner Partei angehört, keiner Parteirichtung nachgeht, der auf völkischem Boden steht ... (Zwischenruf: „Also, das ist keine Partei, ein völkischer Boden!“) Auf dem Boden würden Sie sehr gerne stehen. (Wallisch: „Aus diesem Grund kommandieren Sie am 1. Mai Ihre Leute auf das Rennfeld hinauf!“) Unsere eigenen Leute, die kommandieren wir, wie wir wollen. (Zwischenruf: „Die müssen tanzen, wie Sie wollen!“) Ist das Rennfeld vielleicht ein politischer Tanzboden? Dort feiern wir unsere heutigen Feiern. Die Turnerhilfe wurde abgelehnt, weil der Deutschvölkische Turnverein, der wohl bei Bränden, wo die Feuerwehr nicht mehr ausreicht, herangezogen wird, weil der dort bei den Bränden vielleicht Politik betreiben und die Feuerwehr politisieren könnte. Aber der Republikanische Schutzbund wird ein oder zwei Monate später der Feuerwehr und Sicherheitsabteilung zur Hilfeleistung empfohlen. Ist das vielleicht keine parteipolitische Institution? (Zwischenruf: „Die Feuerwehr?“) Nun die letzte Extratour, die nehme ich nicht sehr fragisch. (Unverständlicher Zwischenruf des Abg. Leichner.) Ja, das ist gut und hat auch gute Wirkungen für uns, Sie spüren diese Wirkungen schon. Die letzte Extratour ist auch wieder gegen den Deutschvölkischen Turnverein gerichtet, und wenn ich so die Sache betrachte, so könnte ich nur sagen, wie ich es nicht machen würde. Ich würde nicht, wenn irgendwo eine sozialdemokratische Apotheke bestände und es hinge für den Arbeiterturnverein ein Plakat in diesem Lokal, ich würde nicht hingehen und sagen: Du betreibst Parteipolitik, wenn du dieses Plakat hier aufhängst, denn die Apotheke ist ein öffentliches Lokal. (Wallisch: „So ist es!“ — Große Heiterkeit auf der rechten Seite des Hauses.) Nein, so ist es nicht, das ist zwar eine öffentliche Apotheke, aber kein öffentliches Lokal. (Reisel: „Aber die Bevölkerung ist auf sie angewiesen. Sie können in Ihr Sodawasser hineintun, was Sie wollen, aber in die Apotheke muß ein jeder hingehen!“) Ich würde nicht hingehen und sagen, du betreibst Parteipolitik! (Wallisch: „Das ist doch die einzige Apotheke von Bruck, in die jeder hingehen muß, der krank ist!“) Das ist schließlich und endlich keine Parteipolitik, ich würde daher nicht hingehen und sagen: Ich könnte sonst, wenn du dieses Plakat hier hast, annehmen, daß du die Angehörigen meiner Partei vergiftest. Das alles würde ich nicht tun. Ich würde mir denken, der Apotheker ist ein Sozialdemokrat, er hat das Recht, in sein Lokal hinzuhängen, was er will, das geht mich schließlich und endlich nichts an, in einer Apotheke will ich eine ordentliche Medizin haben und sonst nichts. Alles andere, was er hängt oder sich denkt oder tut, das ist mir egal. (Zwischenruf: „Das ist sehr vage!“) Das ist Demokratie. Was ist aber dann, wenn der Apotheker nicht Ihrer Parteirichtung angehört? Dann müßten Sie ihn ja auch im Verdacht haben, daß er Ihre Parteimit-

glieder vergiften könnte. Der Herr Bürgermeister Pichler hat das aber nicht so gemacht. Er hat gesagt, das ist ein öffentliches Lokal, da dürfen Sie das nicht hängen haben. „Wissen Sie nicht, daß der Deutsche Turnverein nationalsozialistisch ist?“ Nun, nationalsozialistisch ist der Deutsche Turnverein nicht, da kennen Sie nicht den Unterschied zwischen dem unpolitischen Boden des Turnvereines und der nationalsozialistischen Partei. Da kennen Sie bestimmt nicht die Grundlagen des Turnvereines, Herr Wallisch, das haben Sie jetzt bewiesen. (Wallisch: „Wir kennen diese Grundlagen sehr gut. Den Turnverein kennen wir schon, besonders den Brucker!“) Der Herr Bürgermeister ist also hingegangen und hat gesagt: „Der Turnverein ist nationalsozialistisch und wissen Sie nicht, daß die Nationalsozialisten 77 oder 76 Morde begangen haben, und wenn Sie das nicht wegtun, so ist Ihre Apotheke nicht mehr vertrauenswürdig!“ (Zwischenruf Dr. Hübler. — Leichin: „Sie haben die Öffentlichkeit vergiftet, Sie haben kein Recht mehr, zu reden!“ — Dr. Hübler: „Ich werde schon antworten!“ — Pichler: „Sie sind ja ein Denunziant; der größte Schuft im ganzen Land ist und bleibt der Denunziant!“ — Große Unruhe. — Dr. Hübler: „Was ist es denn mit dem Herrn Präsidenten?“) Das also nehme ich nicht so tragisch, das ist eine kleine Extratour von Ihnen, ich meine die Sache wegen des Deutschvölkischen Turnvereines und der Apotheke. Wenn Sie in der Weise gegen den Deutschvölkischen Turnverein losgehen, dann machen Sie die beste Propaganda für ihn. Sie selbst sollten doch aus Ihrem eigenen politischen Leben wissen, je mehr man auf Sie gedrückt hat, desto mehr haben Sie Anhänger gewonnen. Es ist noch lange nicht aller Tage Abend. Ich habe damit selbstverständlich zugegeben, wie der Herr Landesrat Resel gesagt hat, daß wir für die sozialistische Gemeindepolitik kein Verständnis haben, aber ich behaupte, daß wir sehr viel Verständnis für eine soziale Gemeindepolitik, sehr viel Verständnis für Mitarbeit aufgebracht haben; ich kann erklären, wir werden das auch in Zukunft so halten. Sie werden mir in Bruck keinen Gegenbeweis bringen können. (Resel: „Der Bürgermeister Knottlinger genügt als einziger Beweis!“) Ob man mit der Amtsführung des Bürgermeisters Knottlinger einverstanden ist oder nicht, das eine muß jeder Gegner zugeben, daß er für Bruck sehr viel getan hat. Er hat das Elektrizitätswerk geschaffen und den Gemeindeforst vergrößert, und hat für die Gemeinde Bruck so vieles geschaffen zu einer Zeit, wo viele andere noch lange nicht ausgeschlafen hatten. Und wenn man uns heute sagt, daß nur die sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit das Vermögen der Gemeinde vergrößert hat, so will ich nur ganz kurz an der Hand von Ziffern, die ich im Gedächtnis habe, folgendes feststellen. (Pichler: „Ich kann Ihnen ja den Bericht leihen!“) — Ich danke, ich weiß es auswendig. — Die Stadt Bruck hatte im Jahre 1914, wie ich glaube, ungefähr 43 Milliarden Kronen Schulden, auf den heutigen Wert umgerechnet, im Jahre 1918 — in dieser Zeit war auch eine bürgerliche Mehrheit — hatte sie Schulden, auf den heutigen

Wert umgerechnet, im Betrage von 12 Milliarden und heute hat Bruck 6½ oder 7 Milliarden Kronen Schulden. Es ist also eine Verminderung, auch was den heutigen Wert anbelangt, von 1914 bis 1918, wo keine sozialdemokratische Mehrheit dort war, um 28 oder 30 Milliarden erfolgt und von 1918 bis jetzt um 6 Milliarden Kronen. (Leichin: „Da hat Ihnen die Geldentwertung geholfen, sonst hätten Sie das nicht!“) Die hat Ihnen geholfen! Ich stelle fest, daß die Geldentwertung von 1914 bis 1918 ein Drittel des Geldwertes betragen hat, und ich stelle fest, daß die Krone von 1918 bis heute von 30 auf 0.0078 Rappen zurückgegangen ist. Wo also, Herr Abg. Leichin, ist die größere Geldentwertung? (Riemelmoser: „Nun, was sagen Sie jetzt, Herr Leichin? Bis auf die Knochen blamiert.“) Ich hoffe, am Schlusse meiner Ausführungen, daß die Landesregierung ... (Wallisch: „Nur weiter, Sie sind ja deshalb hiehergeschickt worden!“ — Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Abgeordneten.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich verzichte auf Ihre Mahnungen, ich verwahre mich gegen die Rügen, die mir von der rechten Seite des Hauses fortwährend gemacht werden. Ich weiß selbst, was ich zu tun habe, ich lasse mir als Vorsitzender keine Rügen erteilen und ich danke bestens für Ihre Belehrungen.

Hornik (fortfahrend): Ich muß zugeben, daß man in Bruck für viele Dinge, die wir beantragt haben, Verständnis hatte und ich gebe ohneweiters zu, daß wir auch Mitarbeiter gefunden haben, ich gebe zu, daß es mit einem großen Teil der sozialdemokratischen Vertreter, auch mit dem Herrn Bürgermeister Pichler, ganz gut ginge, aber es gibt dort Einflüsse, welche von auswärts kommen und ein systematisches Arbeiten heute unmöglich machen. Wir kennen diese Einflüsse, es wurde ja das Wort vom Oberbürgermeister geprägt und ich glaube, daß es nicht ganz ohne Berechtigung geprägt wurde. Ich hoffe, daß die Landesregierung in diesem Abwehrkampf, den wir tatsächlich nur gegen Gesetzesverletzungen führen, uns unterstützen wird. Denn, wenn wir bei irgend einer Frage auf rechtlichem Wege majorisiert werden, so ist das Recht und Gesetz, aber wenn es nur durch Gesetzesverletzung geschieht, so hoffen wir, daß die Landesregierung uns bei dieser Abwehr schützen und dem Gesetze zum Durchbruch verhelfen wird. Wir haben selbstverständlich im Oberlande andere Verhältnisse und ich glaube, daß man uns das Zeugnis wird ausstellen müssen, daß wir diesen Verhältnissen auch Rechnung tragen. Aber selbstverständlich kann man von uns nicht verlangen, daß wir sozialistische Politik mitmachen, weil sie nicht so sozial ist und sich nicht so sozial auswirkt, wie sie es sollte. Wenn nach den neuen Gemeinderatswahlen die Verhältnisse in der Gemeinde stube eine Verschiebung erfahren sollten, so wird doch der Kampf zwischen beiden Systemen nicht ausgeschaltet sein. Ich möchte durch meine heutigen Ausführungen nur dazu beitragen, daß dieser Kampf auf rein gesetzlichem Boden geführt und auch ausgefragt werden soll. (Beifall auf der rechten Seite und in der Mitte des Hauses.)

Pichler: Hohes Haus: Mein sehr geschätzter Herr Vorredner, mein Kollege **Hornik**, hat sich heute bemüht, dem hohen Hause die Stadt Bruck a. d. M. als Schreckensgebilde vorzuführen. (**Hornik:** „Nein! Als Muster!“) Er hat dabei aber ganz vergessen, daß er sich selbst in aller Öffentlichkeit das schlechteste Zeugnis ausstellt. Wie steht die Sache? 13 Mitglieder der Wirtschaftspartei stehen 17 Sozialdemokraten gegenüber. Ich habe schon das letzte Mal gesagt und bin nicht imstande, davon abzugehen, daß wir also ein Verhältnis von 17:13 haben und wenn diese 13 Mitglieder der Wirtschaftspartei nicht imstande sind, sich zu ihrem Rechte zu verhelfen, dann sind sie höchstwahrscheinlich nicht fähig, Gemeinderäte zu sein. Meine Herren! Wir haben im August 1919 die Gemeindegewirtschaft übernommen und haben es versucht, in dieses unglaubliche Chaos, welches geherrscht hat, einigermaßen Ordnung hineinzubringen und bei dieser Ordnung haben wir gefunden, daß der Herr Bürgermeister **Knofkinger** wichtige Gemeindeakte, Deputatholzakte, Heimatrechtsakte, Bauakte usw. an die Papierfabrik in Frohnleiten verkauft hat, welche Akten dann dort eingestampft worden sind. Auch ist das Hauptbuch für die Jahre 1912, 1913 und 1914 nicht mehr vorhanden, da es auch eingestampft wurde. Aber davon sagt man nichts! Man kann auch sagen, warum man das gemacht hat. Nun, es sind im alten Gemeinderat von Bruck mehr als zwei Drittel Vertreter des Hausbesitzes gewesen, der sogenannten Deputatholzberechtigten, und von diesen, sowie von vielen anderen Angelegenheiten sind die Akten spurlos verschwunden, sind mit eingestampft worden. Warum, weil der Gemeinderat trotz Beschlüsse des Landesauschusses, der höchsten gesetzgebenden Körperschaft, sich selbst Holzdeputate bewilligt hat. Deshalb hat man die Akten einstampfen lassen, damit, wenn andere Leute kommen, nicht festgestellt werden kann, wie die Gemeinderäte, die früher waren, sich bereichert haben. (Zwischenrufe.) Ich werde darauf noch zu sprechen kommen. Wir haben weiters versucht, und Beamte haben wochenlang sich damit beschäftigt, aus den Akten, soweit sie vorhanden waren, herauszufinden, was für die Gemeinde von Wichtigkeit ist und es sind ja auch wichtige Akte gefunden worden, die am Dachboden herumgelegt sind, aber von einem Archive war keine Spur. Es mußte nun daran gegangen werden, aus dem, was vorhanden war, alles zu sammeln und es waren über sechs Wochen Arbeit notwendig, um die Akten zusammenzuklauben, damit wir gewußt haben, was sich früher zugetragen hat. Ich habe von Herrn Bürgermeister **Knofkinger** die Kasse übernommen, und zwar ohne jeden roten Heller Bargeld, wohl aber mit einem ungefähren Schuldenstand von 15 Millionen, und das war damals sehr viel, besonders aus dem Grunde, weil in den letzten Jahren in Bruck absolut nichts geleistet wurde. Man hat zum Beispiel so gearbeitet, daß die Militärbehörde an die Gemeinde herangefahren ist, durch Gefangene den Schloßberg herzurichten, und zwar so, daß diese Arbeit umsonst durchgeführt wird, aber der Herr Bürgermeister **Knofkinger** hat es stolz abgelehnt, und heute müssen wir den Schloßberg um Hunderte von

Millionen Kronen instandsetzen, damit er nicht zusammenfällt. Ich möchte noch darauf verweisen, daß noch vor den allgemeinen Wahlen die Gemeinde auf Grundlage eines Verhältnisses von 12:40 zusammengesetzt war und da möchte ich Herrn **Hornik** sagen, schauen Sie in den alten Protokollen nach, so werden Sie finden, daß wir in dieser Periode nicht einmal, sondern duzend Male niedergestimmt worden sind. Es ist selten wo so arg getrieben worden, wie in Bruck und es hat sehr lange gedauert, bis man sich in all diese Dinge hineinarbeiten konnte und ich bin erstaunt, daß Herr Abg. **Hornik** den Mut aufbringt, die bürgerliche Gemeindepolitik zu verteidigen. Wenn man die sozialistische Gemeindepolitik vergleicht mit dem, was ich bis jetzt geschildert habe, so werden Sie kaum in der Lage sein, selbst bei kleinen Gemeinden, wo Sozialdemokraten sitzen, derartige Schlampereien nachzuweisen, wie sie in Bruck geschehen sind. (**Hornik:** „Ich habe das nicht verteidigt!“) Was die Ungeheuerlichkeiten anbelangt, mache ich Herrn **Hornik** aufmerksam, daß wir jetzt in Bruck einen Amtsvorstand haben, den den früheren Mitgliedern des Hauses gut bekannten Herrn **Wagner**, früheren Sekretär in Radkersburg, und es kann keinesfalls gesagt werden, daß in diesem oder jenem Falle ein Gesetz nicht richtig angewendet worden wäre, und Herr **Hornik** müßte erst den Beweis erbringen, daß ich einmal versucht habe, den Amtsvorstand oder seine untergeordneten Organe zu einer ungesetzlichen Handlung zu beeinflussen. Hinsichtlich der Akteneinsicht möchte ich wieder an einem Beispiele zeigen, wie in Bruck seitens der Wirtschaftspartei gearbeitet wird. Eines Tages kommen vier oder 5 Herren von den Bürgerlichen in den zweiten Stock und verlangen vom Oberbuchhalter Herrn **Groisenbrunner** die Vorlage der Bücherbelege, es finde eine Überprüfung der Gemeindegebühren statt. (**Hornik:** „Das ist nicht richtig, das werde ich richtigstellen!“) Das haben Sie wohl vergessen, weil es Ihnen unangenehm ist. Man hat den Bürgermeister mit keinem Worte verständigt und erst als ich durch den zweiten Buchhalter aufmerksam gemacht wurde, was oben geschieht, bin ich hinauf und habe das Theater eingestellt. Es war nämlich die Frist zur Einsichtnahme in die Rechnung schon lange vorüber. (**Hornik:** „Ein Tag!“) Das hätte die Wirtschaftspartei wissen sollen! (**Hornik:** „Das hat nicht einmal der Oberbuchhalter gewußt, daß die Frist vorüber ist!“) Ich bin also hinaufgegangen und habe dem Oberbuchhalter gesagt: Wissen Sie denn nicht, daß die Frist vorüber ist? Und daß 14 Tage Zeit waren, das gesetzliche Recht auszuüben.

Der Amtsvorstand hat wegen der Schneefäuberung an Trottoiren eine Zuschrift an alle Hausbesitzer gerichtet, ein großer Teil der Hausbesitzer hat sich aber geweigert, Ordnung zu schaffen. Die wurden nun vorgeladen und sollten zu Protokoll genommen werden. Daraufhin hat von den Hausbesitzern eine Demonstration stattgefunden, man hat mit Gewalt in die Amtsräume eindringen wollen, die Amtsräume wurden schufte, Gauner, Faloten geheißt, weil sie die Hausbesitzer aufgefordert haben, den Schnee vom Trottoir

wegzuräumen; wie anders hätte man darüber gesprochen, wenn dies Arbeiter gemacht hätten. Wenn man so von Gesetzesachtung und Gesetzesverletzung spricht, muß man die Dinge schon so aufzeigen, wie sie gewesen sind. Ein Sprichwort, es ist zwar grob, man möge dies entschuldigen, sagt: Ein Knabe mit Namen Hildebrand, der hatte gar nicht viel Verstand, dagegen war sein Bruder, erst recht ein dummes Luder; am klügsten war die Guffe, die aber auch nichts wußte. Das trifft zu einem Teile auf die Wirtschaftspartei in Bruck a. d. Mur zu. Ein Teil stimmt für etwas im Gemeinderat und dann verlangt die Wirtschaftspartei eine Versammlung, und dort steht einer auf, der selber Gemeinderat ist, der Herr Rohregger, und interpelliert die eigenen Fraktionsmitglieder der Wirtschaftspartei, was eigentlich mit dem Gelde geschieht, was eingeht. Ich möchte nun etwas ausführlicher auf das zu sprechen kommen, was ich schon ausgeführt habe.

(Präsident Schreckenthal übernimmt den Vorsitz.)

Als wir die Stadtgemeinde Bruck übernommen haben, hatten wir an 112 Bürger von Bruck beinahe 5800 Meter Holz zu verteilen, und zwar zu 1 K 60 h pro Meter, während die Stadtgemeinde damals bereits für Schlagerungskosten 6 K pro Meter bezahlen mußte und dieser Zustand ist geblieben, bis wir schon 30 K und mehr für den Meter zahlen mußten. Damals — es war noch Bürgermeister Knottlinger Amtsführer — hat die Agrarbehörde über unseren Protest eingegriffen und diesen widerrechtlichen Zustand teilweise beseitigt. Knottlinger, der selbst deputatholzberechtigt ist, hat sich bei der Agrarbehörde als Schriftenempfänger, Verteiler und Interessenvertreter der Gemeinde Bruck namhaft gemacht, hat alle Schriften von der Agrarbehörde in Empfang genommen und hat dem Gemeinderate nicht ein Wort davon gesagt, daß eine Agrarverhandlung stattfindet und so ist die erste Entscheidung der Agrarbehörde zugunsten der Deputatholzberechtigten ausgefallen. Wir mußten durch scharfe und energische Schritte das erste Urteil zur Aufhebung bringen und ein zweites erzwingen, weil Knottlinger und der alte bürgerliche Gemeinderat es nicht verstehen wollten, daß sie selbst große Rußnießer waren — einzelne Herren haben bis zu 48 Raummeter Holz zum Preise von 1 K 60 h bezogen — daß diese Herren selbst als Empfänger und Verteiler und Interessenvertreter der Stadt Bruck dagestanden sind. Ich stelle fest, daß die Holzdeputatangelegenheit seit fünf Jahren auf der Tagesordnung in Bruck ist. Sie haben nicht den Mut aufgebracht, diesen Raub an der Stadtgemeinde Bruck hintanzubalten. (Hornik: „Wann war das?“) Wir haben nicht einmal, sondern hundertmal verhandelt. Ich habe den Herren Ihrer Partei das ganze Materiale zur Verfügung gestellt. (Hornik: „Herr Bürgermeister, die Sache ist durch einen Vertrag rechtskräftig!“)

Präsident. (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, keine Zwiegespräche zu führen. Herr Abg. Pichler hat das Wort. Ich möchte bitten, es handelt sich hier um eine Sache, die Bruck allein angeht, ich meine doch,

wir haben in Steiermark über tausend Gemeinden zu sprechen und möchte schon bitten, die Sache etwas abzukürzen. (Wallisch: „Er wurde von der Gegenseite angegriffen!“) Sie haben nicht das Wort.

Pichler (fortfahrend): Nun möchte ich noch auf folgendes verweisen. Herr Hornik hat sich als Abgeordneter beschwert einerseits wegen der Akteneinsichtnahme und in zweiter Linie wegen der Überschreitungen. Wie wenig Hornik die Gemeindegeschäfte im Gedächtnis behalten hat, möchte ich an einer Zuschrift zeigen, die der Oberbuchhalter Groisenbrunner, nicht unser Mann, am 1. März 1923 an die Gemeinde gerichtet hat. Diese Zuschrift wurde im Gemeindevorstande und in der Gemeinderatsitzung im Mai und später behandelt. In dieser Sitzung teilte der Oberbuchhalter Groisenbrunner am 1. Mai mit, daß für 1923 ein unbedeckter Abgang von 970,162.000 K zu erwarten ist. Am 1. März war noch nicht eine einzige Arbeit gemacht, die als Überschreitung des Vorschlages in Betracht gekommen wäre. Ich verweise auf die Sitzung des Finanzausschusses vom 8. Mai, wo Sie selbst anwesend waren (Hornik: „Da hat man noch nicht gewußt, was die Lohn- und Gehaltsabgabe bringen wird!“); in dieser Sitzung habe ich die ganzen Arbeiten angeführt, die gemacht werden müssen. Ich habe weiter mitgeteilt, daß einige kleine Sachen bereits gemacht wurden und es hat kein Widerspruch sich erhoben. (Hornik: „Freilich nicht, weil wir warten mußten, bis die Sache an den Gemeinderat kommt!“) Wenn mir etwas nicht paßt, dann melde ich mich zum Worte und frage, wie stehen die Dinge. Ich habe abichtlich mitgeteilt, nicht um die produktive Arbeitslosenfürsorge zu bekommen, sondern deshalb, wir machen die Arbeiten, sie werden uns billiger kommen, weil wir die Arbeitslosenfürsorge in Anspruch nehmen werden. Das habe ich bereits im März mitgeteilt und nicht am 8. Mai, und Groisenbrunner verweist in seinem Berichte als Beamter, wir weisen auf alle diese Seiten hin, und stellt fest, daß Rißinger und sein Nachbar Schabelreiter mit einer gerichtlichen Klage gedroht haben, wenn der Schloßberg nicht instandgesetzt werde. Die Häuser waren bereits unter Wasser, und wenn wir lange gewartet hätten, hätten wir Duzende von Millionen als Prozeßkosten zahlen müssen. Ich konnte nicht noch zuwarten, bis die zwei Häuser eingestürzt und die Gemeinde zu Schaden gekommen wäre. (Hornik: „Das ist der einzige Fall, der nicht zum Vorwurf gemacht werden kann!“) Der zweite Fall ist die Stadtegger-Kaserne, wo vom Stadtbauamte nachgewiesen wurde, wenn sie nicht sofort instandgesetzt werde, sei der Zusammensturz unvermeidlich. Man hat 10, 15 Jahre an den städtischen Objekten nichts gemacht, hat sie verfallen lassen. Wir haben mitgeteilt... (Hornik: „Das ist kein Beschluß!“) In dringenden Fällen hat der Bürgermeister das Recht. Das ist geschehen. Das Stadtbauamt hat erklärt... (Hornik: „Kein Bausachverständiger!“) Ja, es war ein geprüfter Stadtbaumeister, der das Amt leitet, und ein geprüfter Stadtpolier. Die haben erklärt, jede Verantwortung für den Zustand der Gebäude abzulehnen, wenn nichts geschieht. Da ist doch der Bürgermeister verpflichtet, für die In-

standsetzung zu sorgen. Wir haben drei Sitzungen gehabt, wo Sie schuld waren, daß die Sache nicht verhandelt wurde. (Hornik: „Wer?“) Die Wirtschaftspartei. Es kommt alles. Ich habe heute und morgen auch noch Zeit. Es muß alles Punkt für Punkt behandelt werden. Wenn man von der Mitarbeit der Wirtschaftspartei an den städtischen Betrieben spricht, so wird man Ihre Mitarbeit nicht bestreiten. Aber Sie haben in Bruck jemanden gehabt, der Sie gezogen hat, immer wieder mußte man kommen und antreiben, damit die notwendigen Dinge geschaffen werden. Vergessen Sie nicht den Kampf wegen der Lohn- und Gehaltsabgabe. Wie lange wird um das Jugendamt gekämpft? Welches Kesseltreiben wurde eingeleitet, um es unmöglich zu machen oder in der Öffentlichkeit herabzusetzen? Man hat der Öffentlichkeit Ziffern bekanntgegeben, die eine grobe Irreführung gewesen sind. (Hornik: „Siehe Gerichtssaal!“) Ich schlage dem hohen Hause vor, vielleicht eine Kommission zu wählen, der ich das ganze Material vorlege. Ich habe absichtlich die Akten des halben Gemeinderates mitgenommen. (Hornik: „Der nächste Landtag tagt in Bruck!“) Warum nicht, da er auch schon in früheren Zeiten dort tagte. Wir haben schon lange gehört, daß der Herr Hornik, wenn er Landtagsabgeordneter wird — und wegen ihm hat doch Dr. Dantke weichen müssen, um dem Gewerbetreibenden aus Bruck Platz zu machen —, die Brucker Sozi niederringen wird. Dieser freiwillige Rücktritt Dr. Dantkes stimmt nicht. (Hornik: „Dann stimmt der vom Krawagna auch nicht; da sind mehr Gründe für den unfreiwilligen Rücktritt gewesen!“) Wenn man immer über diese Dinge wie von Gesetzesverletzung spricht, dann muß man auch eine Gesetzesverletzung festnageln, die wirklich vorgekommen ist. Wir können nachweisen, daß viele Brucker Bürger der Gemeinde Rechnungen gelegt haben, die knapp am Betrüge, Wucher und Ausbeutung vorbeigegangen sind (Hornik: „Bitte, das zu beweisen!“), so daß wir uns entschlossen haben, die Arbeiten anderen Leuten zu übergeben und wo anders einzukaufen, weil wir uns gesagt haben, die Gemeindestube ist nicht dazu da, damit sich einzelne Geschäftsleute und Gewerbetreibende schamlos bereichern. Wenn Herr Hornik sagt, daß wir den Grundstein großgepöppelt haben, so möchte ich darauf verweisen, daß die Brucker Kaufleute im abgelaufenen Jahre 1.246.694.000 Kronen von der Gemeinde Bruck bekommen haben, während der Grundstein als Baufirma — da rede ich nicht vom Haus in der Bismarckstraße, von Arbeiten, die andere Firmen bekommen haben, der Konsumverein, die Genossenschaften und alles, was drum- und dranhängt — insgesamt nur 707.000.000 Kronen bekommen hat; so schauen die Dinge aus. Wenn Sie sagen, daß man den Grundstein aufgepöppelt (Hornik: „Das habe ich nicht gesagt!“), ihn großbringen will; wenn Sie früher wörtlich erklärt haben, wenn eine Arbeit fertig war, hat man eine andere begonnen (Hornik: „Man soll sie ausschreiben!“), so stelle ich fest, daß der sozialdemokratische Grundstein in Steiermark eine Kirche renoviert hat, weil er billiger war, wie die anderen. Er hat auch andere Arbeiten bekommen.

Wir haben ausgerechnet, daß der Grundstein, als das Baumeisterkartell bestanden hat, wo jeder Baumeister, auch wenn er konnte, nicht unter dem Tarif arbeiten wollte, da hat Grundstein ein Angebot gemacht, das um 18 Prozent billiger als alle anderen Offerte war. (Hornik: „Vielleicht hätte es ein anderer auch getan, aber bei diesen Arbeiten wurde keine andere Firma eingeladen!“) Auf Grund der Erfahrungen, die wir früher gemacht haben, haben wir gesagt, wir sind in unverschämter Weise ausgepowert worden.

Wie sind die Betriebe dagestanden, die wir im Jahre 1919 übernommen haben? Wenn wir 6 Milliarden Kronen Schulden haben, dann sollten Sie den Mut aufbringen, so ehrlich zu sein, daß wir 5 Milliarden Kronen im Dezember des vorigen Jahres deshalb aufzunehmen gezwungen waren, um die neuen Turbinen des Elektrizitätswerkes zu bauen, weil das ganze Werk sonst stille gestanden wäre. Drei Turbinen sind bereits fertiggestellt. Ich empfehle Ihnen nur, Ihren Kollegen Georg Schmerzeck zu befragen. (Hornik: „Ich kenne das sehr genau, das ist nicht richtig, ich habe den Aufstellungsplan auch hier!“) 800 Millionen Kronen erscheinen für die Wasserleitung reserviert, aber der größte Teil des ganzen Betrages wurde nur aufgewendet. . . (Hornik: „Was ist es mit dem Wohnhausbau: 700 Millionen Kronen?“) Der gehört ja für die städtischen Betriebe, beziehungsweise deren Arbeiter. Und dabei müssen wir Leistungen innerhalb vier Jahren vollbringen, welche andere Gemeinden in 10, 20 Jahren zu leisten haben. Die Häuser, die Straßen, die Betriebe waren in einem Zustande, der in Kürze geändert werden mußte, damit nicht ganze Gebäude zusammenbrechen. Heute steht die Gemeinde Bruck so da, daß die Betriebe funktionieren und da ist wieder etwas, wo Ihre Partei auf das schärfste protestiert hat. Nämlich, weil ich als Regierungskommissär den Direktor Krawagna angestellt habe, um die Betriebe zu dem zu gestalten, wie es sein mußte. Es war wieder die Wirtschaftspartei, die gegen eine vernünftige Handlungsweise in der schärfsten Art und Weise vorgegangen ist. (Zwischenruf: „Gegen die Art und Weise?“) Ich habe das als Regierungskommissär gemacht und die Art und Weise wurde von der Landesregierung geprüft. Ich bitte, die Protokolle nachzulesen. (Zwischenruf: „Das war nicht die Anstellung des Direktors Krawagna!“) Es war eine Kommission oben, die alle Akten überprüft hat und zum Ergebnis gelangt ist, daß absolut nichts eingewendet werden kann. Meine Herren, wir können aber noch andere Fragen aufwerfen, und weiter von sozialdemokratischer Gemeindevirtschaft sprechen. Wir haben in Bruck seit 40 Jahren an der Wasserleitung nichts geändert. Vor 40 Jahren hatte Bruck 2000 Einwohner, heute hat es 12.000. Wir haben uns sehr bemühen müssen, innerhalb der paar Jahre, die wir in der Gemeinde sind, das nötige Geld aufzubringen, die Mittel zu besorgen, um die Wasserleitung auszubauen, und dazu sind noch Leute da, die mit wenigen Ausnahmen immer Beschwerdeschriften einreichen. Ich sage Ihnen ganz offen, Herr

Hornik, und es soll keine Empfehlung sein, wenn die Wirtschaftspartei in Bruck Sie nicht hätte, könnte sie ohnedies morgen einpacken und schlafen gehen. Sie haben die Herren Hornik und Scherz in den Betrieben und sonst niemand und darum gehts auch nicht mit den 13 Manderln. Wenn Sie Leute haben wie die Herren Rohregger und noch andere solche Kirchenlichter, dann ist mit ihnen keine Gemeindepolitik zu machen. Wenn ich nichts verstehe, dann muß ich mir schon gefallen lassen, wenn andere Leute sagen; so stehen die Dinge. Wie hat zum Beispiel das Armenhaus ausgesehen? Das hat so ausgesehen, daß sich in Bruck die Leute lieber aufhängen wollten, bevor sie in das Armenhaus gegangen sind, weil jeder Angst davor gehabt hat. Sie haben aber auch wohl Ursache gehabt, nicht hinauszugehen, weil die Behandlung und die Verpflegung alles andere als gut war. So ähnlich war es wie das Einlegerwesen auf dem Lande, das Essen war gerade so, daß die Leute nicht verhungert sind und behandelt wurden sie wie ein Schuhfetzen. Heute ist das Armenhaus überfüllt und ich frage Sie, ob Sie eine Klage über die Behandlung oder Beschwerden gehört haben, seitdem von uns dieses Armenhaus geleitet wird. Das hat allerdings viel Geld gekostet. Heute leitet Herr Gemeinderat Hahn das Versorgungshaus und es besteht Ruhe und Ordnung und die Politik, die die Schwestern früher hineingebracht haben, ist nun ausgeschaltet. Die Schwester Oberin ist bei den Wahlen hergegangen und hat die Wahlplakate heruntergerissen. Frau Kautschurek hat sich bei den Spießern beklagt, daß sie ihr Tschelmechtel und weiß ich, was sie hinter verschlossenen Türen sonst noch trieb, weiter machen könne. Was haben sie denn früher für Sorgen gehabt? Ich habe nie gehört, daß sie für die Armen besonders eingenommen waren. Die Schwestern haben über Kommando von höherer Stelle gekündigt und jetzt die Kündigung wieder zurückgezogen, weil sie inzwischen daraufgekommen sind, daß, wenn sie fortgehen, die Martinkirche, die man ihnen als Eigentum zuschanzen wollte, Eigentum der Stadtgemeinde Bruck wird und sie wollten verhindern, daß die Stadtgemeinde Bruck in den Besitz von diesen großen und historischen Werten kommt.

Es sind noch verschiedene andere Dinge, die in Bruck passiert sind. Wie man eben in den Wald hineinschallt, kommt das Echo zurück. Ich möchte da, Herr Hornik, wegen der 600 Prozent Umlagen folgendes betonen:

Vier Monate hat die Wirtschaftspartei dazu gebraucht, um eine Beschwerde bei der Landesregierung einzubringen. (Hornik: „Bis sie auf die richtigen Gründe gekommen ist!“) Die Steuern waren zum Teile bereits eingehoben, die Landesregierung hat sie bewilligt und da komme ich nun zu einem wichtigen Kapitel, ich glaube, Herr Landesrat Riegler ist ja hier. Der Herr Landeshauptmann hat gesprochen von dem Aufsichtsrecht des Landes gegenüber den Gemeinden. Bitte schön, wir haben, das heißt die Stadtgemeinde Bruck hat ihren Voranschlag der Landesregierung rechtzeitig und ordnungsgemäß eingeschickt, die Beamten der steiermärkischen Landesregierung

haben diesen Voranschlag auf Heller und Pfennig überprüft und mußten selbst zugeben, daß die 600 Prozent voll und ganz gerechtfertigt waren. Damals, Herr Hornik, haben Sie von allen diesen Arbeiten, die in den Voranschlag eingeseht waren, Sie werden schon Ziffern zu hören bekommen, gar nichts gewußt. Die Landesregierung hat das alles überprüft und die Beamten der Landesregierung mußten feststellen, während anderen Gemeinden der Voranschlag zurückgeworfen worden ist, daß der Voranschlag der Stadtgemeinde Bruck mit einer Genauigkeit, mit einer Rechtfertigkeit erstellt worden ist, gegen die nichts einzuwenden war. Nun ist aber nicht das Aufsichtsrecht der Landesregierung so aufzufassen, wenn die Beamten festgestellt haben und festgestellt wird in allen Sitzungen, daß der Voranschlag in Ordnung ist, daß dann, weil die Wirtschaftspartei von Bruck nach vier Monaten Beschwerde erhebt, eine politische Sache daraus macht und den Herrn Abg. Steiner damit beauftragt, im Gemeinde- und Verfassungsausschusse Beschwerde gegen diese 600 Prozent zu erheben, weil diese Ausgaben nur dadurch entstanden seien, weil man zuviel Geld ausgegeben hätte, der Voranschlag zu Unrecht bestünde. Der Voranschlag wurde genau überprüft und wurde für vollständig richtig befunden. Und wenn er nicht so gerecht aufgestellt wäre, hätte der Landtag voriges Jahr nicht einstimmig die 600 Prozent genehmigt. (Hornik: „Da waren schon andere Gründe maßgebend!“) Nein! Die Beamten mußten bestätigen, daß der Voranschlag vollständig in Ordnung und die 600 Prozent gerechtfertigt seien.

Sie führen dasselbe Theater auch im Bezirksverwaltungsausschusse auf. Sie schreiben alles mögliche in Ihren Zeitungen, schimpfen und wissen, welche Wirtschaft im Bezirksverwaltungsausschusse, dem vorzustehen ich leider auch die Ehre habe, geherrscht hat, wo man doch durch Jahrzehnte nichts gemacht hat. Die Tragöferstraße ist ein Moor, wenn mehr Großdeutsche da wären, könnte man sie einladen, dort zu gehen, damit sie dann besser ausschauen. (Dr. Oberegger: „Da muß man eben die Sozi packen und hineinstecken!“) — Zwischenruf: „Man erschlägt doch einen Toten nicht!“ Großdeutsche nennt Ihr Euch, Kleindeutsche seid Ihr und nichts wert auch dazu. Nun hat man in der letzten Zeit einen großen Radau geschlagen in der Öffentlichkeit, ist zur Landesregierung gegangen, und zwar wegen der Schulen, besonders wegen der Brucker Realschule. Ganz Österreich wurde durch die Zeitungen aufgewiegelt, daß der Bürgermeister von Bruck der Realschule das Licht abgesperrt habe und so der Unterricht nicht mehr weiter geführt werden könnte, man hat sogar Interpellationen eingebracht im Nationalrate durch den großdeutschen Abgeordneten Greiler, um auf die Wirtschaft hinzuweisen, die in Bruck üblich ist. Sie haben Interpellationen eingebracht, haben in den Zeitungen alles mögliche geschrieben. Die Landesregierung hat nun zwei Herren nach Bruck entsendet, gescheiterte Herren wie Sie und ich, Doktoren, die verstehen etwas von der Schule und wir haben die Realschulfrage behandelt. Die Herren haben gesagt, wenn die Dinge so stehen,

wundern sie sich, daß die Stadtgemeinde Bruck, beziehungsweise der Bürgermeister sich überhaupt dazu noch herabläßt, diese Lasten zu tragen, die ihm nicht zugehören. Sie sind genau so informiert wie wir, daß die Bundesregierung der Stadtgemeinde Bruck heute noch aus den Ertragsanteilen eine Summe von 622 Millionen Kronen schuldig ist. Warum ich das sage? Weil Sie mir das Geld vorwerfen, die Schulden, die Darlehen, die wir aufnehmen mußten. Wir mußten Darlehen aufnehmen, die wir verzinsen mit 7 und 9 Prozent, je nachdem das Darlehen aufgenommen wurde, und der Bund bleibt uns 622 Millionen Kronen schuldig und wir haben im Jänner 1924 die letzten 150 Millionen Kronen Anteile aus dem Jahre 1922 erhalten. Wissen Sie, daß dann schwer Gemeindepolitik zu betreiben ist, wenn man uns auf der einen Seite die Steuern und die Umlagen bestreitet, und auf der anderen Seite auch noch die Anteile schuldig bleibt. Die Hausbesitzer von Bruck haben, obwohl sie 15 Prozent fürs Einkassieren der Gebäudesteuer bekommen, dem Steueramte erst 16 Millionen Kronen abgeführt. Wie nennt man das im Leben? Gehen Sie aufs Stadtamt in Bruck, ich werde Ihnen dann die Ausweise des Steueramtes zeigen. Die Hausbesitzer kriegen seit Juli 1923 die 15 Prozent und auf der anderen Seite geben sie das Geld nicht der Behörde, damit wir unseren Anteil auch von der Steuerbehörde bekommen könnten. Die Stadtgemeinde Bruck hat an Grund- und Gebäudesteuer für das Jahr 1923 349 Millionen Kronen zu bekommen, das ist alles zusammen bis heute wenigstens 1 Milliarde Kronen und wenn wir das Geld hätten, müßten wir kein Geld aufnehmen und zum Teil dafür 16 bis 18 Prozent Zinsen zahlen. Aber noch eines. Der Bund muß jetzt endlich in Bruck auf Grund meines unermüdlischen Drängens die Mürzbrücke bauen. Soviel Briefe habe ich geschrieben und soviel haben wir interveniert, aber die Brücke wird erst dann gebaut, wenn die Gemeinde 300 Millionen Kronen hergibt. Sie wissen, Herr Hornik, wie ich an die Stadtgemeinde herangetreten bin, damit dieselbe dem Bund zum Bau dieser Mürzbrücke nicht bloß Wasser und elektrischen Strom beistellt, sondern auch 300 Millionen Kronen für dieselbe vorstreckt, damit der Brückenbau nicht stehen bleibt. (Leichin: „Eine schöne Wirtschaft Seipels!“) So schaut die Sache aus. Wie die Dinge stehen, müssen wir uns wundern, daß wir in unserer Wirtschaft noch nicht zusammengebrochen sind, daß wir durch gute Arbeit in den Forsten und in den Betrieben Tag und Nacht den Zusammenbruch der Gemeinde verhindert haben. Von all diesen Kümernissen und Sorgen weiß die Wirtschaftspartei, sie weiß, was wir tun mußten, um diesen Zusammenbruch aufzuhalten. (Hornik: „Wir wissen schon auch davon und haben unseren Teil auf uns genommen!“)

Nun komme ich auf die berühmte Frauengewerbeschule zu sprechen. Ich habe auch diese Akten mir mitgenommen von Nr. 1 bis 16, damit auch dieser Fall ganz genau behandelt werden kann. Der Herr Kollege Hornik hat erklärt: „Der Bürgermeister hat eines Tages gesagt, die Stadtgemeinde hat kein Geld mehr

für die Beistellung von Licht und Beheizung;“ dann hat das Land erklärt, es könne nicht zahlen und die Schule wurde eingestellt. So schnell ist es zwar nicht gegangen, sondern so, daß wir im alten Gemeinderat, wo Sie noch nicht darin waren, über die Frauengewerbeschule im Anfang selbst lange Debatten gehabt haben, und zwar nicht einmal, sondern des öfteren, und dann wurde wegen des Umstandes, daß Professor Pichler, der heute Nationalrat ist, obwohl er Lehrer an dieser Anstalt war, zugleich Vertreter des Landes gewesen ist, wurde die Beistellung der Mittel verweigert. Wir haben gesagt, das gibt es nicht, ein Lehrer, der an dieser Schule wirkt, kann nicht auch Vertreter des Landes sein. Wir haben einen andern Vertreter verlangt, es ist das nicht geschehen und daraufhin haben wir die Beschwerde wegen dieses Umstandes erhoben. Es wurde einstimmig mit allen Stimmen der Wirtschaftspartei beschlossen, so lange kein Licht und keine Beheizung zu gewähren, bis diese Frage bereinigt ist. Aber auf einmal wurde die Frauengewerbeschule eingestellt, ohne die Gemeinde zu verurteilen. Es war nur eine einzige Sitzung und die ist sehr geheim vor sich gegangen. (Hornik: „Das glauben Sie doch nicht, Herr Bürgermeister!“) Ich bin zu der Sitzung tatsächlich zu spät gekommen, aber ich habe dennoch dort im Namen der Stadtgemeinde Protest eingelegt gegen diese Vorgangsweise, weil es sich nicht nur darum handelt, daß es die einzige Schule dieser Art ist, die unter öffentlicher Aufsicht steht, sondern weil in diesem Institut nachgewiesenermaßen Wählerversammlungen für die Christlichsozialen abgehalten wurden. Es fanden in dem Institut wirklich Wählerversammlungen der politischen Parteien statt. Ich wollte selbst in das Piusinstitut hinausgehen, wie wir von diesen Wählerversammlungen gehört haben, ich bin auch hinausgegangen, aber draußen haben sie mich nicht hineingelassen. Sie haben gesagt, sie machen es allein auch. (Hornik: „Das ist schade, das ist bedauerlich!“) Nun bin ich daraufgekommen, daß es mit diesem Institut, welches unter öffentlicher Aufsicht steht, einigermaßen komisch bestellt ist, denn es fanden da die ganzen Versammlungen des katholischen Frauenbundes, die ganzen Ausschüßberatungen, Sektionsberatungen der Christlichsozialen statt. Nun werden Sie wohl begreifen, daß man einem solchen Institut nicht ohnweilers die ganze Einrichtung, 12 Nähmaschinen, einen schönen Spiegelkasten, vier schöne Schränke, ein Paar doppelte, ein Paar einfache Kästen, kurz und gut, diese Einrichtung einem vollkommen klerikalen Institut überläßt. Das ganze Inventar kostet heute wenigstens 300 bis 400 Millionen Kronen. Der Herr Kollege Hornik hat selbst zugeben müssen, daß dort, wo ein Teil des Inventars hingekommen ist, die Lehrerschaft, die Schulleitung verlangt hat, daß nur Kinder, beziehungsweise Mitglieder des katholischen Volksbundes unterrichtet werden dürfen. Sie haben selbst das gesagt, Sie haben sich selbst in dieser Weise geäußert, Sie werden sich das nicht gefallen lassen. (Hornik: „So ist es nicht, das stimmt nicht, ich werde das aufklären. Man hat nur verlangt, daß sie von einer bestimmten Organisation austreten!“) Wenn

Sie das glauben, daß wir unsere Kinder, um diesen Unterricht zu bekommen, dieser Organisation beitreten lassen werden, dann täuschen Sie sich. Ich bitte, Herr Kollege **Hornik**, bleiben Sie ein aufrechter Mann und streifen Sie nichts ab. (**Hornik**: „Nein, man hat verlangt, daß sie austreten aus dieser bestimmten Organisation, aber nicht, daß sie in den Volksbund eintreten!“)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Abg. **Hornik**, Sie haben nicht das Wort. Das Wort hat der Herr Abg. **Pichler**. (**Winkler**: „Die Herren aus Bruck unterhalten sich allein. Machen Sie Ihre Gemeindefachen in der Gemeindevertretung von Bruck aus, wir sind doch ein Landtag und kein Stadtgemeinderat. Wir haben keine Zeit, um das alles anzuhören!“)

Pichler (fortfahrend): Wenn Zwischenrufe gemacht werden, muß ich doch den Leuten Zeit lassen. Ich kann nicht auf alle Seiten zugleich hinhören, denn ich habe nur zwei Ohren. Also das Inventar der Frauengewerbeschule wurde aufgeteilt, einen Teil bekam das Piusinstitut und einen zweiten Teil das Mädchenpensionat. Ich habe dagegen protestiert und habe erklärt, die Gemeinde muß auch etwas bekommen. Darauf hat man mir gesagt: „Nein, das kann man nicht,“ hat das ganze Inventar geholt und bei Nacht und Nebel hinausgeführt. Es hat die Bezirkshauptmannschaft, der Herr Bezirkshauptmann **Hohl**, selbst interveniert, ich als Bürgermeister habe erklärt: Abwarten, bis der Bund und das Land entscheiden, aber man hat die Entscheidung nicht abgewartet und hat in aller Heimlichkeit die Geräte hinweggeführt. Der Schulausschuß hätte hiezu kein Recht gehabt, nachdem er gewußt hat, daß von der Gemeinde dagegen Einspruch erhoben wird. Aber wie die Sachen draußen waren, sind sie freilich nicht mehr hereinzubringen gewesen. Ich habe eine Eingabe an Land und Bund gemacht. Die Gemeinde hat jetzt selbst eine solche Hausfrauenschule für Kochen und Nähen errichtet. Und wissen Sie, was die Herren jetzt sagen? Das ist keine gleiche Hausfrauenschule, so daß die Gemeinde jetzt alle die nötigen Einrichtungsgegenstände kaufen muß. Wir können jetzt ein paar hundert Millionen Kronen ausgeben, und im klerikalen Institut haben sie die ganzen Sachen. (Zwischenruf: „Sie werden das schon wieder kriegen!“)

Noch etwas wegen der 600 Prozent Gemeindevumlagen: Ich möchte ausführen, was ich früher vergessen habe und was in Bruck die Wirtschaftspartei am meisten interessiert und wo auf Ihrer, nämlich der bürgerlicher Seite, und zwar nicht nur von Bruck allein am meisten Schuld liegt, daß die Dinge heute so stehen. Wir haben heute in Bruck über 600 vorgemerkte Wohnungsuchende. In Bruck wurde der alten Gemeindevertretung von der Unfallversicherung übertragen, Häuser zu bauen, auf den schönsten Gründen in der Murvorstadt. Die Gemeinde hätte nur brauchen die Haftung zu übernehmen, die Gemeinde hat es aber abgelehnt. Die Firma Felten & Guillaume hat in der Bahnhofstraße beabsichtigt, zwei Arbeiterwohnhäuser zu bauen. Die Gemeinde hat es abgelehnt und hat er-

klärt, dadurch wird das Bild der Stadt verschandelt und sie hat es verboten. Man hat jedes Wohnhausbauen systematisch unterbunden und heute soll die Gemeinde aufkommen für drei Baracken, in denen 62 Wohnparteien untergebracht werden müssen, obwohl die Baracken dem Zusammenbruch nahe sind. Und nun sagen wir, wo bleibt der Bund, wir haben sovielen Postler, Steuerbeamte, Bezirkshauptmannschaft usw., wir haben einen großen Apparat des Bundes und der Bund hat in ganz Bruck und Umgebung nicht ein einziges Haus für seine Angestellten. Die Stadtgemeinde Bruck muß aus ihren kargen Mitteln jetzt aufkommen und der Bund bleibt ihr Milliarden Kronen schuldig. Wir haben ein Haus gebaut, bestehend aus 42 Wohnungen, welche jetzt am 1. Juni bezogen werden, welches über 3 Milliarden Kronen kostet. Schauen Sie, verehrte Anwesende, kein Teufel fragt die Stadtgemeinde Bruck und deren Bürgermeister, von wo das Geld herkommt. Auf der einen Seite Sanierung, sparen, sparen und noch einmal sparen, auf der anderen Seite die Waggonbewohner, die Wohnungsuchenden und die Obdachlosen. Und da sagt man, die Wohnungsfürsorge ist nicht Aufgabe des Landes, sondern Aufgabe des Bundes und der Gemeinden. Sehr hübsch, Herr Finanzreferent, aber mit dem baut man nicht eine einzige Wohnung. Wir müssen daher Geld aufnehmen. Der Bund sagt, ich baue auch nichts und die vielverläßtere Stadtgemeinde Bruck hat für Wohnhausbauten in der letzten Zeit bereits in fremden Häusern, in eigenen Gebäuden und durch Neubauten 264 Wohnungen erstellt, eine Leistung, die nicht jede Gemeinde nachzuweisen hat. (**Wallisch**: „Dafür macht man ihr dann Vorwürfe, wie es der Herr Abg. **Hornik** getan.“ — **Hornik**: „Dafür nicht.“) Ja, dafür wird in allen Zeitungen über die Mißwirtschaft geschrieben und es wäre doch viel vernünftiger, statt daß man diese Interpellation eingebracht hat, welche der Stadtgemeinde nur schadet, weil man die Stadtgemeinde so wie es der Dr. **Hübler** tut, nur denunziert, wenn man draußen gesagt hätte beim Bund, es sind über 600 Familien von Bundesangestellten da, was ist damit, du, Bund, zahle deine Schulden, damit die Stadtgemeinde ihre Verpflichtungen aufrecht erhalten kann. Statt dessen geht man in alle Zeitungen, schmiert darin herum über die Stadtgemeinde, deren Funktionäre Tag und Nacht arbeiten, um das Gemeindegewesen aufrecht zu halten. Ich kann nicht sagen wie der Herr **Seipel**, ich tue sanieren. Die Barackenbewohner fahren nicht nach Wien, sondern sie kommen zum Bürgermeister von Bruck und ich bin verpflichtet, dieselben zu trösten und dafür zu sorgen, daß das ärgste Elend gemildert wird. Wenn man jemand wegen seiner Politik angreift, so soll man doch in diesem Fall auf dem Standpunkt des Leistungsprinzips stehen, weil die Stadtgemeinde Bruck und deren Funktionäre imstande sind, Leistungen aufzuweisen, mit denen sie sich nirgends zu schämen brauchen. Freilich, mit der Kritik allein, wie es der Herr **Horregger** macht, mit Versammlungen, wo man gegen den Mißerschuß auftritt, ist es nicht getan, auch nicht mit dem Vierervorschlag des Herrn Landeshauptmannes, der ein Hauptunglück ist. Das Gericht delogiert

alle Wochen 2 bis 3 Leute, in den letzten vier Wochen wurden sogar 16 delogiert; außerdem sind uns in Sankt Ruprecht 3 Häuser abgebrannt, mit 5 Wohnparteien und wir mußten 21 Leute unterbringen. Das Bundesgesetz sagt, beziehungsweise der Herr Landeshauptmann beharrt auf seinen Vierervorschlag. Es nützt nichts, ob einer delogiert wird oder nicht, wenn ihn der Hausherr nicht auf seinen Vorschlag nimmt, so bekommt er keine Wohnung, da kann er noch so ein guter Patentdeutscher sein. Da habe ich letzter Tage in der Zeitung gelesen, da hat man hineingegeben, der Vierervorschlag existiere deshalb, weil in Bruck die sogenannte paritätische Kommission noch nicht eingesetzt sei. Ich habe dem Herrn Landeshauptmann mitgeteilt, warum wir noch nicht auf die paritätische Kommission gesunken sind. Denn, seitdem der Hausherrenvorschlag existiert und in Graz die paritätische Kommission, werden die Wohnungen jetzt in Graz gehandelt wie das Obst am Naschmarkt. Wer mehr zahlt, bekommt eine Wohnung und wer nichts zahlt, keine. Die Hausherren nehmen Gelder bei dem Tauschgeschäft, die ins Unglaubliche gehen, man nennt das Ablösebetrag, 22 Millionen Kronen Ablösebetrag, 15 Millionen Kronen, 18 Millionen Kronen, sogar 60 Millionen Kronen Ablösebetrag werden gefordert und auch gezahlt, nur um eine Wohnung zu bekommen. Und das hat der Herr Landeshauptmann auf seinem Gewissen (Rufe: „So ist es!“), weil das Mietengesetz etwas anderes vorsieht und etwas anderes sagt, als was der Herr Landeshauptmann in seiner Landesregierungsverordnung gemacht hat. Und wir am Lande draußen können uns herum-schlagen mit Barackenbewohnern und den sonstigen Wohnungsuchenden. Bei uns gibt es nicht viele Leute, die so hohe Abfindungssummen bezahlen können. Es geht nicht so zu, wie wo anders, da bei uns ein gemeinderätlicher Wohnungsauschuß besteht und nicht so wie in Graz auf der einen Seite einmal die Hausherrnpartei einen Günstling vorschreibt und dann wieder einmal die Mieterpartei. Die Wohnungszuweisung obliegt dem gemeinderätlichen Wohnungsaus-schuß und der trägt auch die Verantwortung, daß Wohnungen so vergeben werden, wie sie vergeben werden sollen, und ich sage hier offen im hohen Hause, ich halte die Verordnungen des Landeshauptmannes in Bezug auf die Auslegung des Mietengesetzes für vollkommen ungefährlich und für ein Unglück für alle Wohnungsuchenden, weil auf Grund des heutigen Zustandes zum größten Teil nur mehr Menschen eine Wohnung bekommen können, die das Geld haben, größere Wohnungen zu bezahlen. Dazu verwenden wir in Bruck die 600 Prozent Gemeindeumlagen, wir haben eine Wohnbausteuer und auf Grund dieser Steuer verwenden wir den größten Teil von den 600 Prozent, um Wohnungen zu bauen. Wenn Sie sich ausrechnen, daß die Landesgebäudesteuer für das 2. Halbjahr 1923 ungefähr 370 Millionen Kronen, also für das Jahr 700 Millionen Kronen beträgt und wir 300 Millionen Kronen für Wohnhausbauten aufgewendet haben, dann glaube ich es wohl nicht nötig zu haben, über die Verwendung von 600 Prozent Gemeindeumlage Rechenschaft ablegen zu müssen. Und noch eines, was angeführt wurde. Herr Bundesrat L a n n e r hat geglaubt,

das Ei des Kolumbus gefunden zu haben und hat im Bundesrate einen großen Protest losgelassen, daß die Gelder der bäuerlichen Besitzer für Arbeitslosenunterstützungen verwendet werden. Ich stelle nun fest, daß aus diesen Geldern, aus der Grund- und Gebäudesteuer nicht ein roter Heller für Subventionen oder Arbeitslosenunterstützungen verwendet wird, denn alle diese Dinge werden einzig und allein aus jenem Teil der Lohn- und Gehaltsabgabe bestritten, die dazu bestimmt wurden. Da haben also die Bauernbündler nicht die geringste Ursache, sich darüber aufzuregen. Jeder vernünftige Mensch muß sich sagen und muß zugeben, daß es vollständig richtig war, wenn dies auch auf das schärfste kritisiert wurde, daß man während der größten Arbeitslosigkeit mit den Arbeiten eingesetzt hat, um die Arbeitslosen zu beschäftigen, anstatt ihnen Unterstützungen zu geben. Nun der Verwaltungsgeschichtshof wird mir ja recht geben, da können Sie Gift darauf nehmen. (Hornik: „Das tue ich nicht. Das ist zu gefährlich!“) Da wird also kritisiert, weil man baut, um die Arbeitslosen zu unterstützen nicht mit Geld, sondern mit Arbeit. Die Arbeitslosen bekommen ja nur 100.000 K und mit diesem Gelde kann man eine Familie nicht erhalten. Die Stadtgemeinde Bruck war gezwungen, ihre heimatunfähigen Arbeitslosen zu unterstützen, Leute, die 10, 15 und 20 Jahre ununterbrochen gearbeitet haben, die also keine Faulenzer sind. Die Firma H o f m a n n, eine patentdeutsche Firma, hat zu Weihnachten Beträge von 20.000, 40.000 und 60.000 K jedem Arbeiter ausbezahlt und hat gesagt: Da hast du das Büchel und jetzt kannst du gehen. Mit diesen Beträgen müssen jedoch die Arbeitslosen mit ihren Familien verhungern und da haben wir es als eine Pflicht erachtet, diese Schmutzerei auszubessern dadurch, daß wir jedem eine Unterstützung gegeben haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Firma F e l t e n in Diemlach ältere Leute, die schon 20 Jahre bei ihr gearbeitet haben, entläßt, Leute, die dann zu mir gekommen sind infolge der Krisis, die dann zu mir gekommen sind als mittellos und unterstandlos, sich also nicht erhalten können, so war es doch notwendig, die erforderlichen Beträge für sie aufzuwenden. Ich möchte da anführen, daß beispielsweise die Krise in den Gemeindebetrieben der Stadt Bruck ohne Entlassungen vorbeigegangen ist. Wir haben 270 Menschen in der Gemeinde Bruck beschäftigt, Beamte und Arbeiter, und haben trotz der Krise bisher nicht einen einzigen Mann entlassen, bis heute sind alle beschäftigt, um nicht noch mehr das Arbeitslosenheer zu erhöhen. Das hat ja auch etwas gekostet, aber das ist wirkliche und produktive Arbeitslosenfürsorge, wir haben sie deshalb beschäftigt, damit sie als Arbeitslose nicht der Verzweiflung preisgegeben werden und wir können heute in Bruck das eine gute sagen, daß wir durch unsere Lebensmittelaktion, durch welche an Arbeitslose Lebensmittel ausgegeben wurden, Mehl, Fett und Speck, gerade durch diese Aktion viel geleistet haben dadurch, daß unschuldige Kinder nicht dem Hunger anheimgefallen sind. Und deswegen wird nun im Bundesrate erklärt, daß man das Geld der bäuerlichen Bevölkerung beim Fenster hinaus-schmeißt. Ich möchte Herrn Landesrat W i n k l e r bitten, seinen

Kollegen L a n n e r dahin aufzuklären, daß er versucht, in Zukunft mehr Menschlichkeitsgefühl in seiner Brust aufzubringen. (Winkler: „Sie werden ihn halt falsch verstanden haben!“)

Nun, es sind noch verschiedene andere Anwürfe gegen die Stadt Bruck erhoben worden und ich bin Ihnen dankbar dafür, daß heute der Vertreter der Stadtgemeinde Bruck in die Lage kommt, vor der Öffentlichkeit des Landes Steiermark die Politik der Gemeinde zu verantworten, da zu sagen und zu beweisen, wie es dort zugeht. Auf Grund der Zeitungsberichte möchte man glauben, Bruck liege in Abessinien oder Albanien, in welche Stadt man nicht einreisen darf, ohne ausgeraubt zu werden. Bruck wurde so geschildert, als ob es nichts Schrecklicheres gäbe als Bruck. Ich bin erstaunt, hier im Landtage ein Mitglied der Wirtschaftspartei von Bruck sitzen zu sehen, wo es doch in der Zeitung gestanden ist, daß bereits alle Mitglieder der Wirtschaftspartei erschlagen sind; nach den Zeitungsnachrichten mußte man annehmen, daß nicht ein einziger Bürgerlicher mehr in Bruck lebt, aber es befinden sich ja alle heil und wohl und sind noch ziemlich frech dabei. So ist z. B. vor kurzer Zeit in Bruck eine Versammlung der Nationalsozialisten abgehalten worden, die auch vom sozialdemokratischen Arbeiterjugendbund besucht war und es haben dort Auseinandersetzungen stattgefunden und dann schreibt man, daß ein Sturm auf den Kinderhort stattgefunden hat, und daß es nur der Langmut der Nationalsozialisten zu verdanken war, daß der Kinderhort nicht klarge schlagen worden ist. Nun, in Bruck ist bis heute noch nicht eine einzige Versammlung gesprengt worden. Wir haben doch Versammlungen jeder politischen Parteirichtung abgehalten. Wir haben uns diese verschiedenen Versammlungen angehört und haben uns auseinandergesetzt. Am Samstag war wieder eine nationalsozialistische Versammlung angekündigt und wir sind hingegangen, weil wir neugierig waren, was los ist.

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte den Herrn Redner zur Sache zu sprechen.

Pichler (fortfahrend): Ich komme gleich zur Sache; die Versammlung hat also stattgefunden und wir haben uns durch zwei Stunden auseinandergesetzt. In dieser Versammlung hat auch der Herr Landesrat P r i s c h i n g gesprochen und Sie werden mir zugeben, wann immer Sie oben waren, war es sehr lustig. (P r i s c h i n g: „Sehr lustig!“ — Heiterkeit.) Jeder hat vollständig ausreden können in der Versammlung und niemals ist eine Versammlung mit einem Krach geschlossen worden. Das möchte ich festgestellt haben. Ich kenne aber beispielsweise ein Dorf in der Oststeiermark, wo unser Referent verprügelt worden ist, das ist in Bruck noch nicht vorgekommen. Und nun möchte ich noch einmal auf das alte Kapitel der Wohnungsfrage zurückkommen, und zwar deshalb, weil, wie ich schon früher gesagt habe, die Bürgerlichen zum größten Teile die Schuld fragen und nun gehen sie hinaus und heßen die wohnungslosen Menschen gegen die Vertreter der Gemeinde auf, obwohl sie selbst genau wissen, daß die Gemeinde nichts anderes machen kann. Die Agitation, die jetzt überall getrieben wird, geht davon aus, daß die Wohnungslosigkeit nur deshalb besteht,

weil nicht die Gemeinden und nicht der Bund und nicht das Land bauen, sondern weil man die Bautätigkeit dem Privatkapital überlassen soll. Ja, bitte schön, warum nicht? Hätte in Bruck jemand etwas gebaut, kein Mensch! Die Firma F e l t e n hat eine Konjunktur gehabt wie selten, die Firma B ö h l e r hat ebenfalls eine Konjunktur gehabt wie selten. Was hat beispielsweise in Bruck die ganze Bauindustrie gebaut? Nicht ein einziges Haus mit Ausnahme des Baumeisters R u p r e c h t, der früher schon gebaut hat. Oder um auf das Deutschum zu sprechen zu kommen: Wir haben in Bruck fünf Bankfilialen, Verkehrsbank, Wiener Bankverein, Hagebank und noch zwei andere Banken, aber keine einzige dieser Banken hat nur eine Wohnung geschaffen. Schaffen Sie ein Geseß dafür, daß man in die Lage kommt, diese Banken zum Bauen zu zwingen. Die Sache wird aber anders gemacht. Wenn eine Gemeinde ein Darlehen braucht, dann sagt man, ich werde mich bemühen, daß Sie das Darlehen bekommen, aber ich mache aufmerksam, Sie müssen sich erkenntlich zeigen, indem Sie unserer Bank eine Wohnung zur Verfügung stellen, statt daß die Bank, die Milliarden Kronen verdient, selbst eine Wohnung schafft, fallen sie allen öffentlichen Anstalten zur Last, und heute wundert es mich nicht, daß bei einer antisemitischen Demonstration in Wien der Seipel für einen Juden angeschaut wurde. Man kennt ihn von einem Juden nicht mehr auseinander, nämlich in Bezug auf die Bankpolitik. Man hätte Gelegenheit genug gehabt, die Banken zu zwingen, Wohnungen zu bauen, dann brauchten wir nicht 600 Prozent Gemeindeumlagen einzuheben. Sie haben immer gesagt, wir sind Judenfreunde. Jetzt haben wir zwei Judenfreier in der Regierung, aber wenn sie sich zusammensetzen, wird immer der andere aufgefressen, nicht der Jude. Die ganze Sanierung läuft schließlich und endlich auf das hinaus, daß wir sie nicht zu ertragen vermögen. Allerdings haben die Brucker Bürger nichts dagegen einzuwenden, sie bekämpfen mit Worten das Judentum auf das schwerste, aber den schönsten Platz haben die christlichen Deutschen in Bruck der jüdischen Bankdirektion für ihre Filiale zur Verfügung gestellt. Das Christentum und das Deutschum ist in den Sack hinuntergefallen, da kommt nichts heraus. Nun möchte ich auch auf eine der letzten Beschwerden, die hier vorliegen, einigermaßen eingehen — ich habe früher nicht gewußt, daß wir so schlechte Kerle sind — und da möchte ich an die Landesregierung appellieren, daß sie immer, wenn die Wirtschaftspartei in Bruck nicht den Mut aufbringt, in der Gemeinde offen und rechtzeitig innerhalb der Frist aufzutreten, die Beschwerden darauf überprüft, ob ein Antrag angenommen worden ist, ob es ordnungsmäßig zugegangen ist. Das ist geschehen. Aber man muß eben ein paar Mitgliedern — vier Manderln sind im hohen Hause der großen christlichsozialen Mehrheit angeschlossen und die vier Manderln haben einen Präsidenten, einen Landesrat — Gefälligkeiten erweisen. (H o r n i k: „Die Beschwerden ad acta legen!“) Ich spüre nichts davon, daß sie ad acta gelegt werden. (H o r n i k: „Das wünschen Sie!“) Aber die Wirtschaftspartei muß sich angewöhnen, Beschwerden

ordnungsmäßig einzureichen. (Hornik: „Das haben wir getan!“) Nein! Das haben Sie nicht getan. Sie haben über den Kopf der Gemeinde die Beschwerde an die Landesregierung eingebracht. Sie haben die Beschwerde an die ordentliche Instanz, an die Gemeinde, zu richten. Ich habe gesagt, ich werde die Überprüfung zulassen, ich werde die Überprüfung durch die Landesorgane genehmigen. Die Zuschrift war aber bereits herunken. Was brauche ich mich mit Ihnen herumzustreiten? Sie haben die Beschwerde dem Kollegen Steiner übergeben. Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat reichlich Gelegenheit gehabt, darüber zu entscheiden, obwohl die Beschwerde nicht mehr verhandlungsfähig war, denn wenn die Wirtschaftspartei, 13 Mann stark, vier Monate braucht, um eine Beschwerde einzureichen, dann weiß ich nicht, ist das eine Wirtschaftspartei oder eine Verwirschtungspartei des gesamten Verstandes. (Zwischenruf Hornik.) Vier Monate haben sie gebraucht, um sich zu informieren. Man darf doch nicht so kindisch sein, die Rechnungen laufen, wie in jedem geordneten Gemeinwesen durch die Gemeindebuchhaltung, es wird jede Rechnung durch diese überprüft und ausbezahlt. Der Bürgermeister hat damit nichts zu tun. Aber daß man vier Monate braucht, um Sturm zu laufen, ist ein schönes Stückel.

Ich komme nun noch zu sprechen auf die Einsichtnahme in die Akten. Hier erkläre ich rundweg, ich lasse es auf den Verfassungsgerichtshof ankommen. Der soll entscheiden, wer Recht hat. Sie sitzen in jedem Ausschusse, kriegen dort jeden Akt, aber es darf nicht so gemacht werden, wie es die Mitglieder der Wirtschaftspartei gemacht haben, die hinter dem Rücken des Bürgermeisters herumgeschnüffelt haben, sonst können wieder einmal Akten verschwinden, wie in jener Zeit, bevor wir in die Gemeindestufe eingezogen sind. Seitdem wir wissen, daß die wichtigsten Akten in Bruck der Frohnleitener Papierfabrik zum Einstampfen übergeben worden sind, getraue ich mich nicht mehr. Übrigens, Sie sind überall ordnungsmäßig vertreten im Bauausschuß, im Wohnungsausschuß, wo Sie die Obmannstelle haben, im Gemeindevorstande haben Sie zwei Mitglieder, was wollen Sie noch haben? Sie haben das Recht mitzuwirken, auch in der öffentlichen Gemeinderatsitzung, aber der einzelne Gemeinderat darf doch nicht herumschnüffeln. Was ist's, wenn ein Baumeister Gemeinderat ist und Akten aushebt, die in sein Geschäft hineinpassen? Darf ich als Abgeordneter zu einem Referenten gehen und sagen, geben Sie mir alle Akten heraus? Ich kriege die Vorlagen. Und Sie kriegen im Ausschusse Ihre Sachen.

Ich möchte noch auf einige Bemerkungen zu sprechen kommen, die während der Landtagsdebatte im hohen Hause gefallen sind anlässlich der Budgetberatung. Ein Teil wurde schon gestreift. Ich möchte sagen, daß, wenn Bruck auch in Vertretung seiner Interessen hie und da einen Brocken bekommen hat dadurch, daß wir immer am Platze waren, der Herr Finanzreferent doch für die wichtigsten Fragen der Gemeinde kein Verständnis hat. Bitte schön, Herr Finanzdechant, jetzt passen Sie ein bißchen auf mich auf! Wir bauen in Bruck eine Wasserleitung, die kostet über 1 Milliarde

Kronen. Der Herr Finanzreferent hat aber taube Ohren, er sagt, der Stadtgemeinde Bruck kann er nichts geben, es seien andere Gemeinden notwendiger zu beteiligen. Ich stelle fest, daß wir in der Murvorstadt Typhusfälle gehabt haben auf Grund der schlechten Wasserverhältnisse. Die Wasserleitung muß gebaut werden und das Land ist verpflichtet, derartige Bauten zu unterstützen. Ich möchte weiters den Sanitätsreferenten und die Landesregierung bitten, dem Brucker Krankenhaus mehr Aufmerksamkeit in Bezug auf die Ausgestaltung zuzuwenden, damit man, nach dem ein großer Platzmangel eingetreten ist, auf das Krankenhaus einen Stock aufbaut, aber nicht auf das Marodenhäus. Die Stadtgemeinde Bruck hat vor drei Jahren dem Lande ein schönes Haus zur Vergrößerung des Spitals verkauft. Das Land ist uns bis heute noch den größten Teil der Kaufsumme schuldig. Wir sind drei Jahre schon das Haus los, aber Geld haben wir keines. Das sind Dinge, über die wir sprechen müssen, weil der Herr Finanzreferent ein so ruhiges Gewissen hat, er lacht nur, es rührt ihn nichts. Aber dann kommt der Herr Landesrat Riegler mit seinem scharfen, schneidigen Mund und sagt, oh, diese schlechte Wirtschaft der Sozialdemokraten, aber er und auch andere Herren der Landesregierung sagen nichts, daß die Gemeinde so und so viel mehr Arbeiten für das Land und den Bund übernehmen mußte. Und da komme ich auf ein Kapitel zu sprechen von Gemeindepolitik, von dem man überhaupt nichts gesprochen hat, und zwar in Bezug auf Jugendfürsorge, Altersfürsorge und Schulwesen, wo man uns von Seite der Landesregierung schon eine Schule gegeben hätte, wenn wir auch die Lehrpersonen dazu genommen hätten. Ich habe kein Interesse gehabt für diese Lehrpersonen, und ich habe gesagt, da behaltet Ihr die Schule selbst, damit wir keine Agitatoren bekommen. In Bezug auf den Ausbau des Jugendschutzes ist es sehr gut, daß er sich in Händen des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Pongraß befindet, welcher als Sachwalter des Jugendwesens das geleistet hat, was geleistet werden soll. Ich möchte nur bitten, daß dieser Stelle die Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit das ungeheure Elend und die Not gelindert werden kann. Es muß möglich werden, daß beinahe sterbenskranke Kinder und Erwachsene, die in eine Heilanstalt gehören, nicht monatelang warten müssen, bis der Bezirksverwaltungsausschuß, die christlichsozialen und großdeutschen Gemeinden sich herbeilassen, für diese Lungenkranken jenes Drittel zu bewilligen, welches bewilligt werden muß, damit auch die Landes-sanitätsbehörde dieses Drittel bewilligt. Da können die Sozialdemokraten mit glänzenden Beispielen dienen. In jedem einzelnen Fall wird für Lungenkranke seitens der Stadtgemeinde Bruck und der übrigen sozialdemokratischen Gemeinden ein Drittel beigetragen, die Bezirksausschüsse nehmen das zweite Drittel, alles nur, damit nicht wie früher, der Kranke elend zugrunde gehe. Aber, meine Herren, dazu gehören Geldmittel. Ich kann nicht so wie draußen in Wien die Herren sagen, sanieren. Der Herr Seipel und der Herr Kienböck sehen nicht die lungenkranken Leute in den Zinskasernen, wo in den Industriebirken hunderter und hunderter der Tuberkulose

zum Opfer gefallen sind, weil sie nicht ärztlich behandelt wurden. Durch unsere Maßnahmen konnten wir viele hunderte Menschen ihrer Familie und diesen den Ernährer retten. Aber für diese Dinge hat man seitens der höheren Instanz sehr wenig Verständnis, und wo es zum Zahlen kommt, sagt der Finanzreferent des Bundes und des Landes: „Michele, geh du voran, du hast die langen Stiefel an!“ Man nimmt den Gemeinden die Steuern weg und anderseits sollen wir wieder neue Einrichtungen schaffen. So zum Beispiel für die alten Arbeitslosen, die Arbeiter, die arbeitslos werden und aus den Fabriken hinausgeworfen werden. Eine Altersversorgung gibt es für diese Leute nicht. Die Gemeinde muß sie dann in das Versorgungshaus nehmen, muß ihnen unter Umständen auch noch kleine Unterstützung zahlen und der Bund drückt sich da von seiner Verpflichtung, für die alten Menschen irgend etwas zu tun.

Nun noch etwas! Da ist von dieser Seite, von Herrn Landesrat Dr. Hübler, wieder einmal in Deutschum gemacht worden. Alle Jahre wiederholt sich dasselbe Spiel. Immer scheinen die Großdeutschen hier im Hause zu glauben, daß sie allein das Deutschum gepachtet haben mit Haut und Haaren. Sie glauben, es gibt keine besseren Deutschen wie die Großdeutschen, aber nur, wenn es nichts kostet. In dem Moment, wo es etwas kostet, das bemerken wir draußen bei den Herrschaften, da prägt man deutsche Worte in den Zeitungen, schilbert einmal die Not des deutschen Volkes, aber wenn Aktionen eingeleitet werden, um dieses Elend zu lindern, um den Deutschen zu helfen, versagt der deutsche Bürger beinahe zur Gänze, und wir erleben bei diesen Wohlfahrtsaktionen leicht, daß die armen Familien bei solchen Gelegenheiten mehr geben, als die großen großdeutschen Fabrikanten in Bruck. Wir erleben Dinge, wo wir uns schämen müssen. Wenn jemand nachfragen will bei mir in Bruck, ein Teil der Sammellisten steht Ihnen zur Verfügung. Wenn man vom Deutschum und anderen Dingen spricht, dann möchte ich wohl darauf hinweisen, daß ein großer Unterschied zwischen dem Deutschum des Mundes und dem Deutschum der Tat besteht. Das sehen wir bei allen Ihren Feiern, wir sehen das überall, daß wir als Sozialdemokraten, als vaterlandslose Gesellen, die für ihre Nation kein Verständnis haben, dargestellt werden. Wir setzen unseren ganzen Stolz darein, durch die Beistellung größtmöglicher Mittel dem deutschen Volke dadurch zu helfen, daß wir es aus Not und Elend herausreißen, daß wir durch die Einrichtung von Bibliotheken das deutsche Volk dazu bringen und erziehen, daß der deutsche Arbeiter auch in der Lage ist, ein Buch von Rossegger, von Schiller und Goethe nicht bloß in der Auslage zu sehen, sondern auch zu kaufen und zu lesen. Herr Hornik beutelt ein bißchen mit dem Kopfe. Er ist noch zu jung in der Politik, er wird schon noch daraufkommen. Er meint es ehrlich, aber er ist gerade in die falsche Partei hineingekommen. (Heiterkeit.) Gerade dort hat er sich hingeseßt, wo er eigentlich nicht hingehört. Ich habe Herrn Hornik immer als einen vernünftigen Menschen angeschaut, bisher habe ich aber leider noch nicht erlebt, daß ein Großdeutscher vernünftig ist. Was ich bis heute von Ihnen gesehen

habe, war wenig vernünftig und zweitens unehrlich. Und wenn Sie sich so beklagen, daß gerade das arbeitende deutsche Volk für die deutschen Parteien nichts übrig habe, so deshalb, weil keine Arbeiterklasse, keine Arbeiterschicht unter den Nationen so belogen und so betrogen wurde, wie die deutsche Arbeiterklasse vom deutschen Bürgertum. Wenn es gegolten hat, zu helfen, war der deutsche Prolet allein, wenn es gegolten hat, in schwersten Kämpfen gegen Bureaucratie und Militärgewalt anzukämpfen, haben wir immer den Widerstand des deutschen Bürgertums gegen uns gehabt. Nicht das von 1848. Aber heute haben die Geistlichen eigens großgenähte Monturen bekommen, die Kleider sind eigens groß genäht worden, damit die Großdeutschen leicht mit hineinschlüpfen können. Meine Herren, Sie dürfen sich nicht wundern: Auf der einen Seite der deutsche Arbeiter, vom deutschen Bürgertum mißachtet! Sie hätten Gelegenheit gehabt, in den Gemeinden bis zum Jahre 1918 dem deutschen arbeitenden Volke die Möglichkeit zu geben, in den gesetzgebenden Körperschaften mitzuwirken. Wenn Sie sich beklagen, daß in allen Gemeinden nicht so gearbeitet wird, wie Sie wollen, so sind Sie selber schuld. Sie haben vom deutschen Volke gesprochen und haben ihm das Recht nicht gegeben, das ihm gebührte. Wir sind als Gemeindevertreter, als Arbeiter in den Fabriken, als Tagelöhner, die niemals mit Gemeindepolitik etwas zu tun gehabt haben, hineingesetzt worden in die Gemeindestube, wir sind dort gestanden, wie ein Kalb vorm neuen Tor, wir konnten keine Ahnung haben, weil die deutschen Bürger mit Absicht uns den Zutritt zu diesen Vertretungskörpern des deutschen Volkes verwehrt haben. Wir sind ins Wasser hineingeschmissen worden wie ein Fisch. Aber auf eines sind wir stolz und halten uns viel darauf zugute, Unkraut verdirbt nicht, und die Fische haben angefangen sehr gut zu schwimmen, so gut zu schwimmen, daß den früheren bürgerlichen Gemeindevertretern ganz angst und bange wurde. Viel mußten wir dazulernen, was unseren Leuten die Volksschule vorenthalten hat. Wir haben hart arbeiten müssen am Lande, haben müssen 2 und 3 Stunden weit in die Schule gehen, haben oft kein Mittagessen gehabt und sind als arme Teufel in der Welt herumgekugelt. Da sind wir nun hineingesetzt worden und haben gearbeitet, nicht so wie früher der größere Teil der bürgerlichen Gemeinderäte, die zum Beispiel die Gemeindestube in Bruck als eine Pension betrachtet haben. Der eine Bürgermeister hat ein Gasthaus gehabt, bei ihm haben daher die Mehrheit der Sitzungen stattgefunden, dort ist dann Wein ausgeschenkt worden; der eine Gemeinderat hat seinen Sohn in die Gemeinde gebracht, der andere seine Tochter, und wie wir eingezogen sind in die Gemeinde, haben wir schauen müssen, daß diese Freunderlwirtschaft ein bißchen auseinandergebracht wird. Der Bürgermeister von Bruck hat im Frieden 5000 K Gehalt gehabt. Wenn wir das valorisieren wollten? Der Bürgermeister bekommt jetzt im Monat 1.160.000 K. Das ist wohl ein großer Unterschied, was der Bürgermeister von heute, was der Funktionär von heute gegen früher hat. Alle diese Dinge müssen wir ein bißchen aufdecken, und heute müssen Sie mir einen sozialdemokratischen Gemeindevertreter sagen, der aus Eigennutz

in einer Körperschaft sitzt, sie müssen arbeiten, als ob die Gemeinde ihnen gehören würde, für die Gesamtheit und haben nie dabei ein Geschäft gemacht. Und mit dem Brucker Bürgermeister mit seinem Anhang, besonders mit mir, hätte man schon längst Schluß gemacht, wenn man in der Lage wäre, nur schwarz unter dem Nagel diesem Manne aus dem Volke etwas nachzusagen, etwas Ehrenrühriges, was er gemacht hat. Aber eines möchte ich Ihnen sagen, eines möge man in diesem Hause nicht vergessen, wir sind arme Teufel, haben sonst nichts als unsere Ehre, aber die nehmen Sie uns nicht weg, wenn Sie glauben, daß uns alles gleich ist. Sie dürfen nicht glauben, daß wir als einfache Arbeiter, die nicht studiert haben, kein Verständnis für ordinäre Angriffe in der Presse haben. Keine Erledigungen, da Interpellationen und dort, die Gemeindegelder werden zum Fenster hinausgeschmissen, das Vermögen der Gemeinde wird verwirtschaftet, ja, sind wir denn Piraten, Gauner und Falloten, die das Vermögen der anderen verwirtschaften? Man muß erst überprüfen, nachweisen und dann behaupten. Wir haben mehr Werte geschaffen und hoffen, solange in der Lage zu sein mehr Werte zu schaffen, daß es die Wähler nicht mehr notwendig haben werden, eine Wirtschaftspartei oder eine großdeutsche Partei zu wählen. Wenn wir noch fünf oder zehn Jahre Gelegenheit haben, in der Gemeindestube zu arbeiten, werden die Wähler aller Schätzung nach zur Erkenntnis kommen, daß eigentlich die Sozialdemokraten ganz gut wirtschaften, mit Ausnahme der Deputatholzberechtigten, die in Bruck schimpfen, weil man ihnen dieses Vorrecht geschmälert hat; aber die können noch lange schimpfen. Ich habe mich redlich bemüht, und ich hoffe noch, solange zu reden, bis ich dieses Unrecht, daß 112 Menschen aus öffentlichem Walde heute noch 2700 Meter zum halben Preise bekommen, endlich beseitigt habe. Herr Hornik hat aber nichts davon gesprochen, daß die Stadtgemeinde Bruck jedes Jahr über 400 Millionen Kronen zufolge der Deputatholzberechtigten draufzahlen muß. Davon spricht man nicht. (Hornik: „Das ist ja vertraglich festgelegt!“) Diese Leute tun Unrecht, und es wird dadurch nicht besser, daß das ein altes Unrecht ist. In einer Zeit, wo alle Privilegien abgesprochen werden, in einer Zeit, wo kein Arbeiter und kein Industriebeamter weiß, ob er morgen ein Brod hat, zu einer Zeit, wo alle Vorrechte abgeschafft werden, ist es nicht am Platze, 112 Familien aus öffentlichen Mitteln Geschenke zu machen. Wenn man so viele Verträge aufgehoben hat, so ist es auch recht und billig, diesen Vertrag aufzuheben, der in einer Gemeinde mit 12.000 Einwohnern nur 112 begünstigt. Aber ich habe noch nicht vernommen, daß über diese Dinge, die ich hier erzähle, schon eine Beschwerde bei der Landesregierung eingelaufen ist. Darüber hat sich die Wirtschaftspartei noch nicht beschwert. Abg. Hornik spielt sonst immer den nackensteifen Mann, und ich will hoffen, daß er sich aufrassen wird, ein altes Unrecht im Interesse der Allgemeinheit zu beseitigen. Er muß eben mitarbeiten, wenn ihm die Öffentlichkeit vor Parteinteressen geht. Es ist gewiß schwer, wenn man großdeutscher Gemeinderat ist und die Großdeutschen die Deputatholzbefitzer sind. Da kann man

nicht gut auftreten. Für alle gilt das ja nicht, aber es sind so viele in Bruck, die das interessiert, und am liebsten wäre es den Brucker Deputatholzberechtigten, wenn die ganzen 30 Gemeinderäte aus ihrer Mitte gewählt würden, dann brauchen sie keine Angst für ihr Holz zu haben. Es gibt auf allen diesen Gebieten soviel zu erzählen, zu berichten, daß man nur staunen muß, daß noch jemand den Mut aufbringt, bei dieser ungeheuerlichen Fülle von Arbeit der Behörden und Landesregierung, die zwar doppelgeleisig fährt, aber dabei allemal stecken bleibt, nunmehr schon ein, zwei Jahre... (Kessel: „Sie haben zuviel Stockgeleise!“) Ich habe das bisher nicht gewußt, daß das eine Geleise ein Stockgeleise ist; ich habe es erst hier bemerkt, daß die Dinge so stehen. Und da ist es doch nicht am Platze, wenn die Landesregierung soviel zu tun hat, wenn sie nach einem Geleise fährt und nicht auf einem Stockgeleise verschiebt, daß die Wirtschaftspartei von Bruck noch beschwerden an sie richtet, die in keiner Weise begründet sind und die uns zeigen, daß die 13 Leute von Bruck nicht imstande sind, die Sachen so zu meistern in gemeinsamer Arbeit, wie es notwendig ist. Ich habe mir eine Statistik herausgezogen, wir haben in Bruck bis heute 576 Sitzungen abgehalten, davon 27 Gemeinderatsitzungen und ein paar hundert Ausschusssitzungen. In allen diesen Sitzungen insgesamt, sowohl in den Gemeinderats- wie auch in den Ausschusssitzungen, ist die Wirtschaftspartei im ganzen nur 24mal überstimmt worden. Was wollen Sie von Terror und sonstigen Dingen reden (Hornik: „Das sind eben diese Fälle!“) und dabei noch den Mut aufbringen.... (Wallisch: „Sollen wir Ihnen denn alles recht machen?“) Wenn wir alles das tun, was Sie wollen, dann können wir ja gleich zur großdeutschen Partei übertreten. Hornik: „Das würde Ihnen gut tun!“) Aber das können Sie nicht verlangen, nachdem es doch nicht Unus ist, daß eine große Partei zu einer kleinen übertritt, sondern es tritt höchstens die kleine zur großen über. Daß Sie da noch den Mut aufbringen, sich über eine schlechte Behandlung des Deutschnationalen Turnvereines zu beklagen, ist wirklich sonderbar. Herr Abg. Hornik ist ein aufrechter deutscher Mann, aber er erzählt immer nur die halben Geschichten, denn die schlechte Behandlung des Deutschnationalen Turnvereines besteht nur darin, daß Sie für Ihren Turnverein in nächster Zeit über Vermittlung der Gemeinde den schönsten Saal in Bruck bekommen werden und dazu noch eine schöne Subvention von 20 Millionen Kronen. Das ist die schlechte Behandlung! (Hornik: „Das ist doch nur ein Kompensationsgeschäft!“ — Wallisch: „Ein schönes Kompensationsgeschäft, aber nur für Sie!“) Wir haben in Bruck dort die Sachen sehr schön gemeinsam aufgeteilt, Sie kriegen den schönsten Turnsaal von Bruck, dazu noch 20 Millionen Kronen Subvention, die Christlichsozialen bekommen ihren separaten Turnsaal und die Sozialdemokraten auch. Ihr bekommt ein Geld, die ändern keines, und beklagen tut Ihr Euch auch noch. (Hornik: „Weil wir denselben herrichten müssen!“)

Nun zur Frage der Apothekenangelegenheit. Hier sind Großdeutsche, Christlichsoziale und Sozialdemokraten, pardon, auch Bauernbündler, die darf ich nicht

vergessen. (Zu Landesrat Winkler gewendet): Entschuldigen Sie schon, Herr Landesrat. Es sind alle Parteien hier vertreten und jetzt möchte ich einem jeden Menschen, der objektiv denkt, folgendes sagen: Ich bitte, wir haben in Bruck nur eine einzige Apotheke, und auf einmal hängt in dieser Apotheke, wo jeder Mensch hingehen muß, ob gern oder nicht, ein deutschnationales Plakat, und nebstbei finden in dieser Apotheke die größten politischen Diskussionen statt, besonders damals, wie der andere Magister dort war, der dem Herrn Rönig beigegeben war. Damals haben dort die größten Besprechungen der Vertrauensmänner der Nationalsozialisten stattgefunden, der Gefinnungsgegnossen dieses Magisters, der heute bei Herrn Hornik als Gehilfe angestellt ist. Wie kommen wir als Sozialdemokraten, wie kommen die andern, die nicht dem Deutschen Turnverein angehören, dazu, daß sie in eine Apotheke hineingehen müssen, die für den deutschnationalen Turnverein und für die Hakenkreuzler Propaganda macht, an einem Orte der Not, wo sie hingehen müssen? Wenn Sie als Deutschnationaler ein Sodawasser verkaufen und ich will Ihre Reden nicht anhören, weil Sie ein Deutschnationaler sind, dann gehe ich wo anders hin. Wenn der Greisler, der mit Mehl oder Zucker verkauft, nicht meiner Gefinnung ist, nicht meiner Partei angehört, dann gehe ich in den Konsumverein, aber wenn ich krank bin und ich bekomme vom Doktor ein Rezept, dann muß ich in die Apotheke gehen. Ich habe daher Herrn Rönig gesagt: „Ich habe nichts dagegen, ich habe nichts einzuwenden, daß Sie ein solches Plakat aufhängen, aber wenn Sie sich als Parteimann betätigen, dann verlangen wir auch, daß Sie die Plakate des Arbeiterturnvereines aufhängen!“ Und ein paar Christlichsozialen habe ich gesagt, sie sollen auch hingehen und ihre Plakate sollen auch aufgehängt werden (Lebhafte Heiterkeit. — Zwischenruf: „So objektiv ist der Pichler!“), weil das richtig ist. Ist die Apotheke des Herrn Rönig ein Agitationslokal, dann für alle oder für gar keinen. Es muß ein jeder von uns seine Medikamente genau so zahlen, wie sie die Deutschnationalen zahlen. Wir geben zu, daß ein jeder der Partei angehören kann, welcher er will, daß ein jeder so sein kann, wie er will, aber in einer Apotheke, wo ein jeder hingehen muß, wie das bei Herrn Rönig der Fall ist, ist diese Sache nicht am Platze. Das ist meine Auffassung, und mir kommt die Sache geradeso vor, hochgeschätzter Herr Kollege Hornik, als wenn man in einer Gemeindestube, im Vorhaus einer solchen oder in einer Polizeistube Propaganda für einen deutschnationalen Turnverein machen würde. Ich muß zur Gemeinde gehen, ich muß auf die Polizei gehen, auf die Bezirkshauptmannschaft, aber ich brauche zu keinem Geschäftsmann gehen, zu dem ich nicht will, weil genügend andere vorhanden sind, wo ich meine Waren beziehen kann. Das ist mein Standpunkt, von dem ich nicht abweiche. Ich habe Herrn Kollegen Hornik gesagt, wir werden in Bruck keinen Terror ausüben, sondern wir werden nur dafür sorgen, daß eine zweite Apotheke herkommt, damit die Leute, die nicht der Gefinnung des Herrn Apothekers Rönig sind, sich nicht anfleghen lassen müssen. Da ist die Sache ganz einfach und sehr deutlich, dagegen

kann man nichts sagen und muß es als Recht empfinden, weil ich mir sage, daß ich als kranker Mensch in eine Apotheke oder zum Arzt nur hingehbe, um meine Not zu stillen, und, soweit auch das Jugendamt oder sonstige Ämter in Betracht kommen, ich es mir nicht gefallen zu lassen brauche, daß in diesen Lokalen Parteipropaganda betrieben wird.

Nun, noch etwas, hohes Haus! Bei diesen vielen Beschwerden, die hier gerade von Herrn Kollegen Hornik in Bezug auf die schlechte Behandlung vorgebracht wurden, komme ich auf die Behandlung des Kapitels „Subventionswirtschaft“ überhaupt zu sprechen. Am allerschönsten wäre es, wenn es gar keine Subventionen geben würde, aber, hochgeschätztes Haus, meine Damen und Herren, dann müßte es öffentliche Körperschaften geben, wo Vereine oder Körperschaften, die im öffentlichen Interesse fruchtbare Arbeiten leisten, die Existenzmöglichkeit geboten wird. Schauen Sie sich die alten Rechenschaftsberichte an. Die Südmärk hat immer eine Subvention erhalten, und da bin ich erst im Jahre 1924 daraufgekommen, daß die Südmärk Jahr für Jahr in Bruck immer ihr Holz, das ganze Heizmaterial und die Beleuchtung von der Gemeinde bekommen hat, ohne daß es jemandem eingefallen wäre, dagegen Sturm zu laufen. Die Sozialdemokraten haben sogar zugestimmt, daß die Südmärk alle diese Sachen bekommen hat. Schauen Sie einmal nach Breitenau oder Pernegg oder sonst wohin, wo Ihre Partei am Ruder ist, da passiert das nicht, und es wäre notwendig, daß gerade dort in Bezug auf das Kapitel der Kindererziehung und des Jugendwesens Wandel geschaffen würde, wo so schon so vieles Unheil angerichtet worden ist, und zwar durch Einrichtung von Jugendämtern in allen diesen Orten. Dann aber dürfen Sie nicht in den Bezirksverwaltungsausschüssen beantragen, daß die Einnahmen aus der Lohn- und Gehaltsabgabe nur für Straßenbauten da sind und nicht für die Jugendämter. Und wenn wir heute von Subventionen sprechen, da möchte ich bei diesem Kapitel die Frage aufwerfen, es waren da vorgestern Zwischenrufe, daß man den Christlichsozialen so wenig gegeben hat an Subventionen. Schauen Sie, wie der katholische Volksbund angesucht hat um eine Subvention, bin ich in den Pfarrhof von Bruck hinausgegangen und habe dem Kaplan dort gesagt, zeigen Sie mir einmal Ihre Bibliothek. Aber wenn man in einer Bibliothek lauter Familien- und St. Josefs-Kalender hat, für eine solche Bibliothek habe ich keine Subvention gegeben. Ich verstehe unter einer Bibliothek wirklich Bücher bildenden Inhalts, damit sich die Leute über die Ereignisse im laufenden halten können. Das sind Dinge, über die man sprechen muß. Die Arbeiterbibliothek, die 20 Millionen Kronen als Subvention erhalten hat, die zählt heute 6000 Bücher, die hat Freund und Feind schon angeschaut, es waren Bürgerliche aller Richtungen drinnen, haben die Bibliothek angeschaut, und sie kostet uns, wie sie heute liegt und steht, hübsch einige hundert Millionen Kronen. Die Arbeiterschaft hat sehr schön geblutet, und ich sage es offen, ich habe stark geschnorrt, um dieses Werk zuwege zu bringen. In dieser Bibliothek gibt es kein Buch eines großen Dichters der deutschen Nation oder der heutigen Gesellschaft, das nicht

vertreten wäre. Wir kaufen laufend Monat für Monat um Millionen Bücher, und deshalb haben wir es in Bruck zuwege gebracht, wie selten wo in Österreich, daß unsere Bibliothek 1300 regelmäßige Leser hat. Wenn die Frauen mit ihren Einkaufstaschen auf den Markt gehen, dann gehen sie auch in die Bibliothek und holen sich dort ihre Bücher, die Männer kommen abends, es ist eine Einrichtung, die von so und so vielen Menschen benutzt wird. Das ist eine Arbeit für das deutsche Volk, die da geleistet wurde, dadurch kommt das deutsche Volk zur Geltung und da finden Sie auch Bücher aller Parteischaffierungen vertreten. Eine Eschstruth oder Courths-Mahler haben wir natürlich hinausgeworfen und haben dafür Bücher hineingenommen, die zwar sehr teuer waren, aber wirklich lesens- und wissenschaftlich sind. Ich spreche das in der Anwesenheit des Herrn Kollegen Hornik, stehe also unter bestimmter Kontrolle, er wird aber kaum in der Lage sein, mir in Bezug auf diese Bibliothek der Arbeiterschaft das streitig zu machen, was ich gesagt habe. Ich habe mir auch über die Bücherei der Südmarch berichtet lassen, ich weiß, daß die Südmarchbücherei in Kapfenberg am Dachboden aufbewahrt wird, ich habe meinen Bibliothekar hingeschickt, damit er schaut, ob man nicht doch ein paar Bücher dort um billiges Geld haben könnte. Die Bücherei der Südmarch in Bruck leidet sehr schwer an Geld, wir haben aber sehr große Kapitalisten in Bruck, wir haben ein zahlreiches Bürgertum, so viele Geschäftsleute, was wäre da natürlicher, als daß das deutsche Bürgertum nicht bloß mit Worten, sondern mit Taten diese Bücherei so ausgestatten würde, daß sie die schönste weit und breit wäre. Dann würden unsere Leute zu Ihnen kommen, und nicht umgekehrt. Für unsere Bücherei haben wir nun 20 Millionen Kronen bewilligt, und es ist ja leicht begreiflich, denn diese Bücherei hat eine große Vanzahl, ist den ganzen Tag offen, muß einen Bibliothekar bezahlen, sie braucht also viel mehr Mittel zur Erhaltung, Beleuchtung, Beheizung usw., als die Südmarchbücherei. Sie hat auch viel mehr Leser als die Südmarchbücherei, viel mehr Bücher, man muß sich daher sagen, was wird dort und was wird da geleistet. Eine zweite Subvention, die auch in allen Zeitungen bekräftigt wurde, war die Subvention an den Verein der Kinderfreunde, und zwar aus dem Grunde, weil wir uns dachten, daß eine öffentliche Körperschaft die Verpflichtung hat, an den Kindern das gutzumachen, was der Krieg an ihnen verbrochen hat. Wir haben eine Körperschaft, die dafür sorgt, daß die Kinder mehr Luft bekommen, wir haben beispielsweise vom Verein „Kinderfreunde“ in Bruck eine Filiale, die im vorigen Jahre 118 Kinder in Erholungsstätten geschickt hat, und daß man eine derartige Organisation subventioniert, ist selbstverständlich. Wir haben auch den Turnverein subventioniert, aber das Beispiel, das Herr Abg. Hornik angeführt hat, war umgekehrt wie bei der Bücherei. Wenn beim Turnverein weniger Geld gegeben wurde, so lag ein Grund auch darin, daß fast die ganzen deutschen Bürger in Bruck Mitglieder des Turnvereines sind, und sie würden ja nur in die Westentasche hineinzugreifen brauchen und der deutschnationalen Turnverein hätte so viel Geld, daß er auf eine Unterstützung nicht allzusehr angewiesen

wäre, aber der Arbeiterturnverein besteht nur aus armen Teufeln, die nur ihre kargen Löhne haben, keine unterstützenden Mitglieder haben und ihre Geräte aus eigenen Vereinsmitteln anschaffen müssen. Von wo sollen die Arbeiter das Geld aufbringen, um sich teure Geräte anzuschaffen, da halte ich es auch für unsere Verpflichtung, es auch der arbeitenden Bevölkerung zu ermöglichen, Sport und Körperpflege zu treiben. Und nun zur Kritik in Bezug auf die Feuerwehr. Herr Kollege Hornik hat auch weiter gesprochen über die Feuerwehr, den Deutschvölkischen Turnverein und den Republikanischen Schutzbund. Es ist richtig, daß der Bezirksverwaltungsausschuß dem Republikanischen Schutzbund eine Subvention, aber nicht von 10, sondern von 6 Millionen Kronen für das Jahr 1924 und für 1923 von 3 Millionen Kronen gegeben hat. Nun, wie verhält sich aber die Sache? Eines schönen Tages erfuhr ich als Bürgermeister, daß sich der Deutschvölkische Turnverein angeboten hat, als Mitglied der Feuerwehr beizutreten, es sollte in irgend einer Form der Anschluß ermöglicht werden. Und da weiß ich, wie die Geschichte geht. Ich kann mich auf eine Versammlung in Mariazell im Jahre 1919 erinnern, wo ich das erste mal als Referent hingekommen bin, und da ist die Feuerwehr ausgerückt und hat uns mit Wasser besprüht, damit wir davongehen sollen. Ich konnte aber das Gnadenwasser doch nicht ohneweiters über mich ergehen lassen. Denn ein Mensch, der solche Erfahrungen hat, denkt sich, wenn der Deutschvölkische Turnverein, wo 70 Prozent Hakenkreuzler sind, wie wir es in der letzten Versammlung wieder gesehen haben, und die Feuerwehr doch vollständig unpolitisch sein soll, es unternimmt, dort hingehen zu wollen, da muß man sich die Sache doch überlegen und sagen, wenn sich die Feuerwehr vergrößern will, dann soll sie eine Werbekampagne machen und an die Bevölkerung herantreten, damit der Feuerwehr hilfsbereite Menschen beitreten. Die Gemeinde muß den größten Teil der Kosten tragen und es ist ihr Recht, zu wissen, wie die Feuerwehr zusammengesetzt ist. Und dann ist zu bedenken, daß, wenn der Deutschvölkische Turnverein beitrifft, auch der Arbeiterturnverein erklären wird, der Feuerwehr beizutreten, aber dann wird sicher erklärt werden, so viele können wir nicht brauchen. Ich kann nur das eine nochmals sagen, die Feuerwehr ist zum Löschen da und nicht ein Agitationsboden für den Deutschvölkischen Turnverein. Nachdem ich soviel verrissen wurde, muß ich doch alles ans Tageslicht führen, denn es ist unbedingt notwendig, daß diese Sachen besprochen werden. Der Republikanische Schutzbund und seine Statuten wurden behördlich genehmigt. In diesen Statuten steht es, daß er bei Gefahren, bedrohlichen Wassergefahren, bei Feuersgefahren herangezogen werden kann. Nun, Herr Kollege Hornik, diese Hilfe kostet im Jahre 6 Millionen Kronen, und ich wäre dumm, wenn ich sie nicht annehmen würde, insbesondere dann, wenn man von der anderen Seite hört und liest, wie von Vereinen und Industriellen die Heimwehrorganisationen unterstützt werden, wie viele Millionen Kronen ausgegeben werden, um diese Heimwehrorganisationen aufzupappeln, und wenn man dann in den Zeitungen liest, daß der Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen und

der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Alhrer zu Heimwehrausrückungen fahren, um dort eine Parade der Infanterie zu Fuß, da eine der anderen hoch zu Ross abzuhalten; der Herr Landeshauptmann hat uns ja wiederholt gesagt, die Heimwehren sind nur dazu da, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. (Riemooser: „So ist es!“) Ja, das sagen Sie, aber auf der anderen Seite hören wir, daß der Hauptmacher der Heimwehren in Wohnungen einbricht und die Möbel hinausräumen läßt. Wir haben doch in Österreich Gendarmerie, Polizei und Militär, und ich bin fest überzeugt, daß sich die Verhältnisse bereits soweit gebessert haben, daß es mit der Zeit möglich sein wird, alle privaten Selbstschutzorganisationen abzubauen und ohne ihnen das Auslangen zu finden, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Wir werden aber den Republikanischen Schutzbund halten, bis auch die Heimwehren abgebaut sind, denn wir wissen ja, was in Deutschland vorgegangen ist. Glauben Sie, daß wir so dumm sein werden, unsere Organisationen aufzulösen? Wir werden sie also in Österreich solange halten und verteidigen, bis unsere Rechte nicht mehr gefährdet erscheinen. Das ist für uns eine sehr wichtige Frage. Ich habe mir erzählen lassen, daß bei diesen Heimwehren einige Leute dabei sein sollen, die noch nicht vergessen haben, schöne Buckerln zu machen, wie seinerzeit vor Erzherzogen und Erzherzoginnen, wo man die Möglichkeit gehabt hat, als Adelige bei Hof erscheinen zu dürfen. Es gibt eben Menschen, die es nicht verzeihen können, daß die Monarchie nicht mehr vorhanden, sondern an ihre Stelle die Republik getreten ist. Ich muß offen sagen, so lange es möglich ist, daß in gesetzgebende Körperschaften eines Landes Monarchisten gewählt werden, so lange ist die Republik nicht sicher. Ich weiß ja, wie man früher behandelt worden ist, ich habe auf politischem Gebiete ziemlich viel Erfahrung, wir sind als Sozialdemokraten gute und anständige Menschen, wir behandeln alle, als ob nichts gewesen wäre. Sie scheinen aber zu vergessen, die Situation der Jahre 1918 und 1919, wo die sozialdemokratischen Vertrauensmänner auf der Bahn standen, in den Städten und Dörfern Nacht für Nacht mit ganz wenigen Bürgerlichen. In Bruck ist die ganze Bezirkshauptmannschaft bis zum letzten Beamten zum Teufel gegangen.

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, Herr Abg. Pichler, einen Moment zu unterbrechen. Ich höre, daß die Galerie sich in die Verhandlungen einmengt. Ich werde, wenn das noch einmal vorkommen sollte, sofort die Galerie räumen lassen. Ich bitte, fortzusetzen.

Pichler (fortfahrend): Wir haben unter Hintanhaltung des eigenen Lebens den Soldaten Handgranaten und Gewehre weggenommen, haben Lebensmittel und Geld aufgebracht, um die Soldaten nach Hause zu bringen, damit nichts geschieht. Und als Kaiser Karl durch Bruck durchgefahren ist in diesen kritischen Tagen, da hat dieser Mensch — er ist tot und über Tote redet man nichts — in der historischen Sache, die sich in Bruck abgespielt hat, nur der Opferwilligkeit der Vertrauensmänner in Bruck es zu verdanken gehabt, daß die Sache glatt gegangen ist. — Wir haben

eine Mauer gestellt durch vier Stunden, Kriegsinvalide sind gestanden, nicht einer, sondern Duzende, haben geflucht, haben uns beschimpft und besudelt, weil wir versucht haben, sie zu beruhigen. Wir haben das getan im Interesse der Bevölkerung, weil es unser Wunsch war, daß der Mensch endlich hinauskommt, damit Ruhe in die Republik einkehre. So lange es noch Menschen gibt, die noch dem Habsburger-Geschlecht nachhängen und für dasselbe arbeiten, brauchen wir den republikanischen Schutzbund. Deshalb ist es keine Schande und kein Verbrechen, wenn der Bezirksverwaltungsausschuß von Bruck 6.000.000 K gegeben hat zum Schutze der Republik, der Stadt Bruck und aller arbeitenden Menschen. Man muß verstehen, die Dinge objektiv zu beurteilen und zu betrachten.

Wir haben in Bruck, obwohl die sozialdemokratischen Arbeiter die erdrückende Mehrheit haben, im Bezirksverwaltungsausschuße sehr großes Verständnis für die Landwirtschaft aufgebracht. Ich werde mich bemühen, die Abrechnung des Bezirksverwaltungsausschusses auseinanderzusetzen. (Prisching: „Ich freue mich schon darauf!“) Aus dieser Abrechnung für das Jahr 1923 werden Sie sehen, daß beispielsweise die Stadtgemeinde Bruck bis jetzt die einzige in der weiten Umgebung es ist, die, um den Kleinhäuslern zu helfen, aus eigenen Mitteln einen Stier angeschafft hat, damit alle Kleinhäusler ihre Kühe dem Stiere zuführen können, ohne fürchten zu müssen, dazu nicht die Möglichkeit zu haben. Wir haben dem Bezirksverwaltungsausschuße 20 Millionen Kronen Subvention und 20 Millionen Kronen Darlehen für den Murbodener Zuchtverein gegeben. Schauen Sie, wir sind auf diesem Gebiete gerecht und haben Verständnis, nur dürfen Sie nicht vergessen, wir sind nicht am Monde aufgewachsen, sondern zu 99 Prozent draußen am Lande, haben das Elend der Kleinhäusler kennen gelernt. („Oho“-Rufe!) Oh ja, weil es in Kärnten nur Kleinbauern gibt. Ich kenne das Elend jener Keuschler, welche sieben, acht Kinder haben, von denen sechs in der Fabrik arbeiten und nur das siebente Kind die Keusche aufrecht erhält. Diese Leute wissen wir zu berücksichtigen. Ich denke an den Aldmonker Stier, der nicht immer zur Verfügung gestanden ist. Ich erinnere an die alten Dinge und ich denke, ich will nicht so schlecht sein, wie die anderen, als Obmann des Bezirksverwaltungsausschusses und als Bürgermeister. Ich gebe das, was gegeben werden muß. Das habe ich bis jetzt gegeben und werde es auch in Zukunft geben. Wir arbeiten ganz gut zusammen, nur darf man die Sache nicht so deichseln, daß für eine Seite alles und für die andere nichts gegeben wird. Früher hat man von Kinderfürsorge nichts gewußt. Heute wissen wir, daß diese Dinge auch existieren, und weil wir es wissen, fragen wir Sorge, und Sie sehen, die Akten sind auf dem Tisch ausgebreitet, wenn jemand eine Anfrage in Bezug auf die Abrechnung wünscht, ich bin heute und morgen noch bereit, in ausgiebigem Maße Aufklärung zu geben. Ich möchte mich verwahren, daß man immer wieder und wieder darauf hinausgeht, Menschen, weil sie aus dem Arbeiterstande in die Körperschaften eingedrungen sind, zu beschuldigen, daß sie das schlechteste wollen. Das muß ich sagen, wer immer

behauptet, daß der andere schlimmer ist, muß selbst so sein. Anders sind die Dinge nicht möglich. Ich möchte bitten, daß diese Art Politik, wie sie in Obersteiermark von sozialdemokratischen Bezirken und Gemeinden geleistet wird, auch bei anderen geleistet werden möge. Schauen Sie das Einlegerwesen an, das heute noch existiert. Ich war gestern in der Oststeiermark. Dort hört man noch Dinge auf diesem Gebiete, daß einem die Haare zu Berge stehen. Trotz des Deutschtums und des Christentums ist es nicht weit her mit der Fürsorge für das Alter. Da werden die Bezirksverwaltungsausschüsse noch viel tun und die Mittel geben müssen, um gemeinsame Versorgungshäuser zu errichten, wo der alte Hascher und das alte Mutterle auf ihre alten Tage nicht das Einlegerwesen, sondern ein anständiges Heim und anständiges Essen haben. Das ist das wenigste, was der arbeitende Mensch von heute verlangen kann. Ich lade Sie ein, machen Sie eine Exkursion nach Bruck und schauen Sie sich das Bürger-versorgungshaus an, reden Sie mit den Zöglingen dort, was die Leute sagen. Und dann schimpfen Sie über die sozialdemokratische Gemeindepolitik. Das kostet Geld, dafür muß man Umlagen einheben. Aber, bevor die alten Männer und alten Frauen hungern, lieber werde ich mit den Vertrauensmännern Tag und Nacht herumlaufen, damit die Mittel aufgebracht werden. Ich komme viel hinaus in ländliche Gebiete in Obersteiermark und auch in andere Orte, ich interessiere mich für diese Dinge, und da meine ich, daß es Pflicht des Landes und der Bundesregierung wäre, wenn Sie auf einer Seite behaupten, wegen der Sanierung die Altersversorgung nicht durchführen zu können, daß wir in Steiermark versuchen, auf diesem Gebiete die Dinge zu ändern. Es gibt auch Versorgungshäuser in Gemeinden, fragt nur nicht, wie sie beschaffen sind. Es ist ein Skandal, daß man wagt, Menschen derartige Dinge zu bieten, und da möchte ich Ihnen das Gewissen schärfen und Sie bitten, dafür zu sorgen, daß etwas unternommen werde. Ein Bezirksauschuß kann es nicht, aber eine Reihe von Bezirksauschüssen bringen es viel leichter zuwege. Breitenau zum Beispiel muß ein Armenversorgungshaus haben, Pernegg, Bruck, wir haben 94 Zöglinge, für die wir arbeiten, damit es ihnen nicht schlecht gehe. Aber glauben Sie nicht, daß man die Dinge so meistern könnte? Und reden Sie mit den alten Leuten, die ins Siechenhaus nach Rindberg sollen. Vor mir sind in Bruck die alten Leute auf den Knien gelegen und haben gebeten, bitte, laßt mich da, nicht ins Siechenhaus, laßt mich die paar Tage noch da, ich weiß, ich komme nur ins Siechenhaus, wenn meine letzte Stunde gekommen ist. Dafür Verständnis und Geld aufzubringen, muß möglich sein, wenn alles zusammengeht, bezirksweise große schöne Bürgerversorgungshäuser, Altersheime zu schaffen, wo die alten Leute ein anständiges Obdach, halbwegs ein Essen haben und wo sie wissen, daß sie versorgt sind. Die alten Vaterln und Mutterln gehen gern arbeiten, sie gehen hinaus, arbeiten, tun, was möglich ist, sie sagen, bitte, können wir nicht Arbeit haben, aber dann sind sie wieder froh, wenn sie wissen, sie sind versorgt, aber nicht, daß der Fall passiert, wie wir es viermal in kurzer Zeit erlebt

haben, daß man alte Leute so lange im Stallgebäude liegen läßt, bis ihr Körper verfault ist und der Arzt nicht mehr Rettung bringen kann. Hier ist es Pflicht des Landes, dafür zu sorgen, daß derartige Dinge nicht möglich sind. Wenn ich über dieses Kapitel spreche, so geschieht es hauptsächlich deshalb, weil ich sehe, daß die Gemeinden auf die Dauer diesen Ansprüchen nicht gewachsen sein werden, weil es unmöglich ist. Eine Gemeinde wie Bruck, die ein Elektrizitätswerk, ein Sägewerk, eine Tischlerei und die Forste hat, die hat es leichter, aber es gibt andere Gemeinden, die diese Betriebe nicht haben, und wo immer mehr alte Leute herankommen. Was soll in Neuberg werden, wo der Castiglioni und andere Herren 600 Arbeiter auf das Pflaster geworfen haben, weil der Betrieb sich nicht rentiert hat? Die alten Leute, die 50, 60 Jahre alt sind, werden nirgends mehr aufgenommen. Krankengeld kriegen sie keines, weil sie nicht krank sind, Arbeitslosenunterstützung sehr wenig. Wovon sollen die Menschen leben? Die öffentlichen Körperschaften haben die Verpflichtung, hier einzugreifen, damit die Menschen nicht zur Verzeiung gezwungen werden. — Man muß über das Arbeitslosenproblem sprechen, man bewilligt nur 300 Millionen Kronen und in einem einzigen Orte sind 600 Menschen durch einen Federstrich auf die Straße geworfen worden. Diese Leute haben ihre Hütten, ihr bißchen Besitz dort, haben 30, 40, 50 Jahre dort gelebt und heute stehen sie vor dem blanken Hunger, dem nackten Elend und vor der Verzeiung. Was soll mit den alten Menschen geschehen? Die jungen gehen fort, suchen sich Arbeit. Aber was sollen die alten Menschen machen? Die bekommen keine Arbeit mehr. Alle diese Menschen, die aus den Betrieben hinausgeworfen werden, bevölkern heute die Straße. In Bruck haben wir seit 1. Jänner laufenden Jahres bis heute 2178 durchreisende Menschen gehabt. Von diesen Menschen haben 2000 das Mittagessen und das Nachtmahl durch die Stadtgemeinde Bruck bekommen. Das sind Leistungen, die wir vollbringen. Jeder bekommt ein Nachtquartier. Es ist wohl auch ein bißchen Egoismus dabei. Es würden sich zu viele Menschen ansammeln und wir wären nicht imstande und das kann man auch von einer Gemeinde nicht verlangen, daß sie alle diese Menschen auf die Dauer versorgt. Wir tun so viel als es uns möglich ist, um diese Durchreisenden vor dem Ärgsten zu schützen. Im Bürgerversorgungshaus gibt es jetzt auch eine viel bessere Kost, Frühstück, Mittagessen und Abendessen. In verzweifelten Fällen helfen wir einfach mit Geldaushilfen aus. Wir müssen außerdem alten Leuten, die nicht gehen können, fuhrkrank sind, ins Spital gehen wollen und keinen Platz dort mehr bekommen, eine Fahrkarte kaufen, sie werden auf die Bahn geführt und fahren weiter, damit sie wenigstens nicht Gefahr laufen, auf der Straße zusammenzubrechen. Denken Sie sich in das ganze Elend hinein und Sie werden dann unseren Standpunkt, unser Verhalten, unsere scharfe Kritik viel leichter begreifen als heute. Wir haben in Obersteiermark eine Art Etappendienst in dieser Weise eingerichtet, Bruck gibt die Gelder bis Märzzuschlag, Märzzuschlag gibt sie weiter, dann geben wir auch in der Richtung nach

St. Michael usw. Wir haben das Sicherheitswesen stark gefördert, weil der Mensch, wenn er etwas zu essen hat, wenigstens Suppe und ein Stück Brot bekommt, dann nicht so leicht dem Verbrechen in die Arme getrieben wird. Wenn der Mann nicht so heruntergekommen ist, kriegt er auch leichter eine Arbeit und wir erhalten dadurch viele Menschen als Glieder der heutigen Gesellschaft, die sonst dem Verbrechertum preisgegeben wären. Wo, frage ich Sie, wo hat es das früher gegeben? Man arbeitet und denkt nicht daran, daß bis zum Umfalle derartige Einrichtungen nicht bestanden haben. Die Verpflegsstationen waren da. Ich sage aber, Gott der Herr bewahre mich und behüte mich vor einer Verpflegsstation alten Stils. Ich kenne diese guten Einrichtungen. Man ist nachmittags hingekommen, hat bis abends gewartet, dann hat man eine blaue Suppe, die alle Farben gespielt hat, bekommen und da waren manchmal Bohnen darinnen, wenn man die an die Mauer geschmissen hat, war Schnellfeuer. Da hat man nun den ganzen Tag verpaßt, hat nächtigen müssen, aber Arbeit hat man keine gekriegt, da hat man schon ein großes Glück haben müssen. Wir sind in weitem Bogen diesen Verpflegsstationen ausgewichen und ich war einer der ersten, der gesagt hat, Schluß mit dieser schönen Einrichtung der alten Ordnung. Es wird aber etwas Neues in diesem Sinne geschaffen werden müssen und wir haben einen diesbezüglichen Antrag eingebracht, daß Herbergen, allerdings in anderem Sinne, eingerichtet werden als früher. Herbergen, wo das Land einen Teil der Kosten beitragen soll, denn wie soll eine einzelne Gemeinde auf die Dauer diese Kosten tragen? Es ist deshalb notwendig, daß das Land beihilft, derartige Arbeit zu schaffen im modernen Sinne, um den Menschen wirklich, wenn sie in Not und Elend sind, wenn sie uferlos sind, eine Unterkunft zu geben, wo sie sich die Kleider trocknen können, damit nicht das passiert, was wir im Krankenhaus in Leoben finden können. Da finden wir Arbeiter der Alpine, die in ihren Betrieben arbeiten, die im Freien übernachten, weil sie keine Wohnung bekommen können, oder bei Bauern auf dem Heuboden schlafen, die nie ihre Kleider trocknen können und sich dadurch schwere Gichtleiden zugezogen haben und diese Leute finden Sie im Spital in Leoben bis zu 12 Menschen, die schwer gichtleidend sind, ganz junge darunter, 17- und 18jährige Burschen, die erkrankt sind, weil sie weder Wohnung noch Hirt haben. Das passiert einem Menschen der Arbeit. Was ist aber nun mit den Menschen, die arbeitslos sind, die man überall abwimmelt? Besonders in der schlechten Winterszeit müssen diese doch ganz verzweifeln. Ich möchte deshalb bitten, daß der Frage dieser Herbergen seitens des steiermärkischen Landtages und besonders seitens der Landesregierung das größte Augenmerk zugewendet wird. Ich möchte bitten, daß Sie die Arbeitslosenfrage auch als Vertreter der bäuerlichen Bevölkerung von einem anderen Standpunkte auffassen. Es ist richtig, es gibt vielleicht keine Stadt, wo gegen Halodri, gegen Trunkenbolde so scharf vorgegangen wird, wie in Bruck. Sie werden mir nicht nachweisen können, daß Sie eine Stadt finden, die so scharf gegen Trunkenbolde vorgeht, wie die Stadt

Bruck, wie ihr Bürgermeister. Für einen Besoffenen, der Krawall macht, ist das billigste 300.000 K oder 48 Stunden Arrest, wenn er erwischt wird, weil ein Mensch, der besoffen ist, der sauft, gewöhnlich auch zahlen kann. Da habe ich schon manchen Bürgerlichen erwischt, denen habe ich auch eine Million Kronen aufgedippelt, weil ich auf dem Standpunkt stehe, gleiches Recht für alle. (Heiterkeit.) Wir haben dabei die besten Herrschaften schon erwischt. Voriges Jahr habe ich aus dem Kapitel allein 34 Millionen Kronen eingenommen. Dabei ist das keine Strafe, es ist das eine ganz hübsche Einnahme. Ich sage jedem, was ist dir lieber, Bezirksgericht oder freiwilliger Sühnebeitrag, und zum Schluß überlegen sie sich alle und geben den Armen der Stadt Bruck. Auf die Art zeigen wir ebenfalls, daß wir viel Verständnis als Verwalter von Gemeinden auf diese Weise haben, und was Ruhe und Ordnung anbelangt in der Stadt Bruck, da bin ich stolz darauf. Wir sind da nicht fein, wenn innerhalb des Alkoholverbotes durch die Bezirkshauptmannschaft so etwas passiert, und das hilft. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß man den besoffenen Haderlumpen nicht unterstützen soll. Es ist notwendig, daß da eingegriffen wird, und wenn ich das erzähle, so tue ich das deshalb, um das falsche Bild, das man von der Stadtgemeinde Bruck hat, verschwinden zu lassen. Ich hoffe, am heutigen Tage durch meine Ausführungen dazu beigetragen zu haben. Es gibt allerdings verstockte Menschen, die absolut sich nicht bekehren lassen, die schlechter sind als der ungläubige Thomas. Aber dem nicht zu helfen ist, der wird links liegen bleiben. Ich bin überzeugt, daß alle aufrichtigen Menschen sagen, es ist anders, wie wir es uns vorgestellt haben, und so mancher wird vielleicht nimmer über Bruck so urteilen wie bisher. Ich meine wenigstens, daß ich diesen Zweck erreicht habe.

Ich habe jetzt einige Punkte des Budgets des Landes herausgegriffen. Ich habe über die Gemeinden ziemlich ausführlich gesprochen. Ich möchte aber noch auf einige Punkte des Landesbudgets zu sprechen kommen, und zwar deshalb, weil es in Steiermark eine Vertretung gibt und das sind die Bezirksverwaltungsausschüsse, die vom Bunde keine Zuschüsse erhalten und für die leider auch das Land Steiermark nichts übrig hat. Ich will hier ein paar Beispiele herausgreifen. Der Finanzausschuß des Landes hat dem Bezirksverwaltungsausschuß in Bruck 200 Millionen Kronen zugesichert für den Brückenbau in Murnitz. Schon damals, wie wir die 600 Prozent Umlagen bewilligt erhalten haben, hat das den Gesprächsstoff gebildet. Es hat viel Arbeit gekostet, um den Leuten begreiflich zu machen, daß diese Brücke übernommen werden muß. Wir wollen in Murnitz und Pernegg zwei Brücken bauen. Die eine, die bereits durch den Bezirksverwaltungsausschuß bewilligt wurde, kostet 2-2 Milliarden Kronen, eine Betonbrücke, weil es der größte Unsinn ist, eine Holzbrücke herzustellen, und da fragt kein Teufel, von wo der Bezirk das Geld hernimmt. Die Bezirksverwaltungsausschüsse wurden neu geschaffen. Wir haben ein Gesetz beschlossen, wo die Bauernbündler lange Reden über die Verfassungsfrage gehalten haben, über die Demokratie in der Zusammensetzung der Bezirksverwaltungsausschüsse. Wir

sind alle im Verhältnisse der Stärke der Parteien darin vertreten. Wir haben in Bruck die Mehrheit und wir werden in die Lage kommen, für die Öffentlichkeit unser Bestes zu leisten. Soll ich als Obmann des Bezirksverwaltungsausschusses stehen gehen? Ich kann nirgends die Gelder hernehmen für eine Brücke, die 2-2 Milliarden Kronen kostet und für die zweite Brücke in Mautstadt, die ebenfalls über eine Milliarde kosten wird. Der Gutsbesitzer M a n n - M e l n h o f erklärt, er übernimmt keine Verantwortung mehr, da kommt eben dann der Bezirk zum Handkuß. Die andere Brücke haben wir von der Herrschaft Lippitz übernommen. Ich weiß nicht, wie es damit steht, ob die Steweag den Bau des großen Kraftwerkes Bruck-Mignitz heuer noch beginnen wird, ich glaube aber nicht, und da hapert es wieder an Geld. Aber, wenn die Steweag bauen würde, wäre der Bezirk eine große Sorge los, weil die Steweag die Brücke sehr notwendig dann brauchen würde für ihre Zwecke. Es schaut aber so aus, als wenn daraus nichts werden sollte. Die Brücke ist aber derart schlecht, daß sie gemacht werden muß. Wir haben nun für die Brücke von Herrn Lippitz 9000 Gollkronen, da müssen wir aber noch mit anderen Interessenten verhandeln und 700 Millionen Kronen aufbringen. Wir werden sie auf zwei Jahre verteilen, ganz bestimmt, aber 350 Millionen Kronen sind auch kein Pappenspiel. Dann kommt die Brücke in Mautstadt daran, die auch nicht besser ist und dann kommt das berückigte Straßenelend. Auf die Tragöferstraße haben wir im vorigen Jahre 800 m³ Schotter hingegeben und heute sehen Sie nichts mehr davon. Der Bezirksverwaltungsausschuß brauchte im vorigen Jahr über 4000 m³ Schotter, wo kommt dieses Geld her? Und da sagen die Bauernbündler: „Ja, die Gemeinde- und Bezirksumlagen in Bruck sind zu hoch. Die Brucker Bauern müssen so viel zahlen.“ Aber ich kann nichts dafür, Herr Landesrat Winkler, daß man 10, 12 Jahre in der Straßenpflege absolut nichts unternommen hat. Die Oberdorfer Magnesitindustrie, eines der größten Werke, war es, daß die Tragöferstraße zugrunde gerichtet hat. Diese Magnesitindustrie war aber absolut nicht zu bewegen, irgend einen Interessentenbeitrag zu leisten, und Sie können mir glauben, Herr Landesrat Winkler, ich bin nicht faul beim Geld, wo etwas zu nehmen ist. Herr Landesrat Paul wird es mir bestätigen können, wie schwer es ist, Interessentenverhandlungen wegen Straßenbeiträgen zu führen und wie schwer es ist, solche Beträge zu bekommen, wo es sich oft nur um ein paar dalkerte 1000 Kronen handelt. (Winkler: „Dann müssen wir halt ein neues Gesetz bekommen, aber so geht es auch nicht, daß die Straßen, die von der Industrie zugrunde gerichtet werden, von der Grundsteuer bezahlt werden!“) Ja, die Straßen müssen hergerichtet werden, aber ohne Geld keine Musik, ohne Schotter keine Straßen und ohne Geld kein Schotter. Wir müssen einmal deutlich miteinander reden und da meine ich, ich habe etwas gehört, nämlich die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube, es werde seitens des Landes Steiermark etwas unternommen, es sei geplant, ein großes Investitionsdarlehen aufzunehmen, beziehungsweise man frage sich mit den Gedanken, dem Dr. Z i m m e r-

m a n n soweit Vernunft beizubringen, er solle von dem Darlehen, was noch übrig ist, dem Lande etwas abtreten, damit die verlotterten Straßen und Brücken, kurz alles, was kaputt ist, endlich einmal hergerichtet werden können. Der letzte Voranschlag des Bezirksverwaltungsausschusses für 1924 beträgt 4 Milliarden Kronen, 1½ Milliarden Kronen nicht ganz sind bedeckt, das andere ist Abgang. Die Brücken, sowie die Straßen dulden keinen Aufschub mehr, aber der Herr Finanzdechant hat kein Geld, Landesrat Paul sagt, er hat auch keines und nach dem letzten Ergebnisse der verschiedenen Steuern auch nicht der Herr Prälat Seipel. Und andererseits kommen die Leute zum Bezirksverwaltungsausschuß von Bruck und machen uns jeden Tag einen Krawall. Da streiten wir uns, daß es höher nicht mehr geht, weil ich ohne Geld keine Straßen herrichten kann. Ich möchte den Herrn Landesrat Paul bei dieser Gelegenheit sehr bitten, und er wird mir bestätigen, ich bin nicht faul, ich greife ein, wenn wo was fehlt, es gibt keinen Winkel im Brucker Bezirk und kein faules Straßengeländer, das ich nicht kenne. Ich nehme eine Funktion nicht an, die ich nicht auszuüben vermag, aber ich geniere mich jedesmal, wenn ich auf diese Straßen hinauskomme, nach Straßeneck oder hinein nach Tragöß in das letzte Loch bei Laming. Überall schauen die Straßen gleich schlecht aus. Wir haben uns an das Land gewendet und haben zur Antwort bekommen, wir haben kein Geld, für die produktive Arbeitslosenfürsorge hat man kein Geld. Wir haben uns an den Bund gewendet — kein Geld. Schauen Sie, geschaffen sollen diese Dinge werden, leider aber ist niemand da, der etwas zahlt. Ich bin nicht als Milliardär zur Welt gekommen, aber auf die Dauer — es ist eine sehr ernste Sache, können wir es nicht verantworten. Wir haben bei der Tragöfer Straße eine Abrutschung nach der andern; ein Teil der Straße ist durch die Laming gefährdet, weil die Straße knapp am Lamingbach läuft und der Lamingbach ein Stück nach dem anderen wegrißt. Wir haben im vorigen Jahr weit über 200 Millionen Kronen ausgegeben und heuer hat es uns den ganzen Schmarren wieder weggerissen, heute sind die Dinge eben nicht anders, weil der frühere Bezirksausschuß sich nicht gekümmert hat, weil man eine Straße erlaubt hat, die knapp am Bache führt, wo man auch eine Mühle hingebaut hat, Sägen und verschiedenes anderes, was dann zum Teufel gegangen ist. Und heute ist niemand da, der für diese Dinge mitverantwortlich wäre. Mit allen diesen Dingen beschäftigt man sich draußen, dazu kommt noch die Frage der Bezahlung der Straßenwärter. Wir können es nicht machen wie andere Bezirke, die einen Straßenmeister aufnehmen, wenn sie einen Schotter haben und wenn sie keinen Schotter haben, so zahlen sie auch seinen Lohn nicht. Das können sie machen, weil sie keinen Kollektivvertrag haben, denn von einem Kollektivlohn ist bei den meisten Bezirksausschüssen keine Rede. Sie können aber von mir als sozialdemokratischen Obmann des Bezirksverwaltungsausschusses nicht verlangen, daß ich die Straßenwärter und Straßenarbeiter unter dem Kollektivvertrag bezahle. Was bekommen sie denn auch soviel? 1-2 Millionen Kronen ist nicht soviel im Monat, daß man da-

mit einem Zugus treiben könnte bei der heutigen Tene-
rung. Allerdings ist die Sache abgestuft. Dort wo nicht
die ganze Zeit, wo nur wenig Straßenarbeit ist, ist
selbstverständlich eine andere Einteilung getroffen. Aber
es machen alle diese Dinge immerhin viel Sorgen und
Kummer. Allerdings scheint das der Landesregierung
keinen Kummer zu bereiten, denn der Herr Finanz-
referent ist nicht einmal da, der denkt sich, ich drücke
mich lieber, denn der Pichler bringt zuviel vor, was
viel Geld kostet. Aber ich habe ja den Herrn Landesrat
Paul hier und dem gebe ich heute das heilige Ver-
sprechen, nicht auszulassen, bis diese Ansprüche be-
friedigt sein werden, weil ich mir nicht nachsagen lassen
will, daß durch meine Nachlässigkeit, weil ich nicht
fleißig hinterher war, ein Unglück auf einer dieser
Straßen passieren könnte. Es ist weiters notwendig —
und dafür wurden Beträge eingeseht, betreffs derer ich
den Herrn Landesrat Paul bitten möchte, nicht bloß
Beträge einzusetzen, sondern auch dem Herrn Finanz-
referenten so weit zuzureden, daß er diese Ziffern am
Papier in wirkliches Geld umwandelt, um damit bei-
spielsweise die Mürzregulierung bei Kapfenberg ein
Stück vorwärts zu bringen oder der Erledigung zu-
zuführen. Jahr für Jahr wird durch die Mürz ein
Stück Grund nach dem anderen fortgetragen und wenn
es so fortgeht, so wird es nicht lange dauern, daß ein
schöner Teil der Gründe ober Kapfenberg bei Hasen-
dorf weggeschwemmt sein wird und man erklärt, es
müssen die Leute entlassen werden, da keine Arbeit
und kein Geld mehr da ist. Ich möchte den Herrn Lan-
desrat Paul bitten, jetzt kommt ja wieder der Som-
mer, daß wir an die Arbeit gehen, damit insbesondere
Kapfenberg durch den rechtzeitigen Ausbau der Bach-
wehr vom seinerzeitigen Untergang beschützt wird. Die
neue Stadt Kapfenberg ist in einer unglaublichen
Situation, ich brauche das hier nicht zu erzählen, weil
ohnedies Ingenieure des Landesbauamtes die ganzen
Dinge untersucht haben. Wir haben langwierige Ver-
handlungen mit der Industrie gepflegt, es waren Ver-
treter des Landes draußen und es wurde vereinbart,
daß der Bezirksverwaltungsausschuß wieder 10 Pro-
zent zahlen soll, und das wird ihm ungefähr auf
800 Millionen Kronen kommen, und dann wird noch
das ganze Projekt nicht durchgeführt sein. Dafür sollen
wir nun wieder fast eine Milliarde Kronen aufbringen,
um diese Arbeit durchzuführen. Ich verstehe das nicht.
Der Bezirksverwaltungsausschuß soll alle diese Dinge
machen, alles Geld aufbringen und auf der anderen
Seite soll keine Steuer, keine Umlage eingehoben wer-
den und zweitens bekommen die Bezirksverwaltungs-
ausschüsse von keiner höheren Instanz irgendwelche Zu-
schüsse. Im Gegenteil, wir müssen uns um die Lohn-
und Gehaltsabgabe und um die anderen Umlagen zur
Grund- und Gebäudesteuer beim Steueramt monatlich
regelmäßig sehr bemühen. Alle vierzehn Tage oder alle
Monate schicke ich den Sekretär herunter nach Graz
oder komme selbst her, um anzubohren, damit wir
wenigstens unsere bißchen Steueranteile bekommen, die
wir absolut haben müssen, damit wir wenigstens unseren
wichtigsten Verpflichtungen nachkommen können.

Schauen Sie, bei diesen ungeheuren Anforderungen
an den Bezirksverwaltungsausschuß, spielen da die paar

Millionen Kronen Subvention, die der Herr Lanner
im Bundesrat angeführt hat, irgendwelche Rolle?
95 Prozent aller Auslagen gehen uns auf diese Er-
haltungszwecke auf und die anderen 5 Prozent für das
Jugendamt und diese Subventionen. Das ist doch nicht
so, daß man sagen könnte, es wird das Geld der
Steuerzahler beim Fenster hinausgeworfen. Wir
wollen nur, daß unsere Leute auf den Straßen gehen
und fahren können, mit einem Wort, wir wollen ordent-
liche Straßen, anständige Brücken und Bezirke, deren
Angelegenheiten überall in Ordnung sind. Aber dazu
gehört Geld und wieder Geld und das ist nicht zu
bekommen. Und da möchte ich wohl im steiermärkischen
Landtag die Frage aufwerfen, wo soll das hinführen,
was sollen die Bezirke oben machen, sollen sie Projekte
machen? Viele tun das sehr gerne. Die ganzen Wände
hängen so schon voll von Plänen und Projekten. Die
kosten viel Geld, aber zumindest ein Teil, ein Prozent-
satz derselben sollten doch wenigstens zur Durchführung
gebracht werden. Jedoch für diese Dinge hat man kein
Geld und kein Verständnis. Diesen Vorwurf, kein Ver-
ständnis, mache ich deshalb, weil ich nicht verstehe,
warum trotz unserer Bemühungen für diese Sache, für
die produktive Arbeitslosenfürsorge kein Geld zu be-
kommen war. Gerade hier, wie letztesmal das Herr Lan-
desrat Winkler so schön gesagt hat, wenn man noch
nie Gelegenheit hatte und berufen war, einzugreifen,
so hier. Auch der Kollege Hornik hat etwas ge-
sprochen von der produktiven Arbeitslosenfürsorge, in-
dem er mir den Vorwurf gemacht hat, daß wir die
Arbeiten angefangen haben, daß man, bevor man eine
Arbeit beginnt, zuerst alle Formalitäten erfüllt haben
muß und dann erst an die Arbeit schreiten darf. Was
haben wir in Bruck gemacht? Schauen Sie, unser
Wohnhausbau steht unter Dach; wir haben angesucht,
bevor wir angefangen haben und wir werden das Haus
im Juni beziehen können. Der Bau kostet uns 3 Mil-
liarden 200 Millionen Kronen und wir haben noch
immer keinen roten Heller von produktiver Arbeits-
losenfürsorge bekommen. Wir haben in Bruck die
ganzen Straßen, die verklumpten alten Häuser her-
gerichtet, haben weiß Gott wie oft angesucht, der ganze
Akt der Arbeitslosenfürsorge zählt bereits 178 Seiten,
aber wir haben noch keinen roten Heller Geld. Wenn
ich hergegangen wäre und hätte abgesammelt wie in
Wien, wenn ich gesagt hätte, daß ich wenigstens für
jeden Bogen 1 Millionen Kronen bekomme, so hätte
ich wenigstens 178 Millionen Kronen gehabt und so
habe ich nur einen Haufen Papier mit Tinte verschrie-
ben, habe also einen großen Papierverbrauch (Wink-
ler: „Die Papierfabriken machen ein gutes Ge-
schäft!“), was wir sehr teuer zahlen müssen und so ist
es auch bei der Tragöser Straße, wo wir keinen roten
Heller bekommen haben trotz der ungeheuren Auslagen.
Nun haben wir gehört, daß es den Gemeinden und
Bezirken möglich werden soll, auf Grund dieser Ar-
beitslosenfürsorge billiges Geld, das heißt Geld zu
einem billigen Zinsfuße zu erhalten. Aber ich glaube
an die Geschichte nicht mehr, denn so viel ist schon
versprochen und so wenig ist gehalten worden. Ich
möchte hier an den Herrn Landesrat Paul als Re-
ferenten die Bitte richten, in dieser Beziehung das

Möglichste zu tun und insbesondere dafür zu sorgen, daß den Bezirken die Möglichkeit gegeben wird, nicht bloß bürokratisch zu arbeiten, einen großen Papierverbrauch zu haben, sondern daß man ihnen ihre Aufgaben erleichtert, das, was durch den Krieg zerlempert worden ist, wieder instandzusetzen.

Ich möchte weiters bei diesem Anlasse an die Landesregierung herantreten, daß sie auch in anderer Beziehung etwas mehr Verständnis für die Provinz aufbringe, und zwar ist dies die Wohnungsfrage. Es nützt einmal nichts, wir müssen draußen Wohnungen bekommen und können nicht zugeben, daß das Land den Gemeinden allein diese Arbeit überläßt. Der Landtag wird sich doch entschließen müssen, für Industrieorte, wo Wohnungsnot herrscht, von dem Standpunkte abzugehen, daß die Wohnungsfürsorge nur Aufgabe des Bundes und der Gemeinden ist, meiner Meinung nach ist es auch Pflicht des Landes, hier einzugreifen, unserer Not abzuhelfen. Ich meine, bei aller Geldknappheit des Landes dürfte es doch möglich sein, wenigstens aus der erhöhten Grund- und Gebäudesteuer irgend etwas für die Gemeinden abzugeben, damit diese in die Lage kommen, wenigstens Wohnungen zu reparieren und Wohnungen zu bauen, wo es absolut notwendig ist. Aber den guten Willen muß das Land zeigen, hier behilflich zu sein, das ärgste Elend aus der Welt zu schaffen. Ich vermag es nicht zu begreifen, wenn der Herr Finanzreferent sagt, es sei nicht Aufgabe des Landes, diese Frage zu lösen. Das Wohnungselend hier zu schildern, wäre wirklich Zeitverschwendung, da ich ja auch noch über viel wichtigere Dinge zu reden habe. Ich möchte die Herren von der Landesregierung, soweit sie anwesend sind, bitten, uns Abgeordneten, die wir gleichzeitig in den Bezirken und Gemeinden wirken, wenigstens so viel Verständnis entgegenzubringen und den guten Willen zu zeigen und zu sagen, 1 oder 2 Milliarden Kronen werden für diesen Zweck bereitgestellt, oder es wird aus der Grund- und Gebäudesteuer ein bestimmter Prozentsatz den Bezirken und Gemeinden für diese Zwecke überwiesen. Der Herr Landeshauptmann und die Herren der Landesregierung könnten ja bei ihren guten Freunden in Wien allen Einfluß ausüben, der notwendig ist, um vielleicht ein Zwangsgeßetz zu schaffen, welches die Banken und die anderen Herrschaften, welche Geld haben, dazu zwingt, Wohnungen zu schaffen. Weiters wäre es wohl auch Aufgabe der Landesregierung, den Herrn Minister für soziale Fürsorge, sowie den Finanzminister auf das ungeheure Wohnungselend in Steiermark aufmerksam zu machen, daß diese ungeheure Wohnungsnot einmal einen Verzweiflungsausbruch herbeiführen könnte, der eigentlich viel von dem vernichten könnte, was wir jetzt geschaffen haben. Es ist absolut nicht zu leugnen, daß die Abgeordneten die Verpflichtung haben, vor aller Öffentlichkeit zu erklären, daß die Landesregierung sich mit schwerer Schuld belastet, wenn sie es versäumt, im Budget diesbezüglich einen höheren Geldbetrag einzusetzen.

Nun, wir haben noch viel anderen Kummer bei dieser Budgetdebatte vorzubringen. Wir haben bereits in früheren Jahren eingehend über viele Dinge gesprochen, sind aber nicht gehört worden, und es kann unmöglich

richtig sein, wenn der Herr Finanzreferent erklärt, er wäre ein fester Kerl, er hätte ohnehin die Mehl- und Getreideabgabe fallen lassen, was die Sozialdemokraten eigentlich denn noch haben wollen. Mit dem allein sind wir noch nicht zufrieden; glauben Sie, daß ich hier heute drei Stunden spreche und vielleicht morgen auch noch ein paar, um nichts zu erreichen? Nein! Der Finanzdechant allerdings nicht mit dem Kopfe, trinkt ein Viertel guten Wein und die Sache ist wieder erledigt. Man muß aber im Lande erkennen, wie hier alle diese Dinge behandelt werden. Die Mehl- und Getreideabgabe ist deswegen in Wegfall gekommen, weil sie die arbeitende Bevölkerung nicht zu tragen vermochte. Das Land hat schließlich auch noch andere Aufgaben zu erfüllen, und ich verweise hier auf die Heilstättenfrage, auf die Tuberkulosenfürsorge, wo größere Beträge auszuliegen sind. Was haben wir in Steiermark besonders viel an solchen Anstalten? Sehr wenig. Zufälligerweise bringe ich mehr Verständnis für die Sache auf, weil ich sehr lange lungenkrank gewesen bin, sehr lange mich in Heilstätten herumschlagen mußte und heute vielleicht noch nicht der Gefahr entronnen bin, wieder einmal in eine Heilstätte gehen zu müssen. Das Land Steiermark hat die Pflicht und Schuldigkeit, dafür zu sorgen, daß für die Heilstättenbehandlung mehr geschieht, als bisher geschehen ist. Wir haben ja schon den Anfang gemacht, die Stolzalpe ist etwas sehr Schönes, es ist aber nur furchtbar schwer, dort ein Kind hinaufzubringen. Nicht etwa durch die Schuld des Landes, sondern es ist aus den armen Dörfern und Marktgemeinden schwer, die Mittel herauszubringen, die man braucht, um das Kind auf die Stolzalpe zu bringen. Wie viele Fälle haben wir, wo viele Monate lang gewartet werden muß, bis es endlich einmal gelingt, ein tuberkuloses Kind in irgend einer Heilstätte unterzubringen. So können die Dinge nicht gehen. Wir haben ja soviel Geld auch für andere Dinge, wir müssen ja die Förderung der Landwirtschaft sehr begrüßen, weil sie notwendig ist, wir müssen aber endlich auch darangehen, auch den Schutz des Menschen bedeutend zu bessern, mehr als es bisher der Fall gewesen ist. Es ist doch nicht so, daß man sagt, die Landwirte müssen Kälber züchten im Interesse der Volkswirtschaft, aber was nützt uns die ganze Viehzucht, wenn die Menschen langsam zugrundegehen, weil ihnen in keiner Weise geholfen wird.

Präsident: Nach der Vereinbarung der Obmännerkonferenz findet um 9 Uhr abends Schluß der Sitzung statt. Ich muß also den Herrn Abg. Pichler ersuchen, seine Rede zu unterbrechen.

Die Fortsetzung der Sitzung findet morgen um halb 9 Uhr früh mit der Dauer bis 1 Uhr mittags statt.

Ich habe noch mitzuteilen, daß Herr Abg. A u s t sein Fernbleiben entschuldigt hat.

(Die Sitzung wird am 2. Mai um 9 Uhr abends unterbrochen und vom Präsidenten K ö b l a m 3. Mai um 8 Uhr 40 Minuten vormittags wieder aufgenommen.)

Präsident: Ich eröffne die Sitzung wieder und schreite in der Tagesordnung fort. Ich ersuche Herrn Abg. P i c h l e r, seine Rede fortzusetzen.

Pichler (Fortsetzung): Hohes Haus! Ich habe gestern eine Art Generalbericht über die Brucker Verhältnisse erstattet. Nun hat der Herr Abg. Hornik im Verlaufe der gestrigen Debatte Ziffern genannt, die mich zwingen, in die „Spezialdebatte“ dieser Angelegenheit einzugehen, weil ich gestern gesagt habe, daß ich dem hohen Hause Ziffern bringen werde, die beweisen, in welcher Art und Weise sowohl die Gemeinde als auch der Bezirksverwaltungsausschuß mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, und die beweisen, wie notwendig es ist, daß das Land Steiermark endlich in allen diesen Dingen eingreift. Wir haben ja in den letzten Monaten die Frage des Abgabenteilungsgesetzes gehabt, in welcher Frage die Gemeinde in erster Linie in ungeheurem Maße interessiert erscheint; das Abgabenteilungsgesetz erfordert nicht bloß eine Auseinandersetzung zwischen Bund und Land, sondern auch, worauf wir viel neugieriger sind, eine Auseinandersetzung zwischen dem Lande Steiermark und den Gemeinden, besonders den Industriegemeinden. Während wir nämlich bei den Ertragsanteilen sehen, daß ein großer Teil der Dorfgemeinden viel zu viel Geld hat, mit den Ertragsanteilen allerlei Unfug treibt, haben die Industriegemeinden nicht einmal die notwendigen Gelder zur Verfügung, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Nun hat Abg. Hornik gestern behauptet, daß der seinerzeitige Abgang von 45 Milliarden von 1914 bis 1918 auf 15 Milliarden Kronen heruntergegangen sei, während die jetzige Gemeindeverwaltung einen Schuldenstand von 1,2 Milliarden Kronen habe. Ich habe mir von der Buchhaltung für sieben Jahre, beziehungsweise acht Jahre, die genauen Ziffern herauschreiben lassen, über die Ausgaben- und Einnahmenverhältnisse, über die Budgetwirtschaft überhaupt, und da sehen wir, daß beispielsweise im Jahre 1912 die Stadtgemeinde Bruck bei einer Einnahme von 1,332.944 K und einer Ausgabe von 1,394.219 K einen Abgang von 61.275 K hatte. Wenn Sie diese Beträge valorisieren, dann kommen Sie zu jener Ziffer, die Sie dann später bei der neuen Gemeindegewirtschaft wieder ersehen werden. Im Jahre 1913, in welchem Jahre die Stadtgemeinde Bruck unter bürgerlicher Verwaltung stand, betrugen die Einnahmen 1,202.590 K, die Ausgaben 1,198.217 K, so daß sich ein Überschuß von 4373 K ergab. Im Jahre 1914 war eine Einnahme von 1,015.555 K, eine Ausgabe von 1,107.166 K, ein Abgang von 91.611 K. Valorisieren Sie diesen, sagen wir nicht mit dem 15.000fachen, sondern mit dem 10.000fachen und vergleichen Sie die Ziffern, die herauskommen bei der neuen Gemeindegewirtschaft. Wir haben im Jahre 1919, im ersten Jahre, wo die Sozialdemokraten in der Gemeindegewirtschaft nach dem Umsturze eingezogen sind, wo wir also erst lernen mußten, die Gemeindegewirtschaft zu führen, eine Einnahme von 2,916.389 K und eine Ausgabe von 2,402.476 K, also einen Überschuß von 513.913 K gehabt, im Jahre 1920 eine Einnahme von 27,715.788 K und eine Ausgabe von 21,779.653 K, also einen Überschuß von 5,936.135 K, im Jahre 1921 eine Einnahme von 88,191.531 K und eine Ausgabe von 89,371.377 K, also einen Abgang von 1,179.846 K, im Jahre 1922 eine Einnahme von 2,409,729.566 K, also bereits über

2 Milliarden, eine Ausgabe von 2,276,367.294 K, also einen Überschuß von 133,362.272 K, im Jahre 1923 eine Einnahme von 6,010,219.921 K, eine Ausgabe von 6,426,638.514 K, dabei einen Abgang von 416,418.593 K, und da mache ich das hohe Haus aufmerksam, damit Sie den Zwiespalt der Ziffern, wie sie Kollege Hornik gebracht hat, herauszuschälen vermögen. Nun sind diese Ziffern vollständig getrennt von den städtischen Betrieben. Die städtischen Betriebe werden, und das ist ebenfalls das Verdienst der sozialdemokratischen Verwaltung — wir haben im Jahre 1921 gegen den schärfsten Widerstand der Wirtschaftspartei zu kämpfen gehabt —, vollständig getrennt geführt. Die Betriebe haben im Jahre 1923 einen Geldumsatz von 114 Milliarden gehabt, also Betriebe, die sich sehen lassen können. Bei diesen Betrieben möchte ich bemerken, daß wir beispielsweise im Jahre 1923 eine Turbine mit 1100 Pferdekraften neu eingebaut haben und für drei neue Turbinen und einen neuen Generator das Geld bezahlt haben. Diese drei Turbinen werden im Laufe des heurigen Jahres zur Gänze eingebaut sein. Dadurch erscheinen sämtliche vier Turbinen ausgewechselt und das Elektrizitätswerk in Bruck wird von den Sozialdemokraten von 2700 P. S. auf 4000 P. S. gebracht. Wenn wir 4000 Pferdekraften zur Verfügung haben und damit alle Ansprüche der Industrie befriedigen können, wenn man die Ziffern, die ich verlesen habe, hört und dabei weiß, wie die Dinge ausgesehen haben, wie wir die Betriebe übernommen haben, so daß wir eines Tages ohne Elektrizitätswerk dagestanden sind, weil die Maschinen zerlempert waren, so kann man sich vorstellen, mit welcher Mühe es möglich war, das Elektrizitätswerk auszubauen. Nun haben wir auch noch ein Sägewerk und eine Tischlerei. Diese beschäftigt insgesamt 82 Personen, darunter 25 Tischler. Wir haben in Bruck in den letzten Jahren, und das hat uns den Haß der Wirtschaftspartei zugezogen, alle Neubauten durch die städtischen Betriebe fertiggestellt. Wir haben vom Fußboden bis zum Dachstuhl die ganze Arbeit sowohl bei den Fellen-Häusern als auch bei den Eisenbahn-Häusern durchgeführt. Wir machen alle Reparaturen und neuen Arbeiten, die bei der politischen Behörde notwendig sind, und wir verschneiden jährlich aus dem eigenen Wald bei 6000 Festmeter Holz. Auf diese Weise durch Ausnützung aller verfügbaren Kräfte, was leichter wäre, wenn wir nicht heute noch 2700 Meter Holz fast zum halben Preis an die Deputatisten abgeben müßten, wären wir in der Lage, die schweren Tage, die wir erleben, auszuparieren. Nun sind aber die gutgeleiteten Betriebe nicht dazu da, um das Defizit einer Gemeinde zu decken. Die Betriebe müssen so gestellt werden, daß Investitionen gemacht werden können, nicht wie es die Wirtschaftspartei früher gemacht hat. Die hat aus den Betrieben herausgeschunden, was herauszuschinden war, um die Umlagen möglichst niedrig zu halten. Die Folgen dieser Politik haben wir beim Elektrizitätswerk, beim Kanal, bei der Tischlerei gesehen. Die Tischlerei hat nicht einmal eine Säge oder einen Hammer gehabt. In der Tischlerwerkstatt hat sich, als wir eingezogen sind, das schöne Spiel „Schwefter, leiß' mir die Scher“ abgespielt, nicht mit der Schere, aber mit

dem Hammer und der Säge. Die Leute mußten die Werkzeuge ausleihen. Allerdings, die Umlagen waren niedrig, sie haben 1912, 1913 und 1914 nur 40 Prozent betragen und diese 40 Prozent haben damals mehr Geld eingebracht, als heute die 600 Prozent eintragen. Ich brauche es nur umzurechnen und ich werde die ganz genauen Ziffern hier detaillieren. Wir haben gesagt: Die Betriebe sind da, soviel Mehrwerte zu schaffen, daß die eigenen Betriebe ausgestellt werden können, und das haben wir erreicht. Wir sind darangegangen, ohnedies viel für die Gemeinde zu tun, wir haben eine Schotterquetsche angeschafft, um den Schotter zu brechen, wir haben eine Straßenwalze angeschafft, wir haben getrachtet und gearbeitet, um die Dinge so weit als möglich auszubauen. Als wir im Jahre 1919 eingezogen sind, sind die Millionenwerte des Elektrizitätswerkes in einem Bretterverschlag, in einem Schuppen aufbewahrt gewesen. Beim geringsten Feuer wären alle Betriebe der Industrie zum Stillstande verurteilt gewesen. Wir sind nun hergegangen und haben das Material aus den Holzschuppen herausgeholt und haben einen zweiten Stock aufgebaut und haben dort dann die Materialkassette und Wohnungen für Monteure untergebracht. Das hat allerdings einen Aufwand von 1 Milliarde 200.000 Kronen erfordert. Wer heute nach Bruck kommt in die Bismarkstraße, sieht ein schönes, modernes Haus stehen und das sind die städtischen Betriebe und wenn Sie nach Bruck kommen, da werden Sie auch sehen, wie Arbeiterwohnungen geschaffen werden sollen. Sie werden finden, daß die Monteure des Elektrizitätswerkes schön ausgestaltete Wohnungen, bestehend aus Zimmer, Küche und Kabinett zur Verfügung haben, Wohnungen, die vollständig abgeschlossen sind, mit eigenen Klosets und eigener Wasserleitung, so daß eine Partei von der anderen vollständig getrennt erscheint. Ich würde wünschen, daß das Land Steiermark, da die Stadtgemeinde Bruck so viel Wohnungen gebaut und ausgestaltet hat, hergeht, und in einem annehmbaren Verhältnis zur Stadtgemeinde Bruck — wir haben in Graz und auf dem Lande eine große Menge von Landesangestellten für diese Wohnhäuser baut, um das Wohnungselend zu lindern. Aber das ist noch lange nicht alles. In den städtischen Betrieben, im Sägewerk, haben wir nicht Werkzeuge genug gehabt. Diese mußten gegenseitig ausgeborgt werden, die zwei Vollgatter waren bereits derart schlecht, daß man nicht mehr arbeiten konnte, diese wurden hinausgeworfen und es wurde ein neues Vollgatter eingestellt und dieses erzeugt um 70 Prozent mehr als die früheren zwei. Wir haben auch Hobel- und Fräsmaschinen und alles, was man zu einem modernen Betriebe braucht, eingestellt; das konnten wir nur tun, weil wir eine Wirtschaft geführt haben, die es ermöglicht hat, diese Dinge anzuschaffen und Sie können versichert sein, daß es nur dadurch möglich war, die städtischen Betriebe derart auszugestalten, weil Sozialdemokraten verantwortliche Funktionäre waren.

Und nun komme ich auf ein weiteres Kapitel zu sprechen. Ich habe als Regierungskommissär die Anstellung eines tüchtigen Direktors verfügt, eines Menschen, der in der Industrie von Pike auf ge-

arbeitet und gedient und über genügend kaufmännisches Wissen verfügt hat. Wegen der Anstellung dieses Direktors ist bei der Landesregierung eine Beschwerde um die andere überreicht worden und heute dankt die Wirtschaftspartei in Bruck dem Regierungskommissär, daß er damals den Direktor angestellt hat, weil auf Grund dieser Anstellung es ermöglicht wurde, diese Betriebe so auszugestalten, wie sie heute sind. Während unserer Tätigkeit sind wir weiters hergegangen und haben der Baugenossenschaft, die im Jahre 1922 23 Einfamilienhäuser gebaut hat, durch einen 40prozentigen Nachlaß bei den Arbeiten durch unsere Betriebe die Fertigstellung dieser 23 Einfamilienhäuser ermöglicht. Wir haben in den Jahren 1919 bis 1923 an die Bauinteressenten zum Unterschiede von der alten bürgerlichen Politik, die die Abgabe jeden Grundes verweigerte, um die alten Zinskasernen auszunutzen, in diesen fünf Jahren 30.000 Quadratmeter Grund zu einem Spottpreise, und zwar zu 2, 5 und später zu 150 K pro Quadratmeter abgegeben, nur um das Bauen zu ermöglichen. Wir haben dann weiters wieder, nachdem wir die 30.000 Quadratmeter abgegeben hatten, 46.000 Quadratmeter Grund zugekauft, damit auch in Zukunft die Bautätigkeit gesichert erscheint. Bitte, welcher Opfermut, welcher Pflichterführung gehört dazu, alle diese Dinge zu meistern! Wir haben weiter keine Schulbildung gehabt als eine sechsklassige Volksschule. Wie haben wir uns herumgeschlagen, Tag und Nacht arbeiten müssen, um die Erfahrungen zu sammeln, damit wir in die Lage gekommen sind, dies zu leisten. Und wir wollen dies auch in Zukunft gerne leisten, wenn auch wiederholt Beschwerden bei der Landesregierung über die Wirtschaftsführung der Stadtgemeinde Bruck einlaufen, wenn auch von Verschleuderung der Gelder usw. gesprochen wird. Ich möchte aber hier betonen, daß ja jeder Beschluß, der gefaßt wird, 14 Tage zur Einsicht aufgelegt werden muß. Nun kann ich mich nicht erinnern, daß in den letzten fünf Jahren eine Wählerversammlung stattgefunden hätte, die gegen uns Stellung genommen hätte. Die Wirtschaftspartei hat in den meisten Fällen unseren Anträgen zugestimmt und dann erst ist sie vor das Forum der Großdeutschen gerufen worden und hat dort widerrufen, wofür sie im Gemeinderate gestimmt hat. Sie verzeihen, wenn ich sage, wir nehmen diese Partei nicht ernst, wir verzichten auf die Mitarbeit dieser 13 Herren und ich sage rund heraus, wir sind ohne diese 13 Herren in der Lage, die Gemeindegeschäfte so zu führen, wie sie geführt werden müssen. Nun noch etwas zur Charakteristik dieser Herren. Die Stadtgemeinde Bruck, und das werden Sie nicht so bald in Steiermark finden, ist in der Lage, allmonatlich einen genauen Rechnungsabschluß zu geben und allmonatlich nachzuweisen, was sie in Bezug auf den Armenfonds, die Gemeinde- und Kammerkasse, sowie allgemeine Verwaltung ausgibt. Es war schwer, die Buchhaltung dazu zu bringen und sie so einzurichten, wie wir es jetzt haben. Aber man konnte sich nicht darauf verlassen, erst am Ende des Jahres zu erfahren, wie die Gemeinde finanziell steht. Bei einer Gemeinde, die einen so großen Besitz hat, müssen wir in der Lage sein, von Monat zu Monat

einen vollständigen Rechnungsabluß zu erhalten und ich habe ja auch bereits den Abluß für den Monat März 1924 hier und kann Ihnen nachweisen, daß die Stadtgemeinde Bruck vom 1. Jänner bis 31. März 1924 folgende Gebarung hatte:

Wir hatten im Armenfonds durch Zuteilung der Lohn- und Gehaltsabgabe eine Einnahme von 68.167.000 K und eine Ausgabe von 57.102.000 K, wobei ich jedoch bemerke, daß der sich ergebende Überschuß nur jetzt zu verzeichnen ist, weil noch nicht alle Abrechnungen eingelaufen sind. Weiters sind Einnahmen und Ausgaben angeführt bei der Kammerkasse, für Gebäude, Grundstücke, Forstwirtschaft, Brückenwage, Realitäten, Sägewerk, Gesteige, Fischereigebühren, Hundetaren usw., kurzum jede Post ist einzeln angeführt, so daß jeder Mensch in der Lage ist, sich von Monat zu Monat einen vollständig genauen Aufschluß über die Stadtgemeinde zu verschaffen. Die Kammerkasse hat vom 1. Jänner bis 31. März eine Einnahme gehabt von 964.245.816,21 K und eine Ausgabe von 448.963.733 K. Bei dieser Kasse, die einen Reingewinn ausweist, ist, wie bereits gesagt, auch die Forstwirtschaft dabei. Dann finden wir in der Gemeindegasse eine ständige Passivpost „Armenwesen“ und weiters, daß diese Kasse eine Einnahme von 983.298.161,20 K gehabt hat und eine Ausgabe von 1.395.636.639 K. Sie sehen also, daß das, was ich hier im Hause erzähle, kein Plunder ist, und daß jede Ziffer nachgewiesen ist. Ich bringe alle diese Dinge deshalb vor, weil immerwährend in den bürgerlichen Zeitungen davon erzählt wird, wie elend die sozialdemokratische Gemeindegasse ist. Das, was ich gestern und heute im hohen Hause vorgebracht habe, dürfte dem hohen Hause genügen (Schreie: „Sehr richtig!“), daß die Dinge anders liegen, als wie sie Herr Abg. Hornik gebracht hat. Wenn ich diese Dinge hier vorbringe, so beweist dies, daß es der Bürgermeister Pichler von Bruck nicht notwendig hat, einen Oberbürgermeister zu haben, denn er weiß selbst, was er zu tun hat. Ich habe mit den Arbeiten in der Gemeinde, im Bezirksverwaltungsausschusse und mit dem Mandate als Abgeordneter, mit Versammlungen so viel zu tun, daß ich für andere Dinge nicht viel Zeit habe, während Herr Wallisch als Parteisekretär in politischen Dingen und Rechtsauskünften so viel zu tun hat, daß er sehr wenig Zeit hat, sich um die Gemeinde oder die Verhältnisse des Bezirkes zu kümmern. Schauen Sie, wer te Anwesende, wenn man diese Dinge sieht und hört, wenn man diese Einnahmestziffern liest und dann in den Zeitungen so einzelnes von Subventionswirtschaft geschrieben wird, so lächelt man darüber und sagt, die sollen schreiben, was sie wollen. Wenn man sich angewöhnt, über die sozialdemokratische Wirtschaft nur zu lügen und sie zu verleumden, dann stumpft man die sozialdemokratischen Funktionäre so ab, daß sie auf nichts mehr reagieren. Ich als demokratischer Parlamentarier schätze den steierischen Landtag so hoch ein, daß ich mir die Mühe nehme, die Damen und Herren hier so zu informieren, damit einmal in aller Öffentlichkeit ein Bild über die sozialdemokratische Gemeindegasse entrollt wird, und zwar in sachlich vollkommen ein-

wandfreier Weise. Wie schaut es in dieser Hinsicht, um noch einige Ziffern zu nennen, aus? Man hat beispielsweise gesagt, ja die Brucker haben so ein Jugendamt geschaffen — das war in allen bürgerlichen Zeitungen zu lesen — dieses Jugendamt hat so und so viele Ausgaben an Gehältern, hat daher für soziale Politik bisher nichts geleistet. Man hat uns beschuldigt, daß wir die Aufstellung dieses Amtes nur aus Politik betrieben haben, um sozialdemokratische Funktionäre unterzubringen. Ich werde wieder an Ziffern nachweisen und zeigen, was wir geschaffen haben, und in welcher infamen Weise sozialdemokratische Arbeit verleumdet wird. Als das Amt im vorigen Jahre geschaffen wurde, mußten wir erst die Räume adaptieren. Für diese Adaption mußten wir aus dem Fürsorgefonds 78 Millionen Kronen ausgeben und weil diese große Post erscheint und das Jugendamt damals nur erst zwei Monate bestanden hat, haben die Zeitungen geschrieben: „Da schaut her, das ist das Brucker Jugendamt, in dem so viele Unkosten und Spesen erwachsen sind und nur so viel für die soziale Verwaltung geschehen ist.“ Hier in dem Inventarverzeichnis aber ist enthalten, daß wir 41.081.305 K nur für Inventar ausgegeben haben und aus dem Berichte geht weiter hervor, daß wir 78 Millionen Kronen für die Errichtung des Jugendamtes überhaupt ausgeben mußten. Nun, heute schaut die Sache bereits ganz anders aus wie vorher. Wir sind in der Lage nachzuweisen, daß wir beispielsweise, um nur einige Ziffern zu nennen, eine Beteiligungsaktion für arme Kinder mit Kleidern, Wäsche und Schuhen mit 8 Millionen Kronen hatten, wir haben 18 Kinder auf Kosten des Jugendamtes in Krankenhauspfllege gegeben, wir haben darunter 4 Kindern durch Abgabe in die Augenklarin das Erblinden erspart, wir haben in Bruck einen schulärztlichen Dienst eingerichtet. In Bruck werden sämtliche Kinder der Volks- und Bürgerschulen jedes Vierteljahr vom Arzt untersucht und wenn er eine Krankheit, ein Zahn- oder sonstiges Körpergebrechen konstatiert, schickt er das Kind in die Zahnklinik, in das Krankenhaus oder zum Doktor. Und soweit das Kind mittellos ist, kommt für alle diese Kosten, für den zahnärztlichen Dienst, also auch dafür, daß die Zähne hergerichtet werden, daß das Kind eventuell in die Lungenheilanstalt auf der Stolzalpe kommt, für alle diese Dinge kommt das Jugendamt auf. Wir haben weiter an 1200 bedürftige Kinder und andere Personen Mittagessen verabreicht. Wir haben in Bruck bis jetzt für 1470 Kinder, die früher unter verschiedenen Vormundschaften gestanden sind, eine Ziehkinderaufsichtsstelle geschaffen und diese dem Jugendamt unterstellt. Diese hat heute nicht nur das Jugendamt zu leiten, sondern es hat auch die Aufsicht, die Vormundschaft über 1470 verwahrloste Kinder zu führen, Alimentationsklagen durchzuführen usw. Und ich kann sagen, seitdem das Jugendamt die Berufsvormundschaft übernommen hat, seit dem ist viel Not und Elend bei den Kindern und bei der arbeitenden Bevölkerung gelindert worden. Wir haben weiters im vorigen Jahr 108 Kinder auf Kosten des Jugendamtes in Erholungsstätten geschickt und haben weiters Kinder, die von zu Hause durchgebrannt sind, vor Not und Elend bewahrt.